Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 18 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Krob, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Montag, 12. Juli 1926 | 6. Jahrgang * Nr. 161

ADGB.-Vorstand für Arbeitsgemeinschaft

Zwei Dokumente

Eine Entschließung, die nichts besagt —

Düsseldorf, 10. Juli.

Der Bundesausschuß des ADGB. faßte in seiner heutigen Sitzung folgende Entschließung:

„In der Erkenntnis, daß die Arbeitslosigkeit in Deutschland — als Folgeerscheinung einer von den Gewerkschaften bekämpften nationalen und internationalen Wirtschaftspolitik — eine schwere Gefahr für Volk und Volkswirtschaft noch auf lange Sicht hin bedeuten wird, haben die Gewerkschaften schon beizeiten umfassende Vorbeugungsmaßnahmen gegen eine weitere Verschlechterung des Arbeitsmarktes und ausreichende Schutzmaßnahmen für die von der Arbeitslosigkeit Betroffenen gefordert.

Trotz dieses Drängens ist bisher weder eine der heutigen Lage entsprechende **Arbeitslosenversicherung** geschaffen, noch sind wirklich durchschneidende Maßnahmen getroffen worden, um die **Arbeitsgelegenheiten** in Deutschland für die große Masse der Erwerbslosen fühlbar zu vermehren.

Das mangelhafte System der einheitlichen Unterstützungssätze und bis zur Einführung eines Versicherungssystems nicht entbehrlich werden können. In Anbetracht der fortschreitenden Verelendung breiter Schichten muß jedoch eine **Erhöhung der Unterstützungssätze** ebenso sehr aus sozialen, wie aus wirtschaftlichen Gründen gefordert werden.

Weiter ist zu fordern, die Abschaffung der auch nach Aussage zuständiger amtlicher Stellen nicht mehr haltbaren Bedürftigkeitsprüfung, ferner eine Unterstützung der Arbeitslosen für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit und eine Ausdehnung der Kurzarbeiterfürsorge.

Die Gewerkschaften begrüßen es, daß die Bedeutung der produktiven Fürsorge für die Behebung der Erwerbslosigkeit auch vom Reichstage in seinen jüngsten Beschlüssen anerkannt worden ist. Das von ihm aufgestellte Programm für die Durchführung wertschaffender Arbeiten entspricht den oft und mit Nachdruck betonten gewerkschaftlichen Forderungen. Unbedingt muß jetzt aber erwartet werden, daß der ernsthafte Wille zur Verwirklichung dieser Pläne bald durch die Tat bekundet wird. Hierzu wird eine großzügige Finanzierung nötigenfalls durch Inanspruchnahme von Auslandskrediten, sowie eine entschlossene Beseitigung der Widerstände und Kompetenzstreitigkeiten in der Verwaltung erste Voraussetzung sein. Die Gewerkschaften werden mit allen Mitteln auf die sofortige Inangriffnahme dieser Arbeiten hinwirken.

und ein Aufruf, der alles sagt

Der Bundesausschuß faßte bei Eröffnung der Sitzung am zweiten Tage den Beschluß, einen Aufruf „An die deutsche Arbeiterjugend" zu richten, aus dem wir die Hauptstellen hier veröffentlichen:

„Im Vergleich zu der Zeit, in der das Deutsche Reich gegründet wurde, ist ein gewaltiger Wandel in den Beziehungen von Kapital und Arbeit eingetreten. **Die Alleinherrschaft der Unternehmer im Betriebe ist gebrochen, ihre Vorherrschaft in Staat und Wirtschaft ist bedroht.** Die Organisation der Arbeit, die in den Gewerkschaften erstanden ist, hat in zähen jahrzehntelangen Angriffen den übermächtigen Gegner auf vielen Gebieten in die Defensive gedrängt. Es **kann niemand mehr mit Ernst bezweifeln, daß die Zeit vorüber ist, in der das Kapital allein den unbestrittenen Anspruch erheben konnte, die Wirtschaft zu organisieren.**

Die Arbeit und ihre Vertreter, die Gewerkschaften, treten im ganzen Bereich der Wirtschaft mit dem Anspruch auf, gleichberechtigt an den Fragen der Wirtschaftspolitik wie der Wirtschaftsführung mitzuwirken.

Der große Kampf um die Demokratisierung der Wirtschaft ist eingeleitet, aber noch lange nicht abgeschlossen. Er bedarf zu seiner erfolgreichen Durchführung des gleichen leidenschaftlichen, opferbereiten Willens, wie er die ältere Generation beseelte. Das junge Geschlecht muß das begonnene Werk der im Dienst der Bewegung ergrauten Männer und Frauen fortführen und vollenden. An Euch, die Gewerkschaftsjugend überall in Deutschland wendet sich der Bundesausschuß, an Euch als die Bannerträger der Zukunft, als die Erben des von Vätern errungenen Besitzes. Seid Euch der großen, durch seine ruhmvolle Kampftradition, durch die Treue und das Opfersinn von Millionen Arbeitern geheiligten Aufgabe bewußt, deren Durchführung Eurem Geist, Eurem Willen anvertraut ist. Behauptet Euch, wie die alten Kämpfer es getan, jedem Widerstand zum Trotz! Gebt allen, die dem großen Gedanken der gewerkschaftlichen Solidarität noch fremd sind, ein leuchtendes Vorbild kameradschaftlicher Treue und zielbewußter Kraft! Dann kann und muß mit Euch, den Jungen, die Ihr noch in der Blütezeit des Lebens steht, eine neue Epoche des Aufschwungs beginnen! Dann wird die Zeit anbrechen, in der Ihr erntet auf dem Boden, den die alte Generation bereitet und Eurer besonnenen Pflege anvertraut hat:

Jene echte Freiheit des Einzelnen, die allein durch die Interessen der Gemeinschaft, durch das Wohl des Volkes begrenzt wird, jene echte Volksgemeinschaft, in der jeder Einzelne sich als dienendes Glied dem Ganzen einordnet.

*

Diese zwei Dokumente bilden ein unteilbares Ganzes. Was der ADGB.-Bundesausschuß in der Entschließung nicht offen zu erklären gewagt hat, sagt er in einem „Aufruf an die deutsche Arbeiterjugend", wahrscheinlich in der Hoffnung, daß dieser Aufruf von der Gesamtarbeiterschaft nicht gelesen oder jedenfalls nicht mit demselben Interesse gelesen wird, als die Entschließung selbst.

Die Entschließung stellt in ihrer Dürftigkeit und Verschwommenheit ein Dokument des Verzichts auf jeden Kampf dar. Kein Wort vom Abbau der Erwerbslosenfürsorge! Statt dessen „begrüßen" die Gewerkschaften jene Beschlüsse des Reichstags, die nur dazu geeignet sind, die Oeffentlichkeit irrezuführen, und den Anschein zu erwecken, als ob durch solche Beruhigungspillen das Massenelend der Erwerbslosen gelindert werden könne.

Während die Entschließung keine Kampfbeschlüsse faßt, enthält der Aufruf an die Arbeiterjugend **das eigentliche Programm der reformistischen Führer.**

Die **Arbeiter in den Betrieben** werden, wenn sie diesen Aufruf lesen, sich fragen müssen, ob der Bundesausschuß des ADGB. einen Aprilscherz sich erlaubt, wenn er die Alleinherrschaft des Kapitals in den Betrieben bestreitet. Ein Aprilscherz, der aber eine Verhöhnung der Arbeiterschaft ist, ein Scherz, hinter dem bitterer Ernst steckt. Der Bundesausschuß des ADGB. geht weiter. Er proklamiert feierlich die **große Volksgemeinschaft.**

Arbeiter, wißt Ihr, was die große Volksgemeinschaft bedeutet?

Die **Volksgemeinschaft** ist die politische Parole der Deutschnationalen, der schwarzweißroten Monarchistenparteien.

Volksgemeinschaft — unter dieser Parole wollen der „Jungdo" und andere faschistische Organisationen die Herrschaft des Großkapitals, der Großgrundbesitzer, befestigen.

Volksgemeinschaft, Arbeitsgemeinschaft, Werksgemeinschaft — das ist die heilige Dreieinigkeit der Ausbeuter.

Volksgemeinschaft — Volksbetrug! Kann es eine Volksgemeinschaft geben in einer Klassengesellschaft, wo die herrschende Klasse mit allen Mitteln des geistigen und physischen Terrors ihre Alleinherrschaft zu befestigen und auszubauen bestrebt ist?

Wenn es je nötig war, daß die Arbeiter und die Werktätigen sich gegen die brutale Herrschaft der Ausbeuter zusammenschließen und die einheitliche Klassenfront errichten, so ist dies jetzt der Fall, wo das Großkapital einen konzentrischen Angriff gegen alle Werktätigen unternimmt.

Die Zahl der Erwerbslosen steigt. Die „Rationalisierung" wirft immer neue Massen auf die Straße. Im Herbst soll die „**große Säuberungsaktion**" in den Betrieben beginnen. Die Zahl der Arbeitsuchenden beträgt schon heute 3 Millionen. Sie wird im Herbst 4 Millionen erreichen.

Die Preise steigen. Eine neue Teuerungswelle, die Folge des großagrarischen Zollwuchers, ergießt sich über Deutschland. Jede Woche bringt schon eine erhebliche Steigerung der Lebensmittelpreise. Ist das die Volksgemeinschaft?

Jawohl, das ist **die** Volksgemeinschaft, wie sie sich Marx-Hindenburg, das Bank- und Industriekapital, die Chemiekönige Mitteldeutschlands und die Eisenbarone des Rheinlands, die ostelbischen Junker, vorstellen. Zu **dieser** Volksgemeinschaft gehören die Pläne eines **Arbeitsdienstpflichtgesetzes, das der Stahlhelm in seiner letzten Nummer veröffentlicht:**

„Jeder Staatsbürger hat während der Zeit des Ueberganges vom Jüngling zum Mannesalter eine eineinhalb- bis zweijährige Dienstzeit zu erfüllen."

Die **Militarisierung der Arbeiter und Erwerbslosen**, das ist der Plan der Reaktion; dieser Plan wird durch den Schwindel der „Volksgemeinschaft" verhüllt.

„Die Demokratisierung der Wirtschaft ist noch nicht beendet." Die Arbeiter in den Betrieben werden sich fragen: hat sie denn schon angefangen? Oder ist es vielleicht das Antreibesystem, die Werkspolizei, die maßlos verschärfte Ausbeutung, die Entrechtung der Arbeiter auf der ganzen Linie das, was der ADGB.-Bundesausschuß „Demokratisierung der Wirtschaft" nennt?

Nach der Auffassung des ADGB. haben die Gewerkschaften die Aufgabe, **„gleichberechtigt"** an den Fragen der Wirtschaftspolitik wie der Wirtschaftsführung mitzuwirken, **„gleichberechtigt"** — dieses Wort ist der offene Verzicht auf den Sozialismus, der Verzicht auf das Recht und auf die historische Aufgabe der Arbeiterschaft, als **führende Klasse** die Wirtschaft zu organisieren, die Preisgabe aller Lehren von Marx und Engels, zu denen die Sozialdemokratie noch heute ein Lippenbekenntnis ablegt.

Mit diesem Aufruf an die deutsche Arbeiterjugend hat der Bundesausschuß des ADGB. die **Arbeitsgemeinschaft mit der deutschen Unternehmerklasse proklamiert.** Arbeitsgemeinschaft im nationalen Rahmen, **Streikbruch** gegenüber den englischen Bergarbeitern, als internationales Programm: das ist das Ergebnis der Düsseldorfer Tagung.

Die Erwerbslosen, deren Delegationen zur Tagung nicht zugelassen wurden, sowie die Arbeiter in den Betrieben, denen gesagt wird, daß die Alleinherrschaft der Unternehmer in den Betrieben gebrochen ist, um sie von den Kämpfen, die die Herrschaft der Unternehmer wirklich brechen würden, abzuhalten, werden aus dieser Tagung ihre Schlüsse ziehen.

Unermüdliche Arbeit, um durch Mobilisierung der freien Gewerkschaften den Widerstand der ADGB.-Arbeitsgemeinschafter zu brechen! Organisierung des Kongresses der Werktätigen, der den gemeinsamen Kampf für die Interessen der erwerbslosen und beschäftigten Arbeiter zusammenfassen soll! Zusammenschluß der Erwerbslosen in Bezirkskonferenzen! Kampf gegen die kapitalistische „Rationalisierung" auf der ganzen Linie! Diese Losungen werden wir mit verstärkter Kraft propagieren, um der Politik der Arbeitsgemeinschaft die Politik des **Klassenkampfes**, die Politik der **proletarischen Einheitsfront** entgegenzustellen!

Die Erwerbslosen werden nicht vorgelassen

(Eig. Drahtbericht.) **Düsseldorf, 10. Juli.**

Heute vormittag waren zu der Sitzung des ADGB.-Ausschusses eine große Anzahl Delegationen von Erwerbslosen des Rheinisch-Westfälischen Industriegebietes aus Essen, Duisburg, Solingen, Remscheid, Gräfrath, Ohligs, M.-Gladbach, Düsseldorf usw. erschienen, die dem ADGB. ihre Forderungen vortragen wollten. Die von ihnen beauftragte Vertretung wurde beim Betreten des „Volkshauses" vom „Reichsbanner"-Saalschutz angehalten und nicht zur Sitzung zugelassen. Statt dessen erschienen vom ADGB. Schulze und Welker vom Bundesvorstand und Kupfer vom Baugewerkebund, die im Speisesaal mit den Delegationsvertretern verhandelten.

Die Delegierten kritisierten an der Entschließung des ADGB. vom vorhergehenden Tage besonders, daß keine bestimmte Forderung auf Erhöhung der Unterstützungssätze um 50 Prozent aufgestellt ist, und daß der Kampf gegen den Abbau der Erwerbslosenfürsorge nicht geführt werde. Die Gewerkschaftsführer antworteten, daß die Gewerkschaften auf die gesetzlichen Mittel (!) beschränkt und auf die Zusammenarbeit mit den Regierungen angewiesen seien. Sie hätten im Einvernehmen mit der Regierung ein „nettes Programm" für Notstandsarbeiten entworfen. Der Weg zur Ueberwindung des Elends sei die Rationalisierung der Wirtschaft, um die deutsche Produktion auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu machen. Vergebens versuchten die Erwerbslosendelegierten, die Gewerkschaftsführer darauf hinzuweisen, daß durch die Rationalisierungspolitik des Kapitals die Erwerbslosenzahl erst recht steigt.

Die Delegierten forderten vom ADGB., daß er den Kampf für die Forderungen der Erwerbslosen aufnehmen soll. Der ADGB. müsse insbesondere einen Erwerbslosenkongreß für Rheinland-Westfalen einberufen und die Erwerbslosenbewegung in einem Reichskongreß zusammenfassen. Es sei ferner notwendig, den Erwerbslosen die Mitgliedschaft in den Gewerkschaften, den Beitritt in die Gewerkschaften, zu ermöglichen.

Ein Telegramm aus Halle und die Antwort

Die am 9. Juli stattgefundene Sitzung des ADGB.-Ortskartells Halle beschloß die Absendung nachstehenden Telegramms an den Bundesausschuß des ADGB. in Düsseldorf:

„An Bundesausschuß des ADGB.
in Düsseldorf.

Ortsausschuß Halle erwartet von Tagung des Bundesausschusses Stellungnahme zum englischen Bergarbeiterstreik, um Ausfuhr von Kohle nach England zu verhindern.

Ortsausschuß Halle des ADGB."

Die Antwort auf dieses Telegramm können die Arbeiter dem Verlauf der Düsseldorfer Tagung selbst entnehmen. **Es wurden keine Beschlüsse gefaßt, um die Ausfuhr von Kohle nach England zu verhindern.** Wir wollen diese Tatsache, die für sich spricht, kommentarlos hier feststellen. Der Ortsausschuß des ADGB. Halle, der von der Tagung diese Stellungnahme erwartet hat, muß **nach der Tagung** gegen die Haltung des Bundesausschusses, gegen den von Schulze offen proklamierten Streikbruch Protest erheben und eine energische Aktion zur Unterstützung der englischen kämpfenden Bergarbeiter unternehmen.

Explosionskatastrophe bei Neuyork

Hundert Tote — Hundert Opfer des Imperialismus

Neuyork, 11. Juli.

Die Marinemunitionsdepots am See Lake Denmark sind in die Luft geflogen. Die erste Explosion erfolgte infolge eines Blitzschlags. Mehr als 100 Marinesoldaten sind der Explosion zum Opfer gefallen. Zur Hilfeleistung herangezogene Truppen versuchten vergeblich, an den Unglücksort heranzukommen. Die Splitter der zu vielen Hunderten explodierenden Granaten und Torpedos suchten die ganze Umgegend heim. Die Ortschaft Mount Hope ist völlig vernichtet. Die Landstraßen sind mit Fliehenden überfüllt, die zunächst annahmen, daß es sich um ein Erdbeben handele.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260712-13/fragment/page=0001

Der ADGB. verhöhnt die kämpfenden englischen Bergarbeiter

(Eig. Meldung.) **Düsseldorf, 10. Juli.**

Die Delegation der Erwerbslosen, die zur Bundesausschußsitzung des ADGB. entsandt wurde, berührte u. a. auch den Kampf der englischen Bergarbeiter und forderte vom ADGB. die aktive Unterstützung des Streiks. Die Vertreter des ADGB. lehnten diese Forderungen hohnlächelnd ab. Welker vom Bundesvorstand erklärte spöttisch: **„Warum denn immer gleich Kampfmaßnahmen. Unsere ganze Arbeit ist ja Kampf, wenn auch nicht gleich mit Degen und Schwert.“** Und das Bundesvorstandsmitglied Schulze gab folgende, jedem Solidaritätsgedanken ins Gesicht schlagende Antwort: **„Wir müssen den englischen Absatzmarkt erobern, damit der englische Streik gewonnen wird. Wenn wir keine Kohle liefern würden, so würde die Kundschaft der englischen Kohlenindustrie bei ihrem bisherigen Lieferanten bleiben.“ Im übrigen gehe ja die deutsche Kohle nicht nach England, sondern nach Holland und Schweden. Die Verdoppelung des Absatzes von deutscher Kohle sei sehr begrüßenswert.** Der Vertreter der IAH. vom Gau Niederrhein hatte mit seinen Vorstellungen, daß es notwendig sei, die englischen Bergarbeiter solidarisch zu unterstützen, ebensowenig Erfolg.

Wie lange will sich die deutsche Arbeiterschaft noch diesen offenen Verrat der reformistischen Gewerkschaftsführer gefallen lassen? Der Kampf der englischen Bergarbeiter hat schon dazu geführt, daß große Teile der englischen Bourgeoisie von der aggressiven Haltung der englischen Regierung abrücken und in diesem Augenblick versucht der ADGB. wiederum, die Interessen der Unternehmer wahrzunehmen.

Unaufhörliches Steigen der Berliner Erwerbslosenziffer!

Wochenzunahme 3500 — 273 000 Vollerwerbslose!

Das Landesarbeitsamt Berlin teilt mit: Der Stand der Arbeitslosigkeit ist in der Berichtswoche um rund 3500 Personen gestiegen und beträgt nunmehr 273 260. Anzeichen einer Besserung in den maßgebenden Industrien sind kaum zu bemerken.

Es waren 273 260 Personen bei den Arbeitsnachweisen eingetragen, gegen 270 731 der Vorwoche. Darunter befanden sich 175 169 (174 324) männliche und 98 091 (96 407) weibliche Personen. Unterstützung bezogen 135 835 (135 480) männliche und 70 123 (68 382) weibliche, insgesamt 205 958 (203 862) Personen. Außerdem wurde noch an 31 595 (30 950) Personen Erwerbslosenhilfe gezahlt und 3961 (4044) Personen wurden bei Notstandsarbeiten beschäftigt.

Keine Hilfe für die Hochwassergeschädigten

2 Millionen für das Reich — 25 Millionen Schaden allein in Sachsen

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat der preußische Minister des Innern zur Linderung der ersten Not der in den Provinzen Oberschlesien, Niederschlesien, Brandenburg, Sachsen und Hannover durch das Juni-Hochwasser Geschädigten weitere 2 Millionen Mark aus inzwischen bereitgestellten Reichsmitteln den zuständigen Oberpräsidenten zur schleunigen Verteilung überwiesen.

Der Bürgerblock marschiert

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 12. Juli.**

Die „Deutsche Tageszeitung“ erklärt, daß die deutschnationale Fraktion des Preußischen Landtages jeden Augenblick bereit sei, mit den anderen bürgerlichen Parteien in Besprechungen einzutreten, um die vom Freiherrn von Gayer und Dr. Jarres angeregten Verhandlungen zur Erzielung einer engeren Zusammenarbeit der staatsbürgerlichen Fraktionen des Landtages herbeizuführen. Dieser Bürgerblock soll sich gegen die „Gefahren für Wirtschaft und Staat“ wenden.

Die Niedner-Justiz arbeitet fieberhaft

Neue Terrorurteile gegen Kommunisten

(Eig Meldung.) **Leipzig, 10. Juli.**

Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts verhandelte heute gegen die Genossen A. Neumann und Richard Abraham. Der Genosse Neumann hatte im März zum Verbandstag der sächsischen Polizeibeamten in Zittau eine dem Verbandskongreß gewidmete Sondernummer des „Polizeibeamten“ sowie Nr. 1 dieser Zeitschrift im Tagungslokal ausgelegt. Der Jugendgenosse Abraham hatte einem Reichswehrangehörigen auf der Straße eine Nummer der Zeitschrift „Der Reichswehrsoldat“ gegeben. **Wegen dieser politischen Aufklärungsarbeit wurden Genosse Neumann und Genosse Abraham zu je 1 Jahr Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe unter Anrechnung von 2 Monaten Untersuchungshaft verurteilt.**

Die Frau als Geisel!

Die Frau des Genossen Schlaffer verhaftet

Die Frau des kommunistischen Landtagsabgeordneten **Schlaffer** ist in München unter dem Verdacht der „Beihilfe zur Flucht ihres Mannes“, der, ebenso wie Genosse Götz, nach Aufhebung seiner Immunität im Münchener Landtag ins Ausland geflohen ist, verhaftet worden.

Diese Verhaftung ist eine völlig ungesetzliche Maßnahme und erinnert an die schlimmsten Geiselmethoden des weißen Terrors.

Zum Fall Großmann!

Der Kampfbund für Volksrecht schickt uns folgende Erklärung zu:

Der Senatspräsident am Kammergericht, Dr. Großmann, hat im Zusammenhang mit der Fürstenenteignungskampagne und mit sonstigen justizpolitischen Fragen Artikel geschrieben und Reden gehalten, die durch ihre Kritik an den deutschen Justizzuständen das Mißfallen seiner nichtrepublikanischen Kollegen erregten. Der preußische Richterverein hat daraufhin den Beschluß gefaßt, Dr. Großmann auszuschließen.

Im Anschluß an diese Unterdrückung berechtigter und zutreffender Kritik an den Justizmängeln erklärt der „Kampfbund für Volksrecht“, daß er gemäß seinem Programm und seinen Satzungen den Kampf gegen die veralteten Gesetze und gegen das reaktionäre Richtertum mit erhöhter Energie aufnehmen wird.

Kriminalkomissar des Mordes überführt

Der Drahtzieher noch im Dienst

(Eig. Drahtm.) **München, 12. Juli.**

Der „Montag Morgen“ weist darauf hin, daß der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Levi eine Anzahl für den Gareis-Mörder Leutnant Schweikart sehr belastende Dokumente gefunden hat, die sich bereits wenige Tage nach dem Morde bei den Akten befunden haben. Infolge der Untersuchungsmethode der Münchener Polizeidirektion wurden sie seinerzeit nicht ausgenutzt. Das ist darauf zurückzuführen, daß der Kriminal-Oberkommissar Glaser, der an der politischen Abteilung der Münchener Polizeidirektion das Dezernat für Landesverrat leitet, den Mord an Gareis begünstigt und wahrscheinlich sogar angestiftet hat. Gareis wurde ermordet, als er gerade mitten in den Enthüllungen war, die Glaser der Beihilfe zu verschiedenen politischen Mordtaten bezichtigten. Diese Enthüllungen wurden durch den Mord nicht beendigt. Glaser befindet sich noch heute im Dienst.

Helft den vollen Sieg der englischen Bergarbeiter erzwing

Die entschlossene Fortführung des Kampfes bringt selbst die Konservativen gegen die Regie

Die Streikfront unerschüttert

(TU.) **London, 10. Juli.**

Die Erwartungen der Grubenbesitzer und der Regierungskreise auf den Zusammenbruch des Bergarbeiterstreiks haben sich auch jetzt nicht erfüllt, wo die meisten Gruben ihren Arbeitern die alten Löhne in öffentlichen Anschlägen zugesagt haben. In parlamentarischen Kreisen herrscht selbst bei den Konservativen die größte Erbitterung gegen die Regierung Baldwin, die in ihrer Bergbaupolitik völlig versagt hätte. Anstatt — gerade im Hinblick auf die nahen Parlamentsferien — auf jede nur mögliche Weise den Bergbaufrieden zu vermitteln, habe sie sich auf den Kohlenbericht der Sachverständigen versteift, der praktisch gar nichts bedeute. Was nütze der Bericht, wenn ihn Grubenbesitzer und Bergarbeiter in den wesentlichsten Punkten ablehnten.

Selbst Macdonald anerkennt die Kampfentschlossenheit der Bergarbeiter

(WTB.) **London, 10. Juli.**

Macdonald, der in Birmingham eine Rede hielt, erklärte, daß er gerade von Northumberland und Yorkshire komme und die Bergleute, besonders aber die Bergarbeiterfrauen ebenso entschlossen gefunden habe wie am ersten Tag des Streiks. Die Regierung habe durch die falsche Behandlung der Vorlage über den Achtstundenarbeitstag eine Lage geschaffen, welche Verhandlungen ganz unmöglich mache.

Zusammenfassung der Kräfte — Hodges soll verschwinden

(WTB.) **London, 11. Juli.**

Der Sekretär des Bergarbeiterverbandes Cook hielt in Nottingham eine Rede, in der er u. a. erklärte: „Ich hoffe, daß wir in der nächsten oder übernächsten Woche eine Konferenz der Bergarbeiter einberufen können, an der alle Bezirke teilnehmen. Die Entwicklung des Streiks ist in eine neue Phase getreten; ich möchte jedoch die Grubenbesitzer warnen, indem ich ihnen erkläre, d für die Sicherheit in den Bergwerken tätigen Arbeiter un bisherigen Bedingungen nicht arbeiten werden. Es ist bes worden, diese Arbeiten nur dann fortzusetzen, wenn dieselben wie im April gezahlt werden, wenn die gleiche Arbeitszeit be ten wird, und wenn diese dem Schutze der Gruben dienende beiten nicht Beamten übertragen werden.“

An anderer Stelle sagte Cook:

Der Sekretär des internationalen Bergarbeiterverbandes ges müsse von seinem Posten entfernt werden, weil er die rungen der Bergarbeiterinternationale geschädigt habe. C tonte, die Eisenbahner werden sich nicht um die Rechte welcher Führer kümmern, die ihre Stellung dazu benutzten, Bergarbeiter in ihrem Kampfe zu schädigen. Die beiden Bemerkungen beziehen sich auf die Tatsache, daß Hodges wie die Politik der Bergarbeiterführer sehr abfällig kritisiert ha daß die Delegierten der Eisenbahner beschlossen haben, kein der Beförderung ausländischer Kohle anzunehmen.

Zauderndes Verhalten der ITF. — ein Be an den englischen Kameraden

(WTB.) **Rotterdam, 10.**

Gestern ist hier das Hafen-Komitee der Internationalen portarbeiter-Föderation zu einer mehrtägigen Sitzung zusa getreten, an der außer den Verbandssekretären Fimmen un tahas zwei holländische und drei belgische Abgeordnete, un Vertreter der deutschen Transportarbeiter, Seiffert und mann teilnahmen. Gegenstand der Besprechung sind der inz bereits beendigte Streik in Antwerpen sowie der Arbeitskon den französischen Häfen Dünkirchen und Boulogne und in land. Außerdem wird sich das Komitee noch mit der Fra Kohlenzufuhr nach England beschäftigen, obwohl die interna Transportarbeiter-Föderation auf dem Standpunkt steht, daß **für erst ein entsprechender Antrag des englischen Tran arbeiter-Verbandes eingegangen sein muß.**

Nur 22 Stimmen Mehrheit für Caillaux

Die Versklavung des französischen Proletariats soll beginnen.

(Eig. Meld.) **Paris, 10. Juli.**

In der Nachtsitzung nahm die Kammer mit 269 gegen 247 Stimmen ein Vertrauensvotum für die Regierung an. Eine von den Sozialisten eingebrachte Tagesordnung, die sich gegen die Inflationspläne und Auslandsanleihen der Regierung richtet und fordert, daß die Finanzierung und Stabilisierung durch „ein nationales Opfer“ geschehe, wurde mit 324 gegen 203 Stimmen abgelehnt. Die kommunistische Fraktion stimmte geschlossen gegen die Regierung.

*

Die Abstimmung hat gezeigt, daß die Regierung Briand-Caillaux auf sehr schwachen Füßen steht. Demzufolge wird auch von der Pariser Presse die Situation nicht sehr rosig angesehen.

Hallo, Genosse!

Hast Du schon die Resultate der Werbewoche gemeldet?

Wir warten darauf!

Allgemein hält man das Abstimmungsergebnis nicht für geeignet, die Stellung der Regierung nach innen und außen zu stärken.

Selbst Ministerpräsident Briand mußte den Pressevertretern gegenüber erklären, daß die Regierung nur dann glaubt sagen zu können, daß sie das Land aus seiner schwierigen Lage herausbringe, wenn jetzt von allen Seiten darauf verzichtet wird, die Regierung mit Interpellationen zu belästigen und ihr gestatten wird, in Frieden zu arbeiten, indem man ihr die dazu notwendigen Mittel bewilligt. Aber nur unter dieser Bedingung fühle sich die Regierung dazu imstande.

Das beste Stimmungsbarometer bietet die Börse. Der Devisenmarkt hat auf das Vertrauensvotum kaum reagiert.

Zu einer neuen entscheidenden Abstimmung wird es bei der Beratung des Ermächtigungsgesetzes kommen. Dieser Gesetzentwurf besteht aus einem einzigen Artikel, der eine Ermächtigung der Regierung vorsieht, durch Dekrete die Maßnahmen zur Wiederherstellung des Budget-Gleichgewichtes und zur Durchführung der Währungsstabilisierung zu ergreifen.

Matrosenaufstand in Portugal

Die Matrosen verließen in Lissabon ihre Schiffe und demonstrierten gegen die Regierung. In der Stadt Oporto in Ceumbra **wurde ein Arbeiter- und Soldatenrat gegründet, durch den die Stadtverwaltung aufgelöst wurde. Einzelheiten über den weiteren Verlauf des Matrosenaufstandes liegen nicht vor.**

Keinen Pfennig dem Matteotti-Fonds

IRH. Zur Wiederkehr des Todestages von Giacomo Matteotti hat die zweite Internationale auf ihrer letzten Exekutiv-Tagung beschlossen, einen internationalen „Matteotti-Fonds“ ins Leben zu rufen. Zurzeit werden in allen Ländern Sammlungen für diesen Fonds von den sozialdemokratischen Funktionären vorgenommen. In der Gründungserklärung des Matteotti-Fonds heißt es, daß dieser Fonds zur Unterstützung der Arbeiterbewegung in „Ländern ohne Demokratie“ verwendet werden soll. Nach Auffassung der sozialdemokratischen Führer gehören zu diesen Ländern nicht nur die faschistischen Terrorstaaten, sondern auch die Sowjetunion. Es liegt auf der Hand, daß die Gelder des Matteotti-Fonds auch zur Unterstützung konterrevolutionärer Bewegungen gegen Sowjet-Rußland Verwendung finden sollen. Bewußt benutzen die sozialdemokratischen Führer den Namen und das Andenken des von den Faschisten ermordeten Matteotti, um Gelder zu sammeln, die auch zur Unterminierung des Sowjetstaates benutzt werden sollen. Deshalb werden klassenbewußte Arbeiter es ablehnen, auch nur einen Pfennig für den Matteotti-Fonds zu zeichnen. Die Unterstützung revolutionärer Kämpfer führt die IRH. und ihre Sektionen, deren Sammlungen zu unterstützen sind.

Ehrung der Revolutionsopfer

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 12. Juli.**

Gestern fand ein glänzender Vorbeimarsch der Berliner Arbeiterschaft an den Gräbern der Revolutionsopfer in Friedrichsfelde statt. Der Vorbeimarsch am Denkmal der Revolutionsopfer dauerte 1½ Stunden. Vorher fand in Friedrichshain eine Massenkundgebung statt, in der die Genossen Meyer, Scholz, Schwenk, Ledebour von der USP. und andere sprachen. Der „Montag Morgen“ schätzt die Zahl der Demonstranten auf 35 000.

Kommunalwahlen im Saargebiet

Verdoppelung der kommunistischen Mandate

(WTB.) **Saarbrücken, 12.**

Bei den gestrigen Gemeinderatswahlen in der Stadt Saarb erhielten die Deutschnationale Volkspartei 6 Sitze (bisher 3 Deutsch-Saarländische Volkspartei 8 (14), die Deutsche Wirts partei 6 (5), die Deutsche Demokratische Partei 2 (2), die trumspartei 17 (19), die Sozialdemokratische Partei 13 (13) Kommunistische Partei 8 (4).

In der Stadt Neukirchen erlangte die Zentrumspartei 13 die Sozialdemokratische Partei 10, die Kommunistische Partei die Deutsche Wirtschaftspartei, die Demokratische Partei, Deutsch-Saarländische Volkspartei je 3 Sitze.

Allgemein ist eine Abnahme der Sitze der bürgerlichen Par und eine Zunahme der Kommunisten festzustellen.

Ausnahmezustand in Breslau gegen die Arbeiterschaft

(Eig. Drahtm.) **Breslau, 12. Ju**

Nachdem der sozialdemokratische Polizeipräsident für die Breslau sämtliche Versammlungen und Umzüge unter fr Himmel verboten hat, sprach der Landrat nunmehr auch das Verbot für den gesamten Landkreis Breslau aus.

Kurze politische Meldungen aus aller W

Einheitsfront der linken und rechten SPD. gegen die Erwerbslosen. Die Sitzung des Sächsischen Landtages vom 8. Juli le einen kommunistischen Antrag auf Erhöhung der Unterstütz sätze um 50 Prozent und gegen das Lohnklassensystem, sowie die Erwerbslosenversicherung und für den weiteren Ausbau Erwerbslosen-Fürsorge mit den Stimmen der linken Sozialde kratie ab. Die Einheitsfront der rechten und der linken So demokraten in Sachsen gegen die Erwerbslosen ist also herge

Die Wahrheit darf nicht berichtet werden! Anläßlich des treffens des Roten Frontkämpferbundes in Witten, Ruhrg über dessen eindrucksvollen Verlauf wir berichteten, hatten ei Kameraden Photographien von dem roten Aufma aufgenommen, die in der Presse veröffentlicht werden sollten. Bochumer Polizei hat die noch nicht einmal entwic Platten beschlagnahmt. Außerdem wurden vier Frontkämpfer bei der Heimkehr von Witten in Bochum jeden Grund verhaftet.

Wachsende Zersetzung des britischen Imperiums. Zu der be stehenden britischen Reichskonferenz haben Kanada und Irische Freistaat Anträge gestellt, denen zufolge in Zuk zu Generalgouverneuren Staatsmänner der betreffenden D nions selbst ernannt werden sollen. Ein weiterer Vorschlag la dahin, daß die Dominions in Zukunft die Kosten für ihre tretung bei der Reichskonferenz selbst tragen sollen, um auf Weise die Stellung ihrer Vertreter, die bisher Gast der briti Regierung waren, freier zu gestalten. Die Regierung der S afrikanischen Union wird sich diesem Antrag bzw. Vorsch anschließen.

Der spanische Mussolini als Polizeidiktator. Dem spani Diktator Primo de Rivera ist es bislang noch nicht lungen, die vollständige Ruhe in Spanien wieder herzustellen. er sich auf das spanische Heer noch weniger als je verlassen geht daraus hervor, daß er sich in der letzten Zeit ausschlie auf die Polizei stützte und durch diese Verhaftungen und Ü wachungen vornehmen läßt. In Madrid allein wurden 170 haftungen vorgenommen, die im Zusammenhang mit dem le Komplott stehen. Rivera erklärt, daß er nicht daran denke, von ihm geplante Volksvertretung durch allgemeine Wahlen standekommen zu lassen, sondern sie werde nur aus patrioti Männern aller Schichten zusammengesetzt sein.

Schon wieder ein Umsturz in Portugal. General Gomez Costa ist am Freitag durch einen Staatsstreich des Gene Carmona, der bis vor einigen Tagen dem Kabinett da C angehörte, gestürzt worden. Es ist ein neues Kabinett gebil worden, an dessen Spitze General Carmona steht. — Der Ma kampf, der sich in Portugal zwischen den verschiedenen Milit cliquen als den Vertretern verschiedener imperialistischer Sta abspielt, geht weiter, ohne daß bis jetzt die werktätigen Ma mangels einer organisierten Führung durch eine Kommunisti Partei imstande sind, als ausschlaggebender Faktor in den Ka der Generale einzugreifen.

Ausdehnung des Streiks der Neuyorker Untergrundbahn. schon angedeutet, sind die Arbeiter der Kraftwerke fast restlos Untergrundbahnerstreik beigetreten. Durch die plötzliche Un bindung des elektrischen Stroms wurden 2000 Passagiere gezw gen, größere Strecken der Untergrundbahn bis zu einem Not gang zu Fuß zurückzulegen. Wohin die Aufrechterhaltung des kehrs durch Streikbrecher führt, zeigt eine Verhandlung vor Staatsanwaltschaft, wo eine der Untergrundbahngesellschaften einen Verkehrsunfall haftbar gemacht werden soll. Dieser Un konnte entstehen, weil der Zug von einem Streikbrecher gefü **wurde, der nicht genügend ausgebildet war.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260712-13/fragment/page=0002

Der Rakosi-Prozeß beginnt

Von John Pepper.

Ungarn zeigt jetzt wieder sein wahres Gesicht: dem Frankenfälschungsprozeß folgt jetzt der Kommunistenprozeß. Ein neuer Carlyle wäre notwendig gewesen, um diesen Frankenfälschungsprozeß, die ungarische Auflage der Halsband-Affäre, zu schildern. Aktive und gewesene Minister, der Chef der Landespolizei, der Feldbischof der ungarischen Armee, Oberste des Generalstabes, die Kabinettskanzlei Horthys und Bethlen, der Ministerpräsident selbst, waren in die Frankenfälschungsaffäre verwickelt. Ein internationaler Skandal ohne gleichen! Die Bank von Frankreich ist als Ankläger gegen das ganze offizielle Ungarn aufgetreten. Briand hat sogar ein internationales Gesetz zur Verfolgung der Falschmünzer dem Rate des Völkerbundes vorgeschlagen. Ministerpräsident Bethlen wurde in Genf von einem erbitterten „Republikaner" geohrfeigt. Die Finanzkontrolle des Völkerbundes wurde trotz Bemühungen Englands, des Hauptprotektors der Horthy-Regierung, nicht aufgehoben. Das „sanierte" Ungarn ist trotz aller Kurpfuschereien und Gesundbetens des Völkerbundes der „kranke Mann" Mitteleuropas.

Chronische Wirtschaftskrise, chronische Arbeitslosigkeit und eine chronisch gewordene Diktatur der Konterrevolution mit ihren Geheimgesellschaften, ihrer irredentistischen Propaganda und brutalen Verachtung aller „Formalitäten der bürgerlichen Demokratie" — dieses Bild zeigt das Horthy-Bethlen-Ungarn.

In diesem Milieu wird sich jetzt der Prozeß der achtundfünfzig Arbeiter abspielen. Aber die Schilderung des Milieus wäre unvollständig ohne das Bild der ungarischen Sozialdemokratie. Horthy-Ungarn besitzt auch eine Horthy-Sozialdemokratie. Das Verhältnis der Bethlen-Regierung zur ungarischen Sozialdemokratischen Partei wird am besten durch die Verse des Heine-Gedichtes „Krapulinski und Waschlappski" charakterisiert: „Eine Laus und eine Seele". Keine Sozialdemokratie der Welt ist so eng mit ihrer „eigenen" Regierung verbunden, wie die ungarische. Ebert und Scheidemann haben sich 1918 an die Spitze des Januarstreiks gestellt, um die Bewegung abzuwürgen, die bulgarische Sozialdemokratie beteiligte sich an der Regierung des weißen Terrors gegen die kommunistischen Arbeiter, der Generalrat der englischen Gewerkschaften übte den schändlichsten Verrat am Generalstreik aus — die ungarische Sozialdemokratie multiplizierte alle diese Verbrechen seit dem Fall der ungarischen Sowjetrepublik. Die verlaufte das ungarische Proletariat, mit allen juristischen Finessen, an die Bethlen-Regierung.

Das Bekanntwerden des berüchtigten „Bethlen-Pakts" der Sozialdemokratie hat in Ungarn den Anstoß zur Wiederbildung der **illegalen kommunistischen Bewegung**, zur Abspaltung des **linken** Flügels der Sozialdemokratie und zur Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei Ungarns gegeben.

Diese zwei Momente: einerseits die feste Verankerung der kommunistischen Bewegung, andererseits die Gründung einer linkssozialdemokratischen Arbeiterpartei bilden Grundlage dieses neuen Prozesses. Die achtundfünfzig Arbeiter, die jetzt vor den Schranken des Gerichtes stehen werden, zerfallen eigentlich in zwei Gruppen: Die eine ist die der Kommunisten, Rakosi und Genossen, die in zäher Kleinarbeit und mit heroischer Todesverachtung an dem Aufbau der illegalen Kommunistischen Partei gearbeitet haben. Die andere Gruppe ist eine linkssozialdemokratische: Bagi und seine Genossen, die sich nach dem Bekanntwerden des „Bethlen-Pakts" von der Sozialdemokratie trennten und auf der Grundlage eines „gradlinigen marxistischen Klassenkampfes" eine neue, linkssozialistische Partei gründeten.

Die Rakosi-Gruppe erscheint vor dem Gericht als Fahnenträgerin der Kommunistischen Internationale, als Fortführerin der großen revolutionären Tradition der ersten ungarischen Sowjetrepublik, als unterirdische Vorkämpferin der neuen ungarischen Revolution.

Die Bagi-Gruppe wird vor das Gericht der Konterrevolution geschleppt als eine Gruppe ehrlicher Arbeiter (fast ohne Ausnahme sind sie gute Gewerkschafter), die in Marseille sich zur Aufnahme in die 2. Internationale meldeten, die den Weg zum Kommunismus noch nicht gefunden haben, die aber die verräterische konterrevolutionäre Politik der offiziellen Sozialdemokratie nicht mehr mitmachen wollten.

Die Anklage des konterrevolutionären Tribunals versucht, beide Gruppen zu verquicken. Die Anklageschrift behauptet, die Sozialistische Arbeiterpartei Ungarns sei nur der legale Deckmantel für die illegale Kommunistische Partei. Sie will als Beweis den Umstand ausnutzen, daß einige Kommunisten, ebenso wie in den **Gewerkschaften** und den Parteiorganisationen der offiziellen **Sozialdemokratischen** und den Parteiorganisationen der **linkssozialistischen Partei** gearbeitet haben.

Mit diesem Prozeß verfolgt die Regierung zwei politische Ziele: erstens will sie die kommunistische Propaganda durch Einschüchterung, durch Einkerkerung der Wortführer der Kommunistischen Partei mundtot machen, zweitens versucht sie, die Sozialistische Arbeiterpartei in die Illegalität zu drängen.

Das internationale Proletariat hat die Pflicht, seine Aufmerksamkeit auf diesen Prozeß der ungarischen Arbeiter zu lenken. Der erste Vorstoß der ungarischen Konterrevolution, der im letzten Winter dem Leben des Genossen Rakosi galt, wurde durch die großartige Solidaritätsaktion des internationalen Proletariats zurückgeschlagen. Genosse Rakosi hat sich in der ersten Verhandlung vor Gericht der großen revolutionären Tradition des ungarischen Proletariats würdig gezeigt. Er, der gewesene Volkskommissar der ungarischen Sowjetrepublik, der frühere Sekretär der Kommunistischen Internationale, ging zurück nach Ungarn, im klaren Bewußtsein von Todesgefahr und Folter, um dort die schwere illegale Arbeit zu leisten. Das Leben des Genossen Rakosi, das früher nur das Eigentum des ungarischen Proletariats war, ist durch die großartige internationale Unterstützungsaktion das teure Eigentum des gesamten Proletariats geworden. Wir sind uns dessen bewußt, daß weder er noch die anderen siebenundfünfzig Arbeiter, die jetzt vor dem konterrevolutionären Tribunal Horthys stehen werden, von der Arbeiterklasse aller Länder im Stich gelassen werden. Die Arbeiter, die sich mit Rakosi und Genossen solidarisieren, zollen ihre Verehrung der revolutionären Tradition der ungarischen Sowjetrepublik, ihre Dankbarkeit den Tausenden von Toten der ungarischen Revolution, den einstigen stolzen Vorkämpfern des Weltproletariats und tragen bei zur Rettung der kostbaren Leben der Führergarde der kommenden, der unvermeidlichen, der **zweiten ungarischen Revolution.**

Rettet Rakosi!

(Eig. Drahtm.) Budapest, 12. Juli.

Heute früh beginnt der Prozeß gegen Rakosi, Weinberger und 50 andere Angeklagte. Die Regierung hat die Gegend des Gerichtsgebäudes in ein Heerlager verwandelt, um Demonstrationen aus den erregten Großbetrieben zu verhindern. Die Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbureaukratie führen eine erhebliche Agitation im Sinne der Unterstützung des Staatsanwaltes. Aus Paris ist Henry Barbusse und aus London ein Abgeordneter der Labour Party angemeldet. Viele ausländische Journalisten sind zum Prozeß eingetroffen.

Die Partei und der Kampf der Erwerbslosen

Das Zentralkomitee beschloß folgende Richtlinien in dieser Frage:

Eine der wichtigsten und für die ganze nächste Etappe entscheidende Aufgabe der Partei ist die Führung des Kampfes der Erwerbslosen. Es muß eingesehen werden, daß die bisherigen Anstrengungen, so groß sie auch waren, bei weitem ungenügend sind. — Der Kampf gegen die Sabotage der Gewerkschaftsbureaukratie in der Zusammenfassung der Erwerbslosen muß verstärkt werden. Bei vollständiger Innehaltung der gewerkschaftlichen Linie der Partei, des Kampfes um die Einheit der Gewerkschaftsbewegung, darf die Partei eine Zersetzung der Erwerbslosenbewegung nicht zulassen, sondern muß in der Zusammenfassung der Erwerbslosen zu Orts- und Bezirksausschüssen, zu Bezirks- und Länderkongressen mit großer Kraft fortfahren. Die organisatorischen und agitatorischen Arbeiten müssen so geführt werden, daß auf dem im Herbst zusammentretenden

Kongreß der Werktätigen

eine möglichst breite Vertretung der Erwerbslosen vorhanden ist, die eine Zusammenfassung der Erwerbslosen im Reichsmaßstabe gewährleistet, die sich auf die Kampfessympathien der betriebsätigen Arbeiter stützen kann. Sämtliche Bezirksorganisationen werden verpflichtet, die organisatorischen und agitatorischen Arbeiten zur Einberufung von Bezirkskonferenzen der Erwerbslosen mit allen Kräften zu beschleunigen. Die Gesichtspunkte, unter denen die Partei diese Arbeit führen muß, sind folgende:

Der Kampf gegen die Betriebsstillegungen, für die Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß, für die Kontrolle der Produktion durch die Betriebsräte und Gewerkschaften kann endgültig nur durch die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat und die Ueberwindung des kapitalistischen Systems beendet werden. Indem wir die Massen für diese Ziele mobilisieren, müssen wir einen entschiedenen Kampf führen für alle Forderungen, die geeignet sind, das harte Los der Erwerbslosen zu verbessern.

Die Partei stellt für die sofortige Verwirklichung folgende Kampfloſungen erneut in den Vordergrund:

1. Gegen Erwerbslosenversicherung, für Erwerbslosenfürsorge. Mindestens 50 Prozent Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung; Unterstützung aller Kurzarbeiter.

2. Aufhebung aller einschränkenden Bestimmungen für die Unterstützung (Karrenzzeit, Unterstützungsdauer usw.).

3. Geschlossener Kampf gegen die Versuche der Regierung, Abbau und Staffelung der Unterstützungssätze durchzuführen.

4. Durchführung von großzügigen Notstandsmaßnahmen zu tariflichen Bedingungen durch Reich, Länder und Gemeinden.

5. Abwälzung der Kosten der Unterstützung auf die Unternehmer.

Zum erfolgreichen Kampf für die Durchsetzung dieser Forderungen ist das geschlossene Auftreten der gesamten Arbeiterklasse notwendig.

Den Arbeitern in den Betrieben muß begreiflich gemacht werden, daß eine große industrielle Reservearmee die Arbeitsbedingungen aller Arbeiter bedroht und daß nur gemeinsames Vorgehen Erfolg verbürgt.

Die Unorganisiertheit und Zersplitterung der Erwerbslosen erschwert die revolutionäre Arbeit in den Gewerkschaften. Darum müssen die Erwerbslosen hinein in die Gewerkschaften. Darum muß ein entschiedener Kampf in den Gewerkschaften für die Aufhebung aller Aufnahmebeschränkungen für Erwerbslose geführt werden. Darum müssen die Erwerbslosenausschüsse von den Gewerkschaften anerkannt werden.

Für die Durchsetzung dieser Kampfloſungen ist die engste Verbindung der Erwerbslosen mit den Arbeitenden eine Voraussetzung, die nur durch die intensivste Kampagne der Parteiorganisation, der Presse und der Gewerkschaftsfraktionen erreicht werden kann.

Es darf keinen Arbeitsnachweis, keinen Ort, keine Stadt geben, wo nicht ein Erwerbslosenausschuß auf breitester überparteilicher Grundlage — möglichst aus gewerkschaftlich organisierten Arbeitern bestehend — gebildet wird. Planmäßig ist auf die Zusammenfassung der lokalen Ausschüsse im bezirklichen und Reichsmaßstab hinzuarbeiten.

Aus der Partei

Bezirksparteitag Westsachsen

(Eig. Bericht.) **Leipzig, 11. Juli.**

Der Bezirksparteitag Westsachsen tagte am 10. und 11. Juli. Nach dem Bericht der Bezirksleitung und den Berichten der einzelnen Abteilungen der Bezirksleitung hielt das politische Referat der Vertreter des ZK., das Korreferat der Vertreter der Opposition (Gruppe Weber-Vogt). Die Abstimmung über die politische Resolution ergab 66 Stimmen für die von der Bezirksleitung, 57 Stimmen für die von der Gruppe Weber-Vogt vorgelegte Resolution. Bei den Abstimmungen über die Wahl der Bezirksleitung ergab sich dasselbe Verhältnis.

*

Der Bezirk Westsachsen ist der einzige Bezirk von größerer politischer Bedeutung, wo die ultralinken Strömungen innerhalb unserer Partei einen starken Einfluß haben. Triumphierend meldete die „Leipziger Volkszeitung" schon seit Wochen, daß im Bezirk Westsachsen die Ultralinken die Mehrheit haben. Das Ergebnis des Bezirksparteitages beweist, daß auch in dem einzigen Bezirk von größerer politischer Bedeutung, wo die ultralinken Strömungen starken Einfluß hatten, die Mehrheit der Mitgliedschaft die Linie der kommunistischen Internationale und des ZK. der KPD. behält. Die ultralinke Gruppe Weber-Vogt stellt in Westsachsen ein Gemisch der verschiedensten Gruppierungen dar; doch hat der Differenzierungsprozeß auf dem Reichsparteitag begonnen und wird von nun an unaufhaltsam weiterschreiten. Ein Teil der Führer dieser Gruppe hat sich als kleinbürgerliche Individualisten benommen. Es scheint, daß ihr Weg sie zu Korsch-Schwarz und Co. führt. Mögen sie diesen Wegen gehen, die heute noch ultralinks stehenden Arbeiter werden zum allergrößten Teil ihnen nicht folgen. Die Erwerbslosigkeit, die in Westsachsen vielleicht die höchsten Zahlen in Deutschland aufweist, ist die natürlich soziale Grundlage für eine Verzweiflungsstimmung, für eine Politik der revolutionären Ungeduld, eine Politik des Gefühls und der Gefühlsopposition gegen den Realismus, der die alleinige politische Grundlage der revolutionären Partei sein kann. Unsere Genossen in Westsachsen haben die Pflicht, um diese ultralinken Arbeiter ernst zu ringen und in politischen Diskussionen, durch politische Fragestellung, durch eine tiefgehende Aufklärung über die Wirtschaftslage in Deutschland, die Lage in Sowjet-Rußland, dafür zu sorgen, daß die heute noch ultralinks stehenden Arbeiter nicht von kleinbürgerlich-anarchistischen Elementen irregeführt werden können. Dann wird auch Westsachsen den Weg gehen, den die überwältigende Mehrheit der Mitgliedschaft unserer Partei schon gefunden hat.

Verbot einer kommunistischen Demonstration in Esch. Die luxemburgische Regierung hatte polizeiliche Maßnahmen getroffen, um die für Sonntag, den 11. Juli, in Esch geplante kommunistische Demonstration zu verhindern.

Rückkehr des „gnädigen Herrn"

Von Michael Kolzow

Wir geben uns in unseren Arbeiter- und Bauernzeitungen niemals damit ab, in irgendwelchen Phantasien herumzuschwelgen. Bloß am Tage des „Ersten Mai" oder zur Jahresfeier der Oktoberrevolution ergehen sich die Federn unserer Zeitungsschreiber in den leuchtendsten und überschwenglichsten Schilderungen unseres Lebens unter dem Banner des Sozialismus.

Noch weniger geben wir uns natürlich damit ab, unsere Phantasie auf die Schilderung verschiedener negativer Ereignisse zu vergeuden. Der Bürgerkrieg ist vorbei und ein neuer Krieg steht nicht gerade vor der Tür; den Raum an die grusselige Beschreibung der Rückkehr von Weißgardisten oder der Großgrundbesitzer und Kapitalisten zu verschwenden — wäre eine unverzeihliche Sünde gegen das Regime der Sparsamkeit, das wir mit aller Zähigkeit durchzuführen bestrebt

Wie sollten wir aber auch die Rückkehr, sagen wir eines Großgrundbesitzers, beschreiben? Vielleicht so, daß er auf weißem Pferde, vollbehängt mit Orden, mit zusammengebissenen Zähnen, die Nagaika in der Faust, einhergeritten kommt und seine dreitausend Dessjatinen Land zurückfordert? Die Pferde, auf denen diese Herren Generale ausgerissen, sind schon längst krepiert, der General selbst fährt am Triumbrett irgendeines Autobus in Paris und seine Nagaika und Orden wurden sicher schon dem Tierbändiger im Zirkus verkauft.

Wir wollen uns daher auf keinen Fall mit Phantasien abgeben, aber die Wahrheit verschweigen wollen wir auch nicht. Hört Euch also an, was an der Wolga bei Kasan passiert ist, wie die Großgrundbesitzer in allem Ernste dorthin zurückgekehrt sind, wie man sie mit Glockengeläute, Brot und Salz empfangen hat und was dann weiter noch geschehen ist.

Wladimir Milgunow war früher einmal ein reicher Großgrundbesitzer im Kanton Tschelinsk der heutigen Tatarenrepublik. Die Revolution hätte ihn von dort vertrieben und weit nach Sibirien gejagt. Erst vor kurzem war es ihm wieder möglich geworden, in sein Heimatsdorf Nowopaßk zurückzukehren.

Die Nowopaßker Kulaken waren natürlich nicht wenig erfreut vom Erscheinen des ehemaligen „gnädigen Herrn" und begrüßten ihn durch Glockengeläute, reichten ihm auch Brot und Salz beim Empfang.

Der „gnädige Herr" sah sehr heruntergekommen aus, hatte einen gewöhnlichen Schafspelz an und eine Mützchkappe aufgesetzt. Das bestärkte die Kulaken sehr und sie beschlossen, ihm seine „erlittenen Verluste" einigermaßen zu ersetzen.

Das Dorf wurde mit einer Steuer belegt! Und wirklich brachte man einige hundert Pud Mehl zusammen.

Den Nowopaßker armen und Mittelbauern wurde es grau und blau vor den Augen:

„Was ging denn da eigentlich vor?!"

Es geschah jedoch nichts besonders Schreckliches. Bloß als das Mehl alles beisammen war, erschienen die Vertreter des Bauernkomitees für gegenseitige Hilfe und erklärten, daß der zusammengebrachte Fonds in ihre Verwaltung übergehe. Diejenigen, die das Mehl gesammelt hatten, konnten natürlich nichts dagegen erwidern und auch der ehemalige Großgrundbesitzer bestätigte notgedrungen die Richtigkeit dieses Beschlusses.

Daraufhin erklärte sich aber schon das ganze Dorf bereit, seinem „teuigen Sohne" zu helfen.

„Wir lassen einen Menschen nicht verhungern. Es ist doch auch ganz richtig, daß jedermann seinen Magen nicht zum bloßen Vergnügen herumträgt."

Und da erhielt Milgunow, der ehemalige Großgrundbesitzer, der unter Glockengeläute ins Dorf eingezogen war, eine Ernennung. Die Nowopaßker Bauern vertrauten ihm den wichtigen Posten des Gemeindehirten an.

Den wichtigen Posten des Gemeindehirten — wir machen uns keineswegs lustig und meinen das im vollsten Ernst. Denn in der Tat, der Gemeindehirte ist im Dorfe eine Vertrauensperson und genießt eine ganz erhebliche Autorität, denn in seiner Hand liegt der Goldfonds der Bauernwirtschaften.

Was den Hirten anbetrifft, ist jeder Bauer stets vorsichtig und anfangs sehr mißtrauisch. Aber dem Milgunow vertrauten sie:

„Nun Wladimir, mach dich an die Arbeit und weide unsere Herden gut, damit auch kein einziges Stück Vieh sich verliere."

Und der „gnädige Herr" weidete das Dorfvieh. Er weidet es so gut, daß niemand im Dorfe den geringsten Grund zur Klage findet. Er hat sich aus Kasan noch zwei seiner Söhne verschrieben, und jetzt weiden sie zu dritt. Die Bauern sind außerordentlich zufrieden. Seit einem ganzen Menschenalter, so lange wir uns erinnern können, hat es noch keinen so aufmerksamen und pflichtbewußten Gemeindehirten gegeben wie diese Milgunows, sagen sie.

Neulich gelangte ins Tschelinsker Verbandsbureau ein ausgefüllter Fragebogen. Der Sekretär las ihn, las ihn nochmals, rieb sich die Augen, ob er auch wirklich sehe und glaubte schließlich an einen Aprilscherz.

Im Fragebogen des Tschelinsker Gemeindehirten, der bisher immer von plumpen, des Schreibens ungewohnten Bauernfingern durch ein fast unleserliches Kriekskracks ausgefüllt gewesen war, stand in der entsprechenden Rubrik für „frühere Beschäftigung" in deutlicher und schöner Schrift:

„Oberst der Artillerie"

und in der Rubrik für Sprachkenntnisse:

„französisch, deutsch, englisch".

Das ist alles, was wir Euch von der Rückkehr des „gnädigen Herrn" erzählen wollten. Er bekam einen gerechten „Schadenersatz" für die „von den Bolschewiken geraubten dreitausend Dessjatinen Land".

In der Tat, es ist gar nicht nötig, die Zeitungen mit Phantasien vollzufüllen. Viel greller und deutlicher phantasiert das Leben selbst. Sogar im kleinen Tschelinsker Kanton. (Aus der „Prawda".)

Unterhaltungsbücher für das werktätige Volk

Von Werner Baumann

Wie verbreitet ist die Ansicht, daß die Literatur, die der reinen Unterhaltung dient, keine Tendenz habe und haben dürfe. Alle sogenannte „unpolitische" Kunst aber ist reaktionär, denn sie leistet der bestehenden bürgerlichen Ideologie Vorschub. Man denke nur an die Liebesromane einer Marlitt oder Courths-Mahler, an die „teutschen Helden-Romane" der Herzog und Zobeltitz, an die Detektivschwarten Nat Pinkerton und Frank Allan. Alle diese Bücher sind dadurch gekennzeichnet, daß sie dem Leser die heutige Welt als die „beste", von „Gott gewollte" und „unabänderliche" hinstellen. Sie führen zur kleinbürgerlichen Utopie des „Aufsteigens aus eigener Kraft" und halten dadurch die ausgebeuteten und verelendeten Massen der werktätigen Bevölkerung vom revolutionären Kampfe ab.

Deshalb ist es zu begrüßen, daß der Neue Deutsche Verlag sich entschlossen hat, eine Serie proletarischer Romane und spannender Schmöker für Erwachsene und Jugendliche herauszugeben. Die Bücher, die bisher vorliegen, haben alle Vorzüge guter Kolportage und lassen ihren entscheidenden Nachteil vermissen, kleinbürgerliche Illusionspolitik zu fördern. Da dem „unpolitischen" Schmökerleser „alles egal" ist, „nur spannend muß es sein", werden diese Romane sicher weiteste Verbreitung finden. Die stoffhungrigen Tageszeitungen, die ihre Leser nicht im Auftrage einer kapitalistischen Interessentengruppe verblöden müssen, haben Gelegenheit, gute Fortsetzungsromane zu erhalten.

Alle proletarischen Organisationen, die Parteien, Sportvereine, Bildungsausschüsse usw. sollten sich für die Bestrebungen des Neuen Deutschen Verlages einsetzen, um die proletarischen Unterhaltungsromane bis in die kleinste Papierhandlung und in den fernsten Kramladen zu tragen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260712-13/fragment/page=0003

Geschädigtenkommission im Hochwassergebiet

Die ungeheuren Schäden, die das Hochwasser in fast allen Gebieten Deutschlands angerichtet hat, treffen vor allem die kleinen Landwirte, Schiffer, Fischer und Arbeiter. Eine Reihe kommunistischer Landtags- und Kreistagsabgeordneter haben sich in die betroffenen Gebiete begeben, um den Geschädigten mit Rat zur Seite zu stehen. In Besprechungen mit den geschädigten Werktätigen wurden in der Lausitz, im Oderbruch, in der Provinz Sachsen Geschädigtenkommissionen gebildet, so z. B. in Forst, Kottbus usw. In Jäckerick besteht dieselbe aus zwei Kleinbauern, vier Schiffern und einem Arbeiter. In der Provinz Sachsen bestehen breits ca. 15 solcher Kommissionen.

Die Kommissionen haben die Abschätzung der gesamten Schäden übernommen, sie kontrollieren die Verteilung der eingetroffenen Hilfsmittel. In Frankfurt a. O. wurde die Kommission beim Magistrat wegen zu leistender Hilfe vorstellig.

Sie werden ferner bei den Behörden, besonders der Kreise und Provinzen, vorstellig werden müssen, um sofort Geldmittel für die Abwehr dringender Not zur Verfügung gestellt zu bekommen.

Es besteht vielerorts das Bestreben, die Kommissionen kreis- und provinzweise zusammenzufassen und auf diese Weise eine einheitliche Aktion der Geschädigten zu erreichen. Insbesondere soll von den Kreisen und Provinzen verlangt werden, daß sie langfristige Kredite zu billigen Zinsen bereitstellen und daß die vom Reich und von Preußen bewilligten Mittel den wirklich Notleidenden zugute kommen und nicht, wie in früheren Fällen, die Großen bevorzugt werden.

Die kommunistischen Landtags- und Kreistagsabgeordneten werden den Geschädigten in allen Fällen Hilfe leisten. Sie haben zu dem Zweck eine eigene Beschwerdestelle im Preußischen Landtag eingerichtet und ersuchen, sich in allen Hochwasserschäden betreffenden Angelegenheiten an den Landtagsabgeordneten Gustav Müller, Berlin, Preußischer Landtag, zu wenden.

Wenn die Geschädigten auch nur einigermaßen ausreichende Hilfe erhalten sollen, wenn sie nicht abermals sich mit leeren Versprechungen abspeisen lassen wollen, dann müssen sie allerorts in den Ueberschwemmungsgebieten Kommissionen bilden, deren Aufgabe die Organisierung des Kampfes um ausreichende Hilfe ist. Wenn nicht wieder nur einige große Besitzer sich die Taschen füllen sollen, dann müssen die Kommissionen nur aus Werktätigen bestehen, aus Arbeitern, Klein- und Mittelbauern, Kleingewerbetreibenden. Gerade sie werden bei den Hilfsmaßnahmen immer wieder „vergessen", den Großen wird jeder Schaden doppelt vergütet. Darum muß der Kampf der werktätigen Geschädigten auch geführt sein von den Werktätigen. Diese Kommissionen und die von ihnen vertretenen Massen müssen dafür eintreten, daß die Verteilung der Hilfsmittel durch die Kommissionen unter ihrer Kontrolle erfolgt und damit in die Hände der wirklich Bedürftigen kommen.

Bei den Instandsetzungsarbeiten der Dämme müssen die Kommissionen in Verbindung mit dem Betriebsrat der an den Deicharbeiten beschäftigten Arbeiter darüber wachen, daß nicht durch Verwendung von schlechtem Material oder durch Antreibe- und Prämienlohnsystem minderwertige Schutzvorrichtungen entstehen.

Schafft Kommissionen! Organisiert die Hilfe!

Neues vom Tage

Blutiger Triumph der bürgerlichen Sportfexerei

Bei den Autorennen, die am Sonntagnachmittag auf der Avusbahn in Berlin stattfanden, ereigneten sich mehrere schwere Unglücksfälle, die bisher **ein Todesopfer und drei Schwerverletzte** gekostet haben. Die Bahn war durch den um 3 Uhr einsetzenden Regen sehr glatt und also für die Rückfahrt sehr gefährlich geworden, weil die dahinrasenden Wagen leicht ins Gleiten gerieten. Trotz dieser Gefahren aber, die selbst für den Laien erkennbar waren, hielt die Leitung des Wettfahrens es nicht für notwendig, die unter so ungünstigen Umständen unmögliche Wettfahrt abzubrechen. Durch die Raserei gerieten denn auch bei den verschiedenen Runden ein[…] Wagen ins Schleudern und stürzten. Der eine der Wagen f[…] gegen die Zeittafel und **tötete den dort postierten Zeitne[…] Wilhelm Klose**, einen Studenten des Polytechnikums. Ein and[…] Wagen sauste bei der neunten Runde **geradewegs auf eine […]schauertribüne los.** Im letzten Augenblick gelang es dem F[…] noch, nach der Seite abzubiegen, so daß der Wagen noch ein […] über den Rasen lief und nur einen Pfahl der Umzäunung […] stieß, **wobei aber doch noch drei Zuschauer verletzt wurden.** […] der Unfälle am Vortage hatte die Leitung es nicht für notwe[…] gehalten, die wichtigsten Vorkehrungen für rasche Hilfe und r[…] Behandlung etwaiger Verletzter zu treffen.

Die Verkehrssicherheit auf der Dawes-Bahn

Ein furchtbares Eisenbahnunglück, das Hunderte von Todeso[…] hätte fordern können, ist nur durch einen Zufall verhindert wo[…] Die große Eisenbahnbrücke bei Lichtenfels, auf der Strecke […] Bamberg, die dort über den Main führt, ist infolge der U[…]spülungen durch das Hochwasser des Mains wenige Augenbl[…] nachdem sie von dem vollbesetzten Personenzug 260, der von Lich[…]fels kam, passiert worden war, in den hochgeschwollenen Main [ge]stürzt. Kurz vorher war ein furchtbarer Wolkenbruch nie[der]gegangen, durch den der Steg beim Elektrizitätswerk Ebensf[…] hinweggerissen und gegen den Brückenpfeiler geschleudert wurd[e].

Diese Katastrophe wirft ein bezeichnendes Licht auf den Grad [der] Unsicherheit der Eisenbahnbauten. Eine Eisenbahnbrücke, die […] stärksten Beanspruchung durch einen Tag und Nacht ununterbro[che]nen D-Zugverkehr ausgesetzt ist, befindet sich in einem solchen […]fälligen Zustande, daß sie durch die Hochwasserfluten des Ma[ins] einfach zusammenbrechen kann. Wäre der Zug mit der berste[nden] Brücke in den Main gestürzt, so wäre wahrscheinlich kein einz[iger] der Beteiligten mit dem Leben davongekommen.

Verantwortlich: Max Lademann, Eisleben, für den redaktionellen Teil; den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kroh, Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107001. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis. Ortsbureau Telephonruf 5237
Die Sitzung der Org-Abteilung am Montag, 12. Juli, findet nicht statt.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt
Möckerling. Oeffentliche Volksversammlung Dienstag, 13. Juli, abends 8 Uhr, im Gasthof Okler. Thema: Volksentscheid, was nun. Referent der BL. ist anwesend.

Unterbezirk Mansfeld-Sangerhausen
Wansleben. Mitgliederversammlung Dienstag, 13. Juli, abends 8 Uhr, in der Wohnung des Vorsitzenden. Referent der UBL. anwesend.
Bennstedt. Mitgliederversammlung Dienstag, 13. Juli, abends 8 Uhr, in der Wohnung des Vorsitzenden. Referent der UBL. anwesend.
Teutschenthal. Mitgliederversammlung Dienstag, 13. Juli, abends 8 Uhr, im „Würdenhof". Referent der UBL. anwesend.
Höhnstedt. Vorstandssitzung Mittwoch, den 14. Juli, abends 8 Uhr, in der Wohnung des Vorsitzenden. Referent der UBL. anwesend.
Röblingen a. See. Mitgliederversammlung Mittwoch, 14. Juli, abends 8 Uhr, bei Hense in Unterröblingen. Alles hat zu erscheinen. Referent der UBL. anwesend.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz
Zeitz. Gewerkschaftskursus Montag, 12. Juli, abends 8 Uhr, in der „Herberge".
Zeitz. Sitzung sämtlicher Polleiter der Betriebs- und Straßenzellen, Kassierer und Unterkassierer am Dienstag, 13. Juli, in der Herberge. Sämtliches Material muß abgerechnet werden.
Draschwitz. Mitgliederversammlung Mittwoch, 14. Juli, abends 8 Uhr, in der „Wage" Crimmlitz. Alles hat zu erscheinen.
Zeitz. Sitzung aller Sportorganisationen Mittwoch, den 14. Juli, abends 8 Uhr, in der Herberge.
Naumburg. Mitgliederversammlung Mittwoch, 14. Juli, abends 8 Uhr, im „Hahn". Referent der UBL. ist anwesend. Das Erscheinen aller ist Pflicht.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda
Torgau. Engere UBL.-Sitzung Montag, 12. Juni, abends 8 Uhr
Bockwitz. Fraktionssitzung der Maschinisten und Heizer Dienstag, 13. Juli, abends 8 Uhr, im „Volkshaus". Referent der BL. anwesend.
Mühlberg. Bildung der Landabteilung Dienstag, 13. Juli, abends 8 Uhr, im „Elbschlößchen". Referent Genosse Naumann, Mühlberg.
Coßdorf. Mitgliederversammlung Mittwoch, 14. Juli, abends 8 Uhr, im Gasthof Lehndorf. Referent Genosse Holzweißig. Alles hat zu erscheinen.

Kein Genosse darf die CT.- und Ufa-Lichtspiele besuchen. Führt den Boykott scharf durch!

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Das Gausekretariat Gr. Klausstraße 10 ist geöffnet für auswärtige Kameraden täglich von 11 bis 1 Uhr, Mittwoch und Sonnabend von 3 bis 8 Uhr sowie jeden 3. Sonntag im Monat von 8 bis 1 Uhr vormittags für die gesamte Mitgliedschaft. Postscheckkonto: Paul Döschner, Halle, Postscheckamt Leipzig 8715. Telephon 9012.

Untergau Halle-Saalkreis
Ortsgruppe Halle. Montag, 12. Juli, abends 8 Uhr, im „Volkspark" große Mitgliederversammlung. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Ortsvorstand Halle. Dienstag, den 13. Juli, abends 8 Uhr, im „Volkspark" Sitzung.
Der gesamte Untergau organisiert die Fahrt nach Wittenberg per Lastauto. Abfahrt ab Halle Sonnabend, 17. Juli, abends 8 Uhr. Fahrpreis ab Halle 3 Mark. Meldeschluß für Teilnahme Mittwoch, 14. Juli, Zahlungsschluß Freitag, 16. Juli.
Abteilung 5. Dienstag, 13. Juli, abends 8 Uhr, im „Fröhlichen Zecher" Abteilungs-Pflichtversammlung.
Wettin. Dienstag, 13. Juli, Gründungsversammlung abends 8 Uhr im „Stern". Referent der Gauleitung Kamerad August Härtel.

Untergau Merseburg
Mücheln. Alle Kameraden, welche an der Fahrt zum Mitteldeutschen Treffen in Wittenberg teilnehmen, melden sich unter Hinterlegung von 2 Mk. beim Kassierer Kam. Prüfer in Neubiendorf, Crumpaer Straße 4. Alle Kameraden, soweit sie nicht erwerbslos sind und nicht in Wittenberg teilnehmen, haben laut Beschluß der Mitgliederversammlung vom 20. Juni einen Teil zu den Unkosten der Fahrt beizutragen.
Mücheln. Freitag, den 16. Juli, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus Vollversammlung. Alles hat zu erscheinen.

Untergau Weißenfels
Weißenfels. Rote Jungfront. Mittwoch, den 14. Juli, abends 8 Uhr, Versammlung im Gewerkschaftshaus. Thema: Marokko und die Rolle der Fremdenlegion.
Weißenfels. Freitag, den 16. Juli, abends 8 Uhr, große Funktionärsitzung. Jeder Funktionär hat zu erscheinen
Weißenfels. Donnerstag, den 15. Juli, abends 8 Uhr, engere Vorstandssitzung im Gewerkschaftshaus.

Untergau Sang. hausen
Artern. Montag, den 12. Juli, beteiligt sich die gesamte Ortsgruppe geschlossen an der öffentlichen Kundgebung.
Artern. Sonnabend, den 17. Juli, ½2 Uhr, Antreten auf dem Marktplatz. 2 Uhr Abfahrt nach Wittenberg.
Sangerhausen. Mittwoch, den 14. Juli, außerordentliche Pflichtversammlung abends 8 Uhr im „Herrenkrug". Vertreter der Gauleitung anwesend. Alles hat restlos zu erscheinen. Eine Stunde vorher Führerbesprechung zwecks Wittenberg.

Jeder Kamerad des RFB. und RJ., der die CT.- und Ufa-Kinos besucht, schließt sich laut Beschluß einer großen Funktionärsitzung aus der Organisation aus

KJVD

Bezirk Halle—Merseburg
Jugendsekretariat: Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14 Fernruf 1473

Parteigenossen! „Klassenkampf"-Leser! Schickt Eure Kinder in den Kommunistischen Jugend-Verband!

Mitteilungen der BL.
Bezirksleitung. Heute abend 8 Uhr im Jugendsekretariat wichtige Sitzung.
Halle. Montag, ½8 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft wichtige Funktionärsitzung. Jeder Funktionär muß unbedingt erscheinen.
Halle. Dienstag. Alle Genossen beteiligen sich an der Hausagitation in den einzelnen Zehnerschaften. Kein Mitglied darf fehlen. Näheres durch Zehnerschaftsführer.
Mittwoch von ½7 Uhr an Spiele auf der Peißnitz.
Donnerstag 7 Uhr an der Produktiv-G[…]enschaft Treffen der gesamten Mitgliedschaft zum Propagandaumzug. M[…], welche fehlen, werden satzungsgemäß bestraft.

Unterbezir[k] [H]alle-Saalkreis
Modelwitz. Mittwoch, den 14. Juli, öffentliche Jugendversammlung. Genossen! Agitiert zu dieser Veranstaltung!
Modelwitz. Donnerstag, den 15. Juli, ½7 Uhr, Abmarsch zur Gründungsversamml. in Freiroda.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt
Großlehna - Altranstädt. Oeffentliche Jugendversammlung heute abend 8 Uhr. Referent ein Genosse des KJVD.

[Unt]erbezirk Bitterfeld-Wittenberg
Zschornewitz. Oeffentlic[he] [J]ugendversammlungn heute abend 8 Uhr. Referent ein Genosse des KJVD.
Wittenberg. Montag, den 12. Juli, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus Probe.
Wittenberg. Dienstag, 13. Juli, abds. 8 Uhr, nochmals Probe im Gewerkschaftshaus.
Wittenberg. Donnerstag, den 15. Juli, abends 8 Uhr, in der Schloßkaserne Diskussionsabend.
Wittenberg. Freitag, den 16. Juli, abends 8 Uhr Probe im Gewerkschaftshaus.

Jung-Spartakus-Bund

Bezirksleitung f. Halle-Merseburg
Halle a. S., Lerchenfeldstraße Nr. 14

Bezirk Halle-Merseburg
Pioniere, spart für Eure Ferienwanderungen. Einzahlungen beim Leiter.
Weißenfels. Montag, 12. Juli, nachmittags 5 Uhr, im Gewerkschaftshaus wichtige Funktionärsitzung. Jeder Funktionär muß erscheinen.

Rote Hilfe Deutschlands

Bezirk: Halle-Merseburg
Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14 — Fernsprecher 4425
Halle. Mittwoch, den 14. Juli, abends ½8 Uhr, im Bureau Bezirksvorstandssitzung.
Ammendorf. Donnerstag, den 15. Juli, abends 8 Uhr, in der „Burg" Funktionärversammlung.

Bund der Freunde der IAH.

Landesausschuß Halle/Merseburg
Bureau: Halle, Dorotheenstr. 1 pt. Telephon 9150

An alle Ortsgruppen! Nach Beendigung der Sammlungen für den Volksentscheid müssen die Ortsgruppen gemeinsam mit den Leitungen der anderen proletarischen Organisationen sofort die Sammlungen für die englischen Bergarbeiter wieder aufnehmen. Bis zum 12. Juli sind alle Sammellisten nebst Beträgen sofort einzuschicken bzw. müssen unverzüglich neue Sammellisten angefordert werden.

Bekanntmachung

Erhebung in der Erwerbslosenfürsorge

Der Herr Reichsarbeitsminister veranstaltet durch die Arbeitsnachweisämter eine Erhebung über die Wirkungen, die sich aus einem Lohnklassensystem in der Erwerbslosenfürsorge ergeben (Gesetz vom 25. Juni 1926, RGBl. 1, Seite 316). Nach § 2 des Gesetzes vom 26. Juni 1926 sind die Erwerbslosen und ihre früheren Arbeitgeber zur Mitwirkung bei der Erhebung verpflichtet. Bei Zuwiderhandlungen können Ordnungsstrafen bis zur Höhe von 150 Mk. für jeden Fall festgesetzt werden.

Das Arbeitsamt Eisleben hat in diesen Tagen die Versendung der Anfragen an die Herren Arbeitgeber vorgenommen. Die Beantwortung ist von den Herren Arbeitgebern bis spätestens 20. Juli 1926 vorzunehmen. Die Ausfüllung der Antwortkarte muß durch die Herren Arbeitgeber erfolgen. Insbesondere ist erforderlich, daß die Berufsbezeichnung genau ausgefüllt wird, daß also nicht Sammelbegriffe, wie Metallarbeiter, Bauarbeiter usw. benutzt werden, sondern Werkzeugschlosser, Maschinenschlosser, Maurer usw. Das Porto für die Rückantwortkarte bzw. die erforderliche Sammelsendung wird vom Arbeitsamt getragen.

Das Arbeitsamt bittet, den Endtermin zur Rücksendung der Antwortkarte, den 20. Juli 1926, nicht auszunutzen, sondern dem Arbeitsamt die Antwortkarte baldmöglichst zugängig zu machen. Das Arbeitsamt muß die eingegangenen Antwortkarten dann weiter bearbeiten und spätestens am 30. Juli 1926 mit dem Ergebnis absenden. Es wird darauf hingewiesen, daß im Interesse der Zuverlässigkeit des durch die Erhebung erwarteten Ergebnisses für den künftigen Ausbau der Arbeitslosenversicherung die Antworten lückenlos eingehen.

Eisleben, den 9. Juli 1926. *2594

Arbeitsamt Eisleben. (Der stellv. Vorsitzende).

Bitterfeld Binnengärtenwiese

Kommen Sie bestimmt morgen früh zum Güterbahnhof!

Riesen-Circus Gleich

Ca. 1000 Angestellte — Ca. 600 Tiere

4 Masten — 3 Manegen — 1 Rennbahn

Morgen Dienstag 8 Uhr abends Gala-Eröffnungs-Vorstellung 842

Mittwoch, den 14. Juli: 2 Riesen-Vorstellungen 3 u. 8 Uhr

Donnerstag, den 15. Juli: 8 Uhr Freitag, den 16. Juli auch 3 Uhr nachmittags

Riesen-Zoo täglich ab 9 Uhr vorm. ununterbrochen geöffnet!

Vorverkauf: Zigarrenhaus Trabitzsch, Burgstr. 1, Tel. 2165 und an den 10 Circuskassen ab 9 Uhr vorm. den ganzen Tag

Kinder und Militär zahlen nachmittags auf allen Plätzen **halbe Preise** außer 3. Platz, Seite

Erwerbslose zahlen **nur morgen** gegen Ausweis an den Circuskassen und bei der Eingangskontrolle nur **halbe Preise** (außer 3. Platz, Seite)

Fahrräder können sicher eingestellt werden — **Schlachtepferde werden angekauft**

Werbt Leser für unsere Presse!

Mehr als **20** verschiedene Arten der Zubereitung der einzelnen Sorten nach unserem neuesten

Seefischkochbuch

sodaß Sie auch bei der **größten Hitze** ein schmackhaftes Gericht finden werden

Dienstag in der

Kochbücher gratis!

In blutfrischer Qualität:
Seelachs o. Kopf .. ℔ nur 22₰
Kabeljau o. Kopf ℔ nur 28₰
Karbonaden, bratfert. ℔ 40₰
Schellfisch o. Kopf ℔ nur 45₰
Prachtvoller
Angelschellfisch mittel 45₰ groß 60₰
Ferner extra fette wohlschmeckende
Bücklinge .... ℔ 60₰
Eine Delikatesse sind unsere
Matjesheringe
Stück **12, 15, 20, 25, 30, 35, 40** ₰

Eine
hygien. einwandfreie Milch
(nicht saure) liefert die
Sanitäts-Molkerei Otto Fuge
Schlagsahne 841
wird auf Wunsch geschlagen abgegeben

—Walhalla—
8 Uhr Tel. 8385
Allabendlich unter großem Beifall
Der Reserve-Onkel
mit **Rudolf Mälzer** und **Anna Müller-Lincke**
Sommerpreise 0,50 bis 3,50 M
Tageskasse ab 11 Uhr

Ledersohlen
Gummiabsätze
billig bei 132
Wilh. Kranig
Neue Promenade 15

Ansichtspostkarten
empfiehlt
Volksbuchhandlung

Trauerbriefe und -Karten

liefert sofort die Druckerei der
Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg
eGmbH., Halle (Saale), Lerchenfeldstraße 14
Fernruf: 1045, 1047, 2251

Solbad Wittekind

Dienstag, 13. und Mittwoch, 14. Juli früh ¾7, nachm. 4 u. abends 8 Uhr
KONZERTE
des Hallischen Sinfonie-Orchesters
Leitung: Benno Plätz
Nachmittag u. abends Auftreten des
Cornet à Piston-Virtuosen
Louis Kümmel

Volkspark

2591 **Burgstraße 27**
Morgen, Dienstag, abds. ¾8 Uhr
10. Sommer-Konzert
Italienischer Abend
mit künstlerischer Illumination
Eintritt 0,50 Erwerbslose 0,30

Grudeöfen

jeder Größe und Ausführung von **Mk. 12.—** an
Große Posten mit Platteneinlage
Einfach m. Wärmröhre u. Wasserpfanne
zu konkurrenzlos billigen Preisen
Robert Richter, Ritterstrasse
Werkstatt für alle Blech- u. Schlosserarbeiten

An alle Mitglieder!

Um unseren verehrten Mitgliedern auch in Kohlen eine gute Ware zu billigen Preisen zu liefern, haben wir die Briketmarken der

Gruben Ludwig und Leopold, Bitterfeld

welche jetzt anerkannt erstklassig liefern, mit aufgenommen und liefern diese frei Haus mit **0,95 Mk.** je Zentner.

Zum gleichen Preise können dieselben auch ab unser Lager Karlstraße Nr. 1 entnommen werden

In sämtlichen Verkaufsstellen der Stadt sowie Zschortau, Klitzschmar, Kyhna, Lissa sind Bestellisten ausgelegt und bitten um rechtzeitige Bestellung

Die Verwaltung des Konsum-Vereins für Delitzsch u. Umgeg.

Bekanntmachung

Die Parallelstraße zur Welckerstraße erhält die Bezeichnung

„Clingestein-Straße"

Die an den einzelnen Grundstücken zu führenden Hausnummern werden den Eigentümern noch mitgeteilt werden.

Eisleben, den 29. Juni 1926

*2592 **Die Polizei-Verwaltung**

Damentaschen Koffer Mappen Rucksäcke Portemonnaies usw. billig
Hugo Krasemann
Nur Schmeerstraße 19
Koffer- und Lederwarenhaus
gegr. 1875

Kleine Anzeigen haben im Klassenkampf **Große Wirkung!**

Todesanzeige

Nach langem, schwerem mit großer Geduld ertragenen Leiden verschied am 9. Juli, abends ½10 Uhr, unsere liebe Tochter, Schwester, Schwägerin, Braut und Mutter

Fräulein Anna Grille

im Alter von 39 Jahren

Dieses zeigen tiefbetrübt an

Piesteritz, den 11. Juli 1926

Oskar Körner als Bräutigam nebst allen Verwandten

Die Beerdigung findet Dienstag, nachmittag 3 Uhr statt 843

Gewerkschaftsbewegung

Achtung, Parteimitglieder!

Morgen Gewerkschaftstag!

Morgen, Dienstag, finden für die Parteimitglieder in Halle, pünktlich 8 Uhr, folgende wichtige Sitzungen statt:

Baugewerbe: Produktiv-Genossenschaft (großer Saal);
Leder: Produktiv-Genossenschaft, Zimmer 6;
Zimmerer: „Volkspark", Zimmer 1;
Graphisches Gewerbe: „Volkspark", Zimmer 2;
Staats- und Gemeindearbeiter: „Volkspark", Zimmer 3;
Zbl: „Goldene Kette".

SPD. veranlaßt Beitragssperre beim Torgauer ADGB.-Kartell

Wernicke muß die Statutenverletzung zugeben

Wir haben des öfteren über das Torgauer Gewerkschaftskartell berichtet, das in der Mehrheit aus Vertretern der Gewerkschaftsopposition zusammengesetzt ist. Die in SPD.-Händen befindlichen Gewerkschaften, zusammen fünf Verbände mit 254 Mitgliedern, waren in ihrem Aerger über die mißlungene Provokation der Opposition bei der diesjährigen Neuwahl des Vorstandes (Ablehnung des Genossen Holzweißig durch den Bezirksvorstand), der Wahl eines anderen Genossen der Opposition, so erdreist, daß sie ihre Drohung ausgeführt und dem Kartell die **Beiträge gesperrt** haben.

Es fand eine **außerordentliche Kartellsitzung** statt, zu der auch **Wernicke** erschien, sicherlich nicht, um mit seinen SPD.-Freunden, sondern um mit der Opposition „Abrechnung zu halten". Die Kartellmehrheit beschloß, von jeder Richtung einen Kollegen über die Vorgänge berichten zu lassen. Genosse Holzweißig legte mit sichtbarem Eindruck auch bei einer Reihe SPD.-Mitglieder den Sachverhalt dar, und der Vorsitzende mußte erst mehrmals auffordern, bis sich in dem Landarbeitersekretär Schwaneberg ein Gegenredner fand. Dieser konnte aber nichts feststellen, was etwa gegen die Statuten verstoßen hätte, so daß Wernicke also wirklich nicht wußte, was er nun der Opposition wohl anhängen sollte. **Wernicke mußte also feststellen, daß die Beitragssperre auf der reformistischen Seite ein Verstoß gegen die Statuten** sei. (Bekanntlich sind unter dieser Begründung im Frühjahr 1924 ganze Zahlstellen von der Gewerkschaftsbureaukratie gespalten worden.) Es wurde beschlossen, **am 21. Juli die Neuwahl des Ausschusses** vorzunehmen. Die Opposition schlug vor, gleich am selben Abend, unter Beisein Wernickes, die Neuwahl vorzunehmen, doch hat die SPD., zu vertagen. Sie war nicht imstande, Vorschläge zu machen, ohne Zwiespalt in ihren eigenen Reihen hervorzurufen. Sie wird nun alle Vorbereitungen treffen. Es ist natürlich Pflicht, daß **die der Opposition angehörenden Kollegen und Kolleginnen am 21. restlos erscheinen.**

Einseitige Wahlbeeinflussung und Verschwendung von Gewerkschaftsgeldern zugunsten der SPD.

Durch unsere zähe, zielklare Arbeit in den Gewerkschaften wird der Einfluß der SPD.-Gewerkschaftsbureaukratie immer mehr und mehr zurückgedrängt. Mit allen Mitteln versucht die SPD. dieses zu verhindern, aber gerade die letzten Verbandstagswahlen haben gezeigt, daß die Massen immer mehr Zutrauen zu den Kommunisten gewinnen. Am Donnerstag fanden im Verband der Sattler, Tapezierer und Portefeuiller die Stichwahlen zum Erweiterten Vorstand statt. Um nun zu verhindern, daß ein Kommunist gewählt würde, **trieb man die einseitigste Wahlbeeinflussung auf Kosten aller beitragleistenden Mitglieder zugunsten der SPD.** Am Mittwoch erschien im Zeitzer „Volksboten" folgendes Inserat:

Verband der Sattler, Tapezierer u. Portefeuiller
Ortsgruppe Zeitz

Donnerstag, den 8. Juli, nachmittags von 1/2 4 bis 6 Uhr, **bei Steinert, im „Reichsadler"** und in **„Stadt Leipzig"**

Stichwahl
zum Erweiterten Vorstand.

Kollegen und Kolleginnen!

Nur Garz (Magdeburg)
kommt für uns in Frage.
Gebt alle Eure Stimme für denselben ab!

Mitgliedsbuch mitbringen! Die Ortsverwaltung.

Niemand wird wohl glauben, daß die Inseratenabteilung des Zeitzer „Volksboten" dieses Inserat ohne Bezahlung gebracht hat. Man geht aber daraus, daß der SPD.-Bureaukratie kein Mittel zu schlecht ist, um ihre Position zu halten.

Die Kollegen in der Zahlstelle Zeitz müssen in der nächsten Mitgliederversammlung allerschärfsten Protest gegen eine derartige Handlungsweise ihres Vorstandes erheben, denn so weit wir informiert sind, hat man den Mitgliedern diese Wahlpropaganda zugunsten der SPD. nicht vorher unterbreitet, sondern hat eigenmächtig über die Gelder der Mitglieder verfügt. Kollegen, zeigt in der nächsten Versammlung, daß Ihr mit einer derartigen Geschäftsführung nicht einverstanden seid.

*

Das Resultat der Stichwahl im Verband der Sattler und Tapezierer ist folgendes:

Garz 56 Stimmen.
Opposition 22 Stimmen, 1 Stimme ungültig.

Wirtschaftsminister und Unternehmersyndikus Sattler diktiert Streikbruch und Lohnabbau in Gotha

Nachdem die Hupfeld-Pianofabrik in Gotha vom 18. Mai d. J. die Stillegung des gesamten Betriebes verfügte und dieses Werk kaum 14 Tage still lag, forderte die Direktion vom Arbeitsnachweis wieder eine Anzahl Arbeiter an. Jedoch sollten sie nicht den gültigen Tariflohn von 78 Pf., sondern nur einen Stundenlohn von 74 Pf. erhalten. Dies wurde als unzulässig erklärt, doch verfügte der **Unternehmersyndikus Sattler** in seiner Funktion als Wirtschaftsminister am 8. Juli, daß den 11 Arbeitern, die die Arbeitsaufnahme bei Hupfeld wegen der Lohndifferenz verweigert haben, **rückwirkend die Unterstützung zu entziehen sei.** Ferner soll Sattler den ersten und zweiten Vorsitzenden des Verwaltungsausschusses und den Leiter des öffentlichen Arbeitsnachweises sowie seine Stellvertreter zur Disposition gestellt haben. Dieser erste Schritt Sattlers bedeutet die Beseitigung des Streikrechtes der Arbeiter, bedeutet die bedingungslose Auslieferung der Arbeiterschaft an das Unternehmertum durch den staatlichen Machtapparat. Dieser offene Angriff auf die Arbeiterschaft und auf ihre Grundrechte muß im ganzen Lande mit einem gewaltigen Massensturm beantwortet werden.

Die 25. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

(Schluß des 4. Verhandlungstages)

Die Nachmittagssitzung des 4. Verhandlungstages nimmt darauf noch Stellung zum 7. Punkt der Tagesordnung: Der Bergarbeiterschutz. Berichterstatter Schudy. Dem Redner ist es unerklärlich, daß in den Bergbehörden heute noch mit wenigen Ausnahmen nur reaktionäre Beamte sitzen, deren Einstellung dann bei der Behandlung von Bergarbeiterfragen in krasseter Weise zum Ausdruck kommt. Diese Beamten stehen vollständig auf Seite der Unternehmer, auch die berechtigsten Klagen der Bergarbeiter finden wenig oder gar kein Gehör. Die Folgen zeigen sich darin, daß in Deutschland steigende Unfallziffern zu verzeichnen sind, wie es auch in Amerika der Fall ist, während in England, Belgien, Tschechoslowakei usw. die Zahl der Unfälle zurückgeht. Nach wie vor versuchen die deutschen Unternehmer die Oeffentlichkeit über die Unfallgefahren im Bergbau hinwegzutäuschen.

Der Redner empfiehlt die zu diesem Punkt der Tagesordnung vorliegende Entschließung und fordert, daß auch im internationalen Maßstabe mehr als bisher für die Verhütung von Unfällen getan werden müsse.

Die Aussprache ergab ein erschreckendes Bild von den heutigen Verhältnissen betr. Bergarbeiterschutz. Aus den Braunkohlengebieten, aus dem Steinkohlen- und Erzbau die gleichen Erfahrungen, die gleichen Klagen. Jedes Wort eine Anklage gegen diese Gesellschaft, die nur auf ihren Profit bedacht, das Leben der Bergarbeiter nicht achtet. Aus allen Revieren die Beweise dafür, wie einseitig die Bergbehörden die Interessen der Unternehmer vertreten.

Ein Delegierter richtete die Frage an den Hauptvorstand, wo denn die Grubenkontrolleure bleiben, die doch bereits für den Ruhrbergbau bewilligt sind? Es scheine ihm, so erklärte dieser Redner, daß hierbei im Vorstande ein gewisser Personenkultus getrieben werde, der die Regelung dieser Frage bisher noch nicht zugelassen hätte. Er forderte, daß dieses schnellstens geschehen müsse, die Verhältnisse im Bergbau würden unerträglich.

Neben den Grubenkontrolleuren werden der Ausbau des Betriebsrätegesetzes zu einem wirklichen Gesetz, das den Arbeitern das Mitbestimmungsrecht sichert, sowie die schnellste Verabschiedung eines Bergegesetzes gefordert. Der Referent unterstreicht in seinem Schlußwort diese Forderungen, erklärt aber, daß auch die Bergarbeiter auf den Schachtanlagen selbstbewußter auftreten müßten, um die ihnen heute schon zustehenden Rechte besser auszunützen.

Die vom Vorstand hierzu vorgelegte Entschließung wird mit einigen Zusätzen angenommen.

Ein Antrag Saarbrückens, der die Einführung von Grubenkontrolleuren und das Betriebsrätegesetz auch für das Saartrevier fordert, wird einstimmig angenommen.

Aus dem Bericht der Wahlkommission geht hervor, daß als Vorsitzender Husemann mit 120, Waldhecker mit 116 Stimmen gewählt sind. Mit ungefähr der gleichen Stimmenzahl auch die übrigen Vorstandsmitglieder. Die Kandidaten der Opposition erhielten 21 bis 30 Stimmen.

Hesse gibt nunmehr den Bericht der Beschwerdekommission. 10 Fälle haben vorgelegen. Garbe-Bochum habe seine Beschwerde zurückgezogen. Die Beschwerde Futter-Waltenscheid wegen Nichtgewährung von Erwerbslosenunterstützung soll erledigt werden, wenn festgestellt wird, ob es richtig sei, wie es das „Ruhrecho" behauptet habe, daß Futter wegen Unterschlagung entlassen worden sei. Die Beschwerden wegen Ausschlüsse werden gegen 30 bis 40 Stimmen bestätigt, u. a. die des Kameraden Münneberg-Essen und die in Gelsenkirchen ausgeschlossenen Kameraden.

Eine große Ueberraschung für die Generalversammlung bringt die Beschwerde des Kameraden Overhagen-Essen gegen die Bestätigung des Delegierten Schamp durch den Hauptvorstand. Der Berichterstatter der Beschwerdekommission teilt dazu mit, daß die Beschwerde erst am 5. Juli eingereicht wäre und infolgedessen hier nicht zur Verhandlung kommen könnte. Trotzdem wird aber näher auf die bei der Wahl vorgekommenen Tatsachen eingegangen.

Senbusch-Essen legt ein Protokoll des Wahlvorstandes der Zahlstelle Bergerhausen vor, in dem die Mitglieder des Wahlvorstandes durch ihre Unterschrift bezeugen, daß auf den Delegierten Schamp 82 Stimmen entfallen sind und nicht, wie nachträglich behauptet wurde, 112. Der Angestellte Kämper-Essen verliest Bruchstücke aus drei Artikeln des „Ruhrechos", in denen auf die Vorgänge bei der Wahl in diesem Bezirk hingewiesen wird und wo die Behauptung aufgestellt ist, daß hier mit gefälschten Stimmzetteln gearbeitet worden sei. Er, der Redner, habe alles getan, um Aufklärung zu schaffen. Ihm selbst liege nichts daran, auch selbst einen Overhagen von der Generalversammlung fernzuhalten.

Mit sichtlich verlegener Miene versucht Schampf nachzuweisen, daß er nichts mit der Wahl zu tun gehabt hätte, daß die Verantwortung der Wahlvorstand trage.

Hühlen-Hils erklärt eingangs seiner Ausführungen, daß er durchaus nicht mit der Opposition in allem übereinstimme, aber die Vorgänge wie sie bei der Wahl Overhagen zuteil geworden sind, müßten doch den schärfsten Protest hervorrufen. Der Hauptvorstand wird sich von dem ihm gemachten Vorwurf der Wahlverschiebung reinigen müssen, auch durch gerichtliches Vorgehen gegen die in Frage kommenden Kameraden resp. gegen das „Ruhrecho". Unter großer Unruhe der Generalversammlung erklärt der Redner, **nur dort, wo die Finger hochgehoben werden müssen, könne die Wahrheit zum Ausdruck kommen.**

Diese Aussprache, die dem gesamten Vorstand sehr unangenehm ist, wird damit beendigt, daß keine Stelle sich als zuständig erklären will für die Regelung und Aufklärung dieser Vorgänge. Husemann erklärt nur, daß dazu Stellung genommen wird und daß, falls Verfehlungen festgestellt werden sollten, rücksichtslos eingegriffen wird.

Einige kleinere Beschwerden werden dem Hauptvorstand und der Kontrollkommission zur Erledigung überwiesen.

(5. Verhandlungstag.)

Die heutige Sitzung wurde eingeleitet mit einem Referat des Professors Sinzheimer über Rechte und Pflichten des Tarifvertrages. Dr. Sinzheimer betonte zuerst, daß es sich bei seinem Vortrage nicht darum handele über Bedeutung und Wirkung des Tarifrechts zu sprechen, er werde nur reden über die rechtliche Seite des heutigen Tarif- und Arbeitsrechts. In längeren Ausführungen schilderte er dann die rechtlichen Arbeitsverhältnisse der Vorkriegszeit. Als zweite Etappe bei der Entwicklung des Arbeitsrechtes bezeichnete er die Revolution, die die Anerkennung der Gewerkschaften und damit das Tarifrecht brachte. Als dritte und weitere Etappe sei dann hinzugetreten die Schlichtungsordnung, die auch die Verbindlichkeitserklärungen von Schiedssprüchen gebracht hätte. Die Schlichtungsordnung hätte ein Rechtsverhältnis von ungeheurer Tragweite geschaffen, da durch sie es möglich wäre, daß auch Zwangstarife den Arbeitern sowie den Unternehmern aufgezwungen werden können. Mit dem Abschluß von Tarifverträgen hätten die Vertragsparteien auch Verpflichtungen übernommen, **besonders bei Streitigkeiten der Arbeitsfrieden zu wahren.** Diese Verpflichtung, keinen Kampf zu unternehmen gegen die Tarifordnung, führe auch dazu, daß die Gewerkschaften sowie auf der anderen Seite die Arbeitgeber für aus dem Bruch von Tarifbestimmungen entstandenen Schaden **haftbar gemacht werden können.**

Sinzheimer betont, daß heute nicht mehr gekämpft zu werden brauche um das Tarifrecht, sondern der Kampf würde nur geführt, um die Auslegung dessen, was Recht ist. Dieser Kampf würde besonders von den Syndizis der Unternehmer geführt, die jetzt an die Stelle der eigentlichen Arbeitgeber getreten seien. Doch betonte der Referent, daß auch das jetzige Recht kein feststehendes sei, sondern richte sich nach der Konjunktur. Einmal, wenn der Zug nach links gehe, würde dem Arbeiter mehr Rechnung getragen, gehe der Zug aber nach rechts, dann würde auch die Auslegung des Rechts sich diesem Kurs beugen und das Recht nur im Interesse der Unternehmer gehandhabt.

Er betont dann zum Schluß, daß auch der Kampf um die Auslegung des Arbeitsrechtes Klassenkampf in verfeinerter Form sei und sagt, das Recht nicht Macht sei, aber Macht muß hinterm Recht stehen, damit Recht Recht bleibe.

Ueber den Vortrag wurde eine Aussprache nicht gewünscht, der Vortrag selbst soll in Broschürenform veröffentlicht werden.

Den Bericht vom Gewerkschaftskongreß erstattet Balke. Den breitesten Raum in seinen Ausführungen nimmt die Frage der Industrieorganisationen ein. Die Delegierten hätten auf dem Gewerkschaftskongreß die Auffassung des Bergarbeiterverbandes vertreten. Sie hätten sich aber überzeugen müssen, daß die Widerstände seitens anderer gewerkschaftlicher Organisationen zu groß gewesen wären, um einen Beschluß zur sofortigen Schaffung der Industrieverbände herbeizuführen. Es wäre mit einem Zerfall der Gewerkschaftsbewegung zu rechnen gewesen, da oft genug mit dem Austritt aus dem ADGB. gedroht wurde. Der Kongreß habe nicht bestreiten können, daß die in der Wirtschaft vor sich gehende Konzentration der Unternehmen den Zusammenschluß zu größeren leistungsfähigeren Organisationen notwendig mache.

Zum Bericht über den internationalen Bergarbeiterkongreß ist von seiten der Opposition ein Antrag unterbreitet, der sich gegen die Einstellung des Generalsekretärs der Bergarbeiterinternationale Frank Hodges wendet in bezug auf dessen Vorschläge zur Bildung eines internationalen Kohlensyndikats. In der Entschließung wird darauf hingewiesen, daß die Bildung eines solchen Syndikats die weitere Entlassung Hunderttausender Bergarbeiter in England und Deutschland bedeuten würde. Die Entschließung fordert die Organisierung des Kampfes um die Herabsetzung der Arbeitszeit in allen Ländern sowie um die Verstaatlichung der Kohlenindustrie.

Der Antrag wird von Limbertz scharf bekämpft. Er hält Hodges Vorschläge für richtig. Die Rationalisierung in England werde selbstverständlich wie überall Arbeiterentlassungen nach sich ziehen. Auch in Deutschland wäre eine entschädigungslose Verstaatlichung wie es der Antrag fordert, nicht möglich, **da in der Reichsverfassung festgelegt sei, daß bei Enteignung Entschädigung bezahlt werden muß.**

Als Senbusch-Ruhrgebiet hinweist auf die Unterstützung für die englischen Kameraden, seitens der russischen Gewerkschaften, ruft Limbertz ihm zu, daß dieses Staatsgelder wären. Senbusch erwiedert darauf, daß, wenn dieses zutreffe, es nur den Beweis liefre, welche Macht die russische Arbeiterschaft besitzt. Gegenüber Limbertz' Ausführungen behauptet Senbusch, daß der Volkssentscheid verlorengegangen sei, weil die großen Volksmassen kein Vertrauen zu Limbertz und seinen Freunden hätten. Darauf ergreift Limbertz noch einmal das Wort und erklärt, daß nur eine bessere Parole notwendig gewesen wäre, um den Volkssentscheid zum Gelingen zu bringen. Wenn 2½ Prozent Aufwertung vorgesehen wären, dann hätte sich sicher eine größere Stimmenzahl ergeben, aber so erklärte Limbertz, ging die Geschichte zwangsläufig, es war nicht mehr zu ändern, nachdem der Entwurf zum Volksentscheid seitens der Kommunisten eingereicht war. Ueber die Aufnahme des russischen Bergarbeiterverbandes erklärt L., daß er jederzeit aufgenommen werden könnte, er müßte sich aber von dem staatlichen Einfluß befreien.

Die von der Opposition vorgelegte Entschließung wird darauf gegen 40 bis 50 Stimmen abgelehnt.

Es folgt der Bericht der Gehaltskommission. Das Ergebnis über die Festsetzung der Gehälter soll im Protokoll allen Mitgliedern zugänglich gemacht werden. Es folgen Abstimmungen über eine Reihe weiterer Anträge. Die Anträge, wonach die Wahl der Delegierten zum Gewerkschafts- und internationalen Bergarbeiterkongreß durch Urwahlen erfolgen sollen, **werden abgelehnt.** Das gleiche Schicksal trifft einen Antrag, der die Aufnahme der Erwerbslosen in die Organisation fordert. Ein weiterer Antrag, der den Vorstand beauftragt, dahin zu wirken, wird dem Vorstand überwiesen. Schmidt teilt dabei mit, daß nach einer getroffenen Vereinbarung auf zwei Schachtanlagen des Ruhrgebietes ein dahingehender Versuch unternommen werden soll. Die Festlegung des Ortes für die nächste Generalversammlung wird dem Hauptvorstand überlassen.

Zu dem Wahlresultat zum Gesamtvorstand ist noch nachzutragen, daß auf die oppositionellen Kandidaten nicht 21 bis 30, sondern als Mindestzahl 26 entfielen. **Auf den Genossen Sobottka, der als Vorsitzender vorgeschlagen war, sind 27 Stimmen entfallen, die aber nicht bekanntgegeben wurden.**

Die Generalversammlung ist am Schluß ihrer Tagung angelangt. Schmidt-Saargebiet spricht im Namen der saarländischen Bergarbeiter an die übrigen Kameraden den Wunsch aus, ihnen gegenüber die Solidarität zu beweisen, und ihnen jederzeit zur Seite zu stehen. Darauf hält das Schlußwort Husemann.

Der Verlauf der Tagung habe gezeigt, daß es möglich ist, in ernstem Meinungsaustausch die größten Aufgaben zu lösen. Der Weg und das Ziel des Verbandes seien erneut festgelegt. Das Wahlresultat werde dem Vorstand Veranlassung geben, so wie bisher seine Pflicht im Dienste der Organisation zu tun. Immer werde der Bergarbeiterverband auf dem Boden der Industrieorganisation stehen. In kürzerer Frist werden mit anderen Verbänden Verhandlungen auf dieser Grundlage stattfinden; H. hofft, daß diese zum Ziele führen werden.

Zum Internationalen Kongreß erklärt der Redner nochmals, daß sie sich nicht gegen die Aufnahme der russischen Gewerkschaften wenden, aber der internationale Verband habe ein Statut, das die Bedingungen festlegt.

Der immer wieder den Bergarbeitern eingehämmerte Mahnruf: **„Verweigert Ueberschichten!"** muß mehr denn je allen Kameraden ins Gedächtnis gerufen werden. Die auf der Generalversammlung immer wieder erhobene Forderung nach Einheit und Geschlossenheit muß beachtet werden. Auch diejenigen, die hier unterlegen sind mit ihren Anträgen, müssen sich hinter die Beschlüsse der Tagung stellen und mitarbeiten für die Ziele der Organisation.

Husemann richtet eine Bitte an die kommunistischen Delegierten. Er erklärte, wir haben alle einen Sinn und einen Weg. Es muß möglich sein, die Meinungsverschiedenheiten nicht in der bisherigen Art und Weise auszufechten, sondern einen anderen Ton sowohl in den Versammlungen als auch in der Presse zu finden. Wenn dieses geschehe, muß es möglich sein, die Organisation zu dem Machtfaktor auszugestalten, den alle Mitglieder wollen.

Mit einem Hoch auf den Bergarbeiterverband und die Internationale der Bergarbeiter und unter dem Absingen des Knappenliedes, wird die Generalversammlung geschlossen.

Werbt in den Gewerkschaften für Partei und Presse!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260712-13/fragment/page=0005

Sozialpolitik in Sowjet-Rußland

Was der sozialdemokratische Rußland-Delegierte Kipping, Zeitz, berichtet

Im Auftrage der Ortsgruppe Zeitz des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit hatte sich deren Vorsitzender, der Sozialdemokrat Kipping, einer Delegation nach Sowjet-Rußland angeschlossen, um die dortigen Verhältnisse zu studieren und darüber Bericht zu erstatten. Kipping ist vor einiger Zeit wieder zurückgekehrt und hat bereits in einer Anzahl von Orten Mitteldeutschlands über seine Erlebnisse berichtet, in Zeitz, Teuchern, Muschwitz, Magdeburg usw. Als Vorsitzender des VB. interessierte ihn natürlich vor allem die Sozialpolitik in Sowjet-Rußland. Wir bringen heute im Nachstehenden eine kurze Uebersicht über seinen Bericht, um den Arbeitern zu zeigen, wie es im heutigen Rußland aussieht, und zwar aus dem, weil die bürgerliche und sozialdemokratische Presse fortgesetzt schwindelt über die hier angeschnittenen Fragen.

Kipping schildert in seinem Bericht zunächst, wie die Delegation zustandekam und wie sie zusammengesetzt war. Die Anregung wurde auf der **Kölner Konferenz der Kriegsteilnehmer aller Länder** gegeben, auf welcher Rußland fehlte. Einer erfolgten Einladung Sowjet-Rußlands, sich von der Art der russischen Sozialpolitik an Ort und Stelle zu überzeugen, wurde Rechnung getragen. Vier Genossen aus Frankreich, einer aus Belgien, einer aus Oesterreich und neun aus Deutschland begaben sich nach Rußland. Davon waren 6 SPD.-Leute, 5 Kommunisten, 1 Parteiloser, ein Sympathisierender und zwei Anhänger der Ledebour-Gruppe.

Bringt die Wahrheit über Rußland!

Das war der letzte Abschiedsgruß, der uns bei unserer Abfahrt aus Deutschland zugerufen wurde. Wir wollen sie bringen. Wenn die Leute, die wir in Rußland kennen lernten, wirklich Räuber und Verbrecher sind, wie hier so oft in bürgerlichen und auch in sozialdemokratischen Zeitungen behauptet wird, dann wollen wir uns gern mit diesen „Verbrechern" verbunden fühlen. Erhoben war die Begrüßung, die uns mitten in der Nacht, als wir über die Grenze gelangten, zuteil wurde. Arbeitsinvaliden, Kriegsbeschädigte, Arbeiter, Bauern und Rotarmisten hatten sich recht zahlreich eingefunden, um die Brüder aus dem Westen willkommen zu heißen. Ebenso erging es uns bei unserem Eintreffen in Leningrad. Hier konnten wir den 1. Mai miterleben. Auf dem gleichen Platz, auf welchem 1905 der Zar am 1. Mai Arbeiter niederkartätschen ließ, marschierten an diesem Tage die Rotarmisten und die Arbeiterbataillone auf.

Nicht der Friderticus-Rex-Marsch ertönte aus den Instrumenten der Rotarmisten zum Parademarsch, sondern die Internationale.

Das Recht auf Arbeit

Auch in Deutschland haben wir ein Recht auf Arbeit, doch können wir damit nichts anfangen, weil wir keine Arbeit bekommen. In Rußland ist es anders. Da gewährleistet man den Beschädigten, den Invaliden, das Recht auf Arbeit, indem man sie sich zu Genossenschaften zusammenschließen läßt, die nun irgendwelche Arbeit verrichten. Früher kannte man in Rußland überhaupt keine gemeinnützige Fürsorge, sondern nur private „Wohltätigkeit". Trotzdem ist solches möglich, was ich im nachfolgenden schildern werde. Jeder Beschädigte, der Mitglied der Genossenschaft werden will, muß einen Anteil zahlen. Kann er diesen Anteil nicht aufbringen, so ist der Staat verpflichtet, seine Rente zu kapitalisieren. Auch in Deutschland gibt es ja so etwas, aber dann bekommt der Fürsorgeberechtigte keine Rente mehr. In Rußland bekommt er aber nach wie vor die volle Rente weiter ausgezahlt, bis er soviel als Mitglied der Genossenschaft verdient, daß er das Existenzminimum erreicht. Die Amputierten bekommen die Prothesen unentgeltlich geliefert.

Wie hoch ist die Rente?

Die Invaliden erhalten eine Rente von monatlich 40 Rubel und dazu 50 Prozent Pflegezulage. Ein Rubel steht im Werte von 2,20 Mark. Das würde also eine monatliche Rente von 132 Mark ausmachen. Dazu kommen noch viele Vergünstigungen, die wir in Deutschland nicht haben und ist die Lebenshaltung bedeutend billiger. **Ich kann nur sagen, das Versicherungswesen ist einzig und in keinem anderen Lande der Erde zu finden.**

Die Krankenversicherung

In Rußland kennt man in der Krankenversicherung keine Wartezeit und keine Grenze. Dort gibt es auf unbeschränkte Zeit, selbst zwei Jahre lang, Krankengeld, bis der Versicherte invalid geschrieben wird. Das Krankengeld wird in der gleichen Höhe des Lohnes gezahlt. In die Krankenversicherung ist auch die Familie mit einbegriffen, die Behandlung und Medikamente frei haben, was in vielen Gegenden Deutschlands nicht der Fall ist, auch nicht in meiner Heimat. Krankengeld, ebenfalls in voller Höhe, bekommt der Versicherte auch, wenn er mit der Pflege Angehöriger beschäftigt ist. Der Krankenversicherung ist die Wochenfürsorge angegliedert. Die Wöchnerinnen erhalten acht Wochen vor und acht Wochen nach der Geburt des Kindes Krankengeld in Höhe von Zweidrittel des Lohnes, außerdem einen Betrag in Höhe von Zweidrittel des Krankengeldes als Stillgeld auf ein Jahr. Auch Säuglingsheime und Entbindungsanstalten sind der Krankenversicherung angegliedert. In beiden Anstalten ist die Aufnahme unentgeltlich. Wenn man die Mütter und die in den Säuglingsheimen untergebrachten Kinder sieht und hört, dann spürt man erst so recht das Gift, das aus den Worten derjenigen spricht, die da sagen: „In Rußland wird das Kind von der Mutter getrennt."

Das Leben in den Säuglingsheimen

Wir konnten das Leben in den Säuglingsheimen beobachten, und waren erfreut über das Gesehene. Mit Liebe und Sorgfalt wurden die Kleinen dort betreut. Man legt Wert darauf, die dort untergebrachten Kinder zur Selbständigkeit zu erziehen. Schon die kleinen Dreijährigen wurden angehalten, die Blumen zu begießen und selbst zu pflegen, um die Liebe zur Natur zu wecken. Tierbilder bekamen sie zu sehen und wurden sie über das Wesen der einzelnen Tiere unterrichtet. Waschgelegenheit stand den Kindern zur selbsttätigen Benutzung zur Verfügung. Bei Einnahme der Mahlzeiten mußte abwechselnd ein Kind das andere bedienen. Wir sahen auch eine chirurgische Klinik, wo Kinder bis zu vierzehn Jahren untergebracht sind. Auch hier ist die Aufnahme unentgeltlich. Sämtliche Instrumente und Apparate waren vorhanden und wurde auch hier mit einer beispiellosen Gründlichkeit an die Pflege der Kinder gegangen.

Die Unfallversicherung

Die Unfallverletzten, das mögen sich die deutschen „Sozialpolitiker" merken, erhalten dort ebenfalls den vollen Lohn als Rente ausgezahlt. Auch die Kriegsbeschädigten. Anders ist es mit den Sozialrentnern, die aus der alten Zarenzeit übernommen wurden. Sie mußten unterstützt werden. Gelder waren nicht da. In Rußland hatte man ja nicht wie in Deutschland an Hand des Markensystems die Gelder der Versicherten aufgestapelt. Diese Sozialrentner erhielten erst ein Drittel des Lohnes und jetzt Zweidrittel. In Kürze sollen auch sie den vollen Lohn erhalten.

Die Erwerbslosenversicherung

Auch hier kann nur gesagt werden, wie bei den andern schon erwähnten Versicherungen, daß sie die deutsche weit in den Schatten stellt. Ich wollte, wir hätten in Deutschland eine solche Fürsorge. Erwerbslose ohne Anhang erhalten ein Drittel und Erwerbslose mit Anhang Zweidrittel des bisher verdienten Lohnes. Den Erwerbslosen steht es frei, sie werden nicht dazu gezwungen, Arbeiten für die Kommune auszuführen. Für diese Arbeiten bekommen sie den Tariflohn.

Beitragszahlung

Beiträge für die Versicherungen brauchen die Arbeiter nicht zu zahlen. Diese sind vom Unternehmer, mag es nun der Staat, ein konzessionierter Betrieb oder sonst was sein, zu zahlen, und betragen 14 Prozent des Lohnes. Das ist der Beitrag für alle Versicherungsarten zusammen. In Rußland ist man nämlich dazu übergegangen, alle Versicherungen zusammenzulegen, also gemeinsam zu verwalten. Dadurch ist eine ungeheure Ersparnis der Verwaltungskosten erzielt, die den Versicherten, den Arbeitern, zugute kommt.

In Rußland ist man auch dazu übergegangen, Kirchen sozialen Zwecken zuzuführen. So sahen wir eine Kirche, die nach Zustimmung der gesamten Kirchengemeinde zu einem Laboratorium umgewandelt wurde. Dort wurden Blutuntersuchungen und Untersuchungen der Lebensmittel, die zur Speisung der Säuglinge dienten, vorgenommen. Vorbildlich sind auch die Tuberkuloseanstalten.

Eine Kirche als Invalidenheim

Zu einem Invalidenheim war eine andere Kirche umgestaltet. In dieses Heim brauchen sich die Invaliden nicht wie bei uns einzukaufen, sondern sie kommen unentgeltlich da hinein. Obendrein zahlt ihnen die Sowjetregierung noch ein Taschengeld, damit sie sich etwas kaufen können.

Erholungsheime sahen wir, die der Arbeiterschaft beschieden sind, ohne daß erst diese parlamentarische Aktion des Volksentscheids einsetzen mußte, sondern die die Arbeiter, nachdem sie die Macht ergriffen hatten, sich aneigneten. Es sind die früheren Schlösser des Zaren und der Großfürsten. Dort sind dann Arbeiterklubs eingerichtet, wo von Medizinern und Betriebsräten aufklärende Vorträge gehalten werden. Krankheiten werden dadurch vorgebeugt und auch der Bildungsgrad der Arbeiter gehoben.

In Leningrad sind durch solche Betätigung die Krankheiten seit 1923 um 20 Prozent zurückgegangen. In anderen Gegenden seit dieser Zeit um 50 Prozent.

Dann läßt sich Kipping über die Industrie aus und schildert, welcher Art die Fürsorge für die Arbeiter im Betrieb ist. Dort findet man Ambulatorien, Kantinen, wo schmackhaftes, billiges Essen verabreicht wird und vor allen Dingen auch Kindergärten, wo die Arbeiterinnen ihre Kinder unterbringen können, während sie im Betrieb beschäftigt sind. Ueber die Industrie sprach er sich sehr lobend aus. Er sagte wohl, daß er manche Betriebe gesehen hat, wo noch recht altertümliche Maschinen vorhanden waren, daß aber die meisten Betriebe mit den modernsten Maschinen ausgerüstet waren.

Die Arbeitszeit ist 8 Stunden, in den gesundheitsschädlichen Betrieben 7 Stunden pro Tag.

Ueberstunden werden nur in den seltensten Fällen gemacht, müssen aber am nächsten Tag abgebummelt werden. Trotzdem gibt es dafür einen Zuschlag von 50 Prozent. Die Arbeiter in den Textilfabriken erhalten pro Tag außer Lohn in der Höhe von bis 68 Rubel im Monat im Durchschnitt bei siebenstündiger täglicher Arbeitszeit noch einen halben Liter Milch oder ein Viertelpfund Butter. Aus der ehemaligen Direktorwohnung ist ein Spielbergarten gemacht, aus dem Pfarrhaus dieses Ortes. Sarato ein Siechenheim.

Lehrlinge werden in Lehrlingsabteilungen unterrichtet und arbeiten pro Tag 6 Stunden, davon zwei Stunden theoretisch. Es nach drei Jahren werden sie den einzelnen Abteilungen überwiesen.

Im Walzwerk Stalingrad ist für die 6000 Arbeiter ein Krankenhaus errichtet mit 20 Aerzten.

Neu waren für uns die Nachtjanatorien, in denen Arbeiterinnen unentgeltlich des nachts, wenn sie meinen, eine Krankheit ist im Entstehen begriffen, Aufnahme finden und am Tage wieder an ihre Arbeitsstätte gehen können, um abends ins Sanatorium zurückzukehren.

Auch Gefängnisse haben wir gesehen. Gefängnisse sind Gefängnisse. Aber die Einrichtung, die Behandlung und Verpflegung ist dort viel besser als in Deutschland. **Hier in Deutschland sind die Opfer kapitalistischer Profitwirtschaft, in Rußland Feinde der Arbeiterklasse.**

Keine Erziehung mit dem Knüppel

Ein Einblick war uns auch erlaubt in die **Kinderzwangserziehungsanstalten.** Hier konnte man sehen, daß Kinder, wenn sie schwer erziehbar sind, ohne Prügel erzogen werden können. Mit Liebe gehen da die Erzieher an ihre Arbeit. Vollständig frei laufen die Kinder herum. Es herrscht ein Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen Erzieher und Pflegling, wie man es in keiner deutschen Anstalt findet. Trotzdem die Kinder frei herumlaufen, sind von den Ausgerissenen, die anfangs zu verzeichnen waren, jetzt nicht mehr, nur 5 Prozent nicht zurückgekehrt. Durch die Erziehungsmethode ist es erreicht, daß 20 Prozent der Pfleglinge Besucher der Hochschule werden konnten und nur ein verschwindender Prozentsatz zu den Unverbesserlichen gehört.

In den Kasernen

Die Rotarmisten haben wir auch in ihren Kasernen besichtigen können. Auch hier nicht die Kasernenplätze, wo der Mensch auf den Menschenmord gedrillt wird, sondern die Kasernen sind Bildungsanstalten. Während früher die Soldaten zu 75 Prozent Analphabeten waren, sind es heute nur noch zwei Prozent. Die Rotarmisten haben auch, was in Deutschland bei der Reichswehr nicht der Fall ist, das Wahlrecht. Können wählen und gewählt werden.

Vor der Abreise hatten wir Gelegenheit, das Lenin-Mausoleum in Moskau zu besichtigen. Erschüttert stand ich an der Bahre des großen Toten, der so unsagbar viel für das Proletariat getan hat. Ich empfand es schmerzhaft, daß Lenin nicht die Vollendung des Werkes, das er begonnen, erleben konnte. Als ich aber draußen die russischen Arbeiter sah, da wußte ich:

Lenin lebt und wird bald in der ganzen Welt leben.

Halle und Saalkreis

An die Arbeit, Genossen!

Die gestern begonnene Werbekampagne für Presse und Partei wird fortgesetzt. Alle Parteigenossen und RFB.-Kameraden treffen sich heute nachmittag 5 Uhr in den Zellengruppenlokalen, die am Sonnabend in der Zeitung bekanntgegeben wurden. Werbematerial wird dortselbst ausgegeben. WL., Org-Abtlg.

Partei- und „Klassenkampf"-Werbewoche

Jeder Genosse ist zur Mitarbeit verpflichtet

Die Werbewoche für die Partei und den „Klassenkampf" hat begonnen und wird bis zum Sonntag, dem 18. Juli, dauern. Damit ist keineswegs gesagt, daß nach diesem Tage die Werbeaktion überhaupt zu unterbleiben hat, vielmehr soll die gegenwärtige Woche nur alle Kräfte **restlos** auf die Werbung neuer Parteimitglieder und „Klassenkampf"-Leser konzentrieren. Wenn wir auch mit dem Erfolg der vorangegangenen Werbewochen zufrieden sein können, so ist doch immer noch nicht das Ziel erreicht, was wir uns gesteckt haben. Das Ziel aber ist zu erreichen, wenn alle Genossen erkennen, daß es auf **die Mitarbeit jedes einzelnen Genossen** ankommt und aus dieser Erkenntnis heraus wir uns alle freudig in den Dienst der Werbewoche stellen.

Warum werben?

So fragen noch viele Genossen. Ihnen sei gesagt: **daß die Werbung neuer Parteimitglieder und Leser für den „Klassenkampf" ein Teil der Fortsetzung der Kampagne für die Fürstenteneignung ist.**

Jedem Klarsehenden ist offenbar geworden, daß der Volksentscheid zwischen dem Lager der Kapitalisten und den werktätigen Massen einen scharfen Trennungsstrich gezogen hat. Niemals ist die Zersetzung innerhalb der nationalen Parteien und völkischen Verbände so deutlich zu erkennen gewesen als in der letzten Zeit, vor und nach dem Volksentscheid. Es handelt sich um eine ungeheure Masse Kleinbürger, Handwerker, Beamte usw., die durch die Haltung der Fürstentreuen ihren früheren reaktionären Organisationen den Rücken gekehrt haben und nun ziel- und führerlos dastehen.

Diese instinktiv schon mit uns sympathisierende Masse gilt es nun auch organisatorisch zur endlichen Herstellung einer ganz klar ausgeprägten roten Klassenfront zu erfassen.

Darum müssen wir gerade jetzt mit besonderer Aktivität werben.

Wo werben wir?

Wir werben überall da, wo die Möglichkeit besteht, neue Kämpfer für unsere Ziele zu gewinnen. Das besondere Augenmerk ist hierbei auf die Betriebe und die Wohnungen zu legen. Darüber hinaus muß sich unsere Agitation weiter erstrecken. Auf den Bahnhöfen, in den Eisenbahnzügen, auf der Straßenbahn, in Lokalen, kurz überall, wo Werktätige zu finden sind, müssen wir Parteimitglieder und in erster Linie „Klassenkampf"-Leser zu gewinnen suchen. Es ist absolut zu verstehen, daß der und jener aus irgendwelchen Gründen noch nicht geneigt ist, gleich Mitglied der Kommunistischen Partei zu werden, aber in den allermeisten Fällen sind diese noch Schwankenden für ein „Klassenkampf"-Abonnement zu haben und treten dann später, nachdem sie sich durchgerungen haben, auch der Partei bei. Ein besonders dankbares Gebiet ist auch das flache Land. **Tausende und aber Tausende kleiner Landwirte haben heute bereits erkannt, daß nur der „Klassenkampf" sich rücksichtslos für die Interessen aller Werktätigen einsetzt.** Deshalb müssen auch gerade die Genossen in den einzelnen Ortsgruppen mit ganz besonderem Eifer von Haus zu Haus und von Wohnung zu Wohnung gehen und im Interesse aller Werktätigen, ob Hand- oder Kopfarbeiter, Propaganda treiben.

Wem gilt unsere Werbung?

Die Antwort auf diese Frage ist schon im ersten Absatz gegeben. Wir müssen uns an jene große Masse der Arbeiter und Kleinbürger wenden, die, wie es der Volksentscheid bewiesen hat, unserem Kampf nicht unsympathisch gegenüberteht, die sich aber noch nicht entschließen konnte, aus eigener Initiative Mitglied der Partei und Leser des „Klassenkampf" zu werden. Unendlich viele sind es, bei denen es nur eines kleinen Hinweises bedarf, um sie für unsere Partei, für unsere Presse zu gewinnen. Weniger liegt uns an jenen Kreisen, die ja zahlenmäßig auch gar nicht in Frage kommen, deren Gesinnung aus Gründen des Klassenunterschiedes entschieden reaktionär ist und die vielleicht aus rein geschäftlichen oder anderen undurchsichtbaren Gründen den „Klassenkampf" entl. bestellen. Unsere **Werbung gilt also hauptsächlich den noch abseits stehenden Werktätigen, die über kurz oder lang zu aufrichtigen und unerschrockenen Mitkämpfern werden.**

Wie werben wir?

Ueber die verschiedenen Werbemöglichkeiten ließen sich viele Spalten mit praktischen Ratschlägen füllen. In der Regel wird es am zweckmäßigsten und erfolgreichsten sein, wenn der werbende Genosse immer einige neue Nummern des „Klassenkampf" bei sich hat. Er findet überall Gelegenheit, den Nicht-Abonnenten die Unterschied zwischen den bürgerlichen Zeitungen und dem „Klassenkampf" an Hand von Beispielen nachzuweisen. **Wir müssen zeigen, daß die bürgerlichen Blätter mehr oder weniger offen auf seiten der Großkapitalisten stehen,** wenn es im Interesse dieser liegt, über wichtige politische Ereignisse hinwegzugehen und das Augenmerk ihrer Leserkreise durch Nebensächlichkeiten von wichtigen Ereignissen abzulenken versuchen, während der „Klassenkampf" objektiv über solche Vorgänge unterrichtet, die für die werktätige Bevölkerung von allergrößten Interesse sind. Daneben bringen auch wir die neueste Tagesereignisse sofort und ausführlich. Weiter ist der „Klassenkampf" im hiesigen Bezirk die einzigste Zeitung, die alle Rücksichtslosigkeit, Korruptionserscheinungen und alle Mißstände rücksichtslos an den Pranger stellt. **Ein Vergleich des Inhalts bürgerlicher Zeitungen mit dem des „Klassenkampf", wird manchem Leser der bürgerlichen Zeitung die Augen öffnen und ihn zum Leser unserer Zeitung machen.**

Es gibt noch viele andere Möglichkeiten, dem Uneingeweihten zu beweisen, daß nur der „Klassenkampf" die Interessen aller Arbeiter vertritt. Die werbenden Genossen werden selbst leicht heraus finden, welches Argument ihnen zum Erfolg verhilft. Zum Reden ist es jetzt nicht Zeit. **Wir alle, ob Genosse oder Genosse, als höchster Funktionär oder Kleinarbeiter, wir alle wollen jetzt handeln intensiv tätig sein und werben**

für den „Klassenkampf"
für die Partei!

Parteigenossen!

Habt Ihr schon berichtet über den gestrigen Erfolg Eurer Werbearbeit für Partei und Presse?

Ihr müßt täglich berichten!

Hurra, Hurra! Ein Album mit den Bildern der deutschen Intelligenz für den Retter!

Geschäftstüchtige Patrioten

Die deutschen Unternehmer haben eine ganz besondere Gabe darin, das Angenehme mit dem Nützlichen zu verbinden. Ihre Gesinnung ist immer dann patriotisch bis auf die Knochen, wenn solche Einstellung finanziellen Erfolg verspricht. Sie können natürlich zeitweise auch treue Republikaner sein, wenn die Konjunktur es verlangt. Es kommt eben ganz darauf an, von welcher Seite der Wind weht.

Unserem allseits so geschätzten und beliebten Reichspräsidenten Herrn Paul von Hindenburg, der als Repräsentant der deutschen Republik für sein Volk, besonders aber für die Opfer der Inflation und für die werktätige Bevölkerung so unsagbar segensreich gewirkt hat, soll nun ein Bilderalbum mit den Abbildungen sämtlicher deutscher Bürgermeister und Gemeindevorsteher als Huldigung überreicht werden. Zu diesem Zwecke wird von einem Münchener Verlagsanstalt an alle Letztgenannten eine Druckschrift überlandet, dessen Original uns von einem Gemeindevorsteher aus dem Saalkreis zugeschickt wurde. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Dr. Alfred Wieler / Verlag
München 27 / St. Emeran 1 — München, den 29. Juni 1926.

Betrifft: **Festwidmung der deutschen Bürgermeister an Hindenburg**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Für die Herausgabe eines Albums mit den Bildern der deutschen Bürgermeister schreiben wir bereits einen Teil derselben um die nötigen Unterlagen an, als uns in den Einsendungen, die wir in großer Zahl erhielten, die Anregung zugingen, dieses Werk als **Festwidmung der Deutschen Bürgermeister an Reichspräsident v. Hindenburg** anläßlich seines 80. Geburtstages am 2. Oktober 1926 erscheinen zu lassen.

Nur wer wie die Bürgermeister und Ortsvorsteher selbst an der Spitze eines Gemeinwesens mit seinen tausenderlei Sorgen und mit dem oft übermenschlichen Maß an Arbeit und Selbstaufopferung steht, vermag es voll und in seiner ganzen Größe zu würdigen, was wir Hindenburg zu danken haben, der trotz seines hohen Alters in unverdrossenem Pflichtbewußtsein das höchste Amt des Staates übernahm und mit bewunderungswürdiger Ausdauer bekleidet.

Wenn wir daher die uns zugegangene Anregung in die Tat umsetzen, so ist es wir uns der Teilnahme jedes Bürgermeisters gewiß und ersuchen auch Sie höflichst, sich durch Einsendung einer Photographie und der ausgefüllten Beilage anzuschließen.

Das Werk bringt die Bilder der deutschen Bürgermeister mit Angabe des Namens, Berufs, Amtsantritts usw.; um die Herausgabe zu ermöglichen, ist es notwendig, daß jeder Bürgermeister ein Exemplar desselben, auf Kunstdruckpapier gedruckt und in Ganzleinen gebunden, zu dem sehr niedrigen Preise von ein-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260712-13/fragment/page=0006

... 15.— bezieht; das dem Reichspräsidenten zu überreichende Exemplar wird besonders künstlerisch ausgestattet sein.
Ein solches Werk wird sicherlich auch Ihnen und Ihren Angehörigen als unvergeßliches Erinnerungszeichen an eine zwar schwere und verantwortungsvolle, aber doch stolze Zeit Ihres Lebens willkommen sein und einen dauernden Platz in den Familien aller Bürgermeister finden.
Wir wären Ihnen zu großem Dank verpflichtet, wenn Sie auch die Bestellung eines Exemplars für die Bibliothek oder das Archiv Ihres Amtes veranlassen wollten.
Bei der großen Zahl, an die wir uns in dieser Angelegenheit wenden, müssen wir aus Ersparnisgründen unser Ansuchen in Form der Drucksache richten; wir bitten diesen Zeilen deswegen nicht weniger Aufmerksamkeit zuzuwenden als einem persönlich gehaltenen Briefe.
Um die Herstellung rechtzeitig fertigzustellen, **erbitten wir Ihre Zusage möglichst postwendend**; die Photographie (womöglich Brustbild, glänzend, doch genügt, wenn so nicht vorhanden, jedes andere Bild) kann später nachfolgen.
Wer über eine gute Feder verfügt, möge uns die einleitenden Worte für dieses Buch schreiben; bei mehreren Einsendungen müssen wir uns die Auswahl der besten Arbeit vorbehalten.
Mit verbindlichem Danke für Ihre Bemühung zeichnen wir

in vorzüglichster Hochachtung
Dr. Alfred Wieser / Verlag.

Eine andere Seite dieser Druckschrift enthält dann einen Fragebogen und hauptsächlich die Bestellung eines Exemplares dieser Festwidmung deutscher Bürgermeister an Hindenburg zum Preise von etwa 15 Mark.

Wie heißt es doch? — „Am deutschen Wesen soll die ganze Welt —“ na prost Mahlzeit! — Es zeigt sich auch hier wieder einmal, daß die nationalen Unternehmer keinen anderen Patriotismus kennen als ihren Geldsack. Das ist noch ein Geschäft, das etwas einbringt.

Uebrigens ist unserem Retter aber eine solche Festwidmung zu gönnen. Der altersgraue Landespapa wird sich sehr freuen, wenn er in dem Buche herumblättert und die Intelligenz seiner Untertanen abgebildet findet, denn daß sich alle die Bürgermeister großen und kleinen Kalibers, die die dicksten Kartoffeln haben, in der Festwidmung verewigen lassen, ist bei der rührenden Naivität der sogenannten deutschen Intelligenz zu erwarten.

Eine saubere Fleischzentrale

Stinkendes Fleisch wird nicht zurückgenommen

Seit einiger Zeit besteht in der Leipziger Straße, Ecke Martinstraße, dicht am Riebeckplatz, eine sogenannte Fleischzentrale. Die hier geforderten Preise für Fleischwaren sind um weniges billiger, als in anderen Fleischereibetrieben. Das veranlaßte auch am Freitag eine Hausfrau, die bereits von einem anderen Fleischermeister ein Pfund Flomen gekauft hatte, in dieser Fleischzentrale, deren Inhaber ein gewisser Paul Kuhn ist, noch ein zweites Pfund Flomen zu kaufen, da die Ware hier um 10 Pf. für das Pfund billiger war.

Als die Frau mit der Ware nach Hause kam und die Flomen aus dem Papier wickeln wollte, machte sie die Entdeckung, daß

das Fleisch einen üblen Geruch verbreitete.

Auch andere Hausbewohner überzeugten sich hiervon und rieten der Frau, die Ware zurückzubringen. Dies geschah auch. Da sich im Laden der Fleischzentrale gerade mehrere Kunden befanden, wollte die Frau, um den Inhaber nicht zu schädigen, die Ware ohne Aufsehen zu erregen zurückgeben und rief aus diesem Grunde eine Verkäuferin abseits und bat diese, das Fleisch zurückzunehmen. Das wurde jedoch verweigert mit der Begründung, daß Ware, die einmal aus dem Laden getragen sei, auch nicht wieder zurückgenommen werde. Auch der Hinweis der Hausfau, daß die Ware bereits stark rieche, fruchtete nichts, so daß sie gezwungen war zur Polizei zu gehen.

Die Beamten der Polizeiwache in der Augustastraße erklärten, daß sie mit der Sache nichts zu tun hätten, und verwiesen die Frau nach dem Polizeipräsidium. Bevor sie sich nun nach hierhin begab, versuchte sie noch einmal in Güte zu ihrem Recht zu gelangen. Sie begab sich noch einmal in die Fleischzentrale und verhandelte mit einer Verkäuferin wegen Zurücknahme des stinkenden Fleisches. Plötzlich trat der Inhaber Kuhn selbst an die Käuferin heran und fragte sie in herausfordernder Weise: Von welcher Konkurrenz sie denn überhaupt geschickt sei. (!!) Als die Käuferin diese unbegründete Verdächtigung ruhig zurückwies, sagte der tüchtige Geschäftsmann: Sie solle nur schnell die Ware an sich nehmen und sofort das Ladenlokal verlassen. Die Frau hatte nun keine Lust mehr die Angelegenheit durch die Behörde weiter verfolgen zu lassen und verzichtete auch auf jede weitere Auseinandersetzung, indem sie dem Fleischermeister das Fleisch auf den Ladentisch legte und erklärte, daß sie nun auf die Herausgabe ihres Geldes verzichte und ihm auch die „riechende“ Ware schenken wolle, da sie in ihrem Haushalt nur einwandfreie Ware zum Genuß verarbeite.

Plötzlich ergriff Herr Kuhn die auf dem Ladentisch liegenden stinkenden Flomen und warf sie der Hausfrau ins Gesicht.

Ein Schwager der Frau, der als Zeuge mitgegangen war und kurz zuvor den Laden betreten hatte, machte Kuhn darauf aufmerksam, daß er sich jetzt strafbar gemacht habe. Hierauf forderte Kuhn die geprellte Käuferin und ihren Schwager auf, das Ladenlokal zu verlassen. Dies geschah ohne Widerspruch. Die stinkenden Flomen wurden im Geschäftslokal zurückgelassen. Ob sie weiter verkauft oder dem Müllkasten anvertraut sind, entzieht sich unserer Kenntnis. Die Geschädigte wird gegen den sauberen Fleischermeister Strafantrag stellen.

Da in diesem Lokal ganz besonders viele Hausfrauen aus der Arbeiterschaft ihre Einkäufe tätigen, ist es ratsam, wenn diese beim Kauf in diesem Geschäft sehr vorsichtig sind. Vom rechtlichen Standpunkt soll hierzu noch gesagt werden, daß es ganz gleichgültig ist, ob diese Ware noch genießbar oder ungenießbar war. Keinem Kunden kann zugemutet werden, daß er irgendeinem profitgierigen Fleischermeister zu Liebe seinen physischen Ekel unterdrücken muß. Eine Polizeiverordnung macht es unmöglich gerade Fleischwaren vor dem Kauf auf ihre Beschaffenheit hin zu prüfen. Wer nun erst nach dem Kauf entdeckt, daß die gekaufte Ware nicht mehr einwandfrei ist, hat das Recht die Zurücknahme der Ware zu verlangen. Wenn aber ein Fleischermeister übelriechende Ware verkauft und die mit Recht reklamierende Käuferin auch dann noch mit einer derartigen Frechheit behandelt, dann müssen die kaufenden Frauen dem geschäftstüchtigen Herrn einmal beweisen, daß sie nicht um seinetwillen da sind, denn letzten Endes gibt es no chviele andere und auch bessere Fleischereibetriebe, als die Fleischzentrale des Herrn Kuhn in der Leipziger Straße.

Oeffentliche Quittung der Roten Hilfe

Halle:
Unbekannt: Kleidungsstücke,
Unbenannt: 20 Pakete Tabak,
Notstandsarbeiter, Baustelle Hafen-Trotha auf Sammellisten Nr. 341 und 342: 12,10 Mk.,
Teller, Roonstraße Nr. 1, 1 Sportwagen, 2 Paar getragene Schuhe, 1 getragenes Jackett,
Geburtstagfeier bei Freitag: gesammelt 3 Mk.,

Reideburg:
Arbeiter-Turnverein 5 Mk.,
Kegelklub „Alle Neune“ 1,50 Mk.,

Zwintschöna:
Denkmalsammlung-Ueberschuß 67,05 Mk.,
Maifeier 10 Mk.,

Sennewitz:
Sammlung des Arbeiter-Turnvereins 2,05 Mk.

Hallische Tageschronik

Uebertragbare Krankheiten in Preußen

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, sind in Preußen in der Zeit vom 2. Mai bis zum 5. Juni d. J. nachstehende Erkrankungen (Todesfälle) an übertragbaren Krankheiten amtlich gemeldet worden:

Diphterie 1768 (70), übertragbare Genickstarre 64 (28), Fleckfieber 1 (—), Kindbettfieber nach regelrechter oder nach Frühgeburt 298 (64), nach Fehlgeburt 90 (37), spinale Kinderlähmung 19 (6), Körnerkrankheit 195 (—), Lungen- und Kehlkopftuberkulose 5531 (2605), Milzbrand 10 (—), übertragbare Ruhr 242 (13), Scharlach 2670 (31), Unterleibstyphus 443 (39), Paratyphus 210 (8), Fleisch-, Fisch- und Wurstvergiftung 118 (11), Bißverletzungen durch tollwutverdächtige Tiere 53 (—).

Fahrkarten zur Rückreise innerhalb 4 Tagen

Wer innerhalb 4 Tagen zurückreist, kann die Karte für die Rückfahrt gleich mit lösen. Man erspart sich das nochmalige Warten am Schalter bei der Rückkehr und trägt auch zur Entlastung der Schalterabfertigung bei. Besonders im Ausflugsverkehre und bei kurzen Reisen nach größeren Städten ist Rückfahrkarten-Lösung zweckmäßig und nötig.

Vor Schreck die Sprache verloren

Am 10. Juli gegen 12.45 Uhr wurde vor dem Stadttheater ein Mann von einem Personenkraftwagen überfahren. Der Verunglückte, welcher die Sprache verloren hatte, wurde mittels Krankenwagens dem Krankenhause zugeführt.

Vom Lastkraftwagen überfahren

Am Sonnabendnachmittag wurde auf dem Moritzzwinger ein sechsjähriger Knabe von einem Lastkraftwagen überfahren. Der Knabe, der anscheinend innere Verletzungen davongetragen hat, wurde ins Elisabethkrankenhaus gebracht. Die Klärung der Schuldfrage ist eingeleitet.

Zscherben

Aus dem Gemeindeparlament. Wer der letzten Sitzung am Donnerstag beigewohnt hat, glaubte sich in einem Marionettentheater zu befinden. Die Tagesordnung war reichhaltig. Dort wurde viel erzählt. Von parlamentarischer Geschäftsordnung war nichts zu merken. Sollte es bei einem Punkt zur Abstimmung kommen, so fing Buchelt als Spritzenmeister von der Feuerwehr an zu erzählen. Die wenigen Zuhörer haben Tränen gelacht. Als Ueberschuß vom Vorjahre sind 1231,49 Mk. zu verzeichnen. Die Entlastung des Kassenrendanten wurde vertagt, da beschlossen wurde, erst einem vereidigten Bücherrevisor die Kasse prüfen zu lassen. Der Voranschlag des Etats wurde nochmals beraten und schließt in Einnahme und Ausgabe mit über 30 000 Mk. ab. Die Gemeindezuschläge zu den Steuern betragen bald das Doppelte vom Vorjahre. Hier konnte man sehen, daß für soziale Ausgaben so gut wie nichts eingesetzt worden ist. Wir haben über 20 Erwerbslose, die in nächster Zeit ausgesteuert werden. Nichts ist für diese übrig. Selbst die Bettelpfennige, die man ihnen vor Pfingsten versprochen hat, sind bis heute noch nicht ausgezahlt. Die Schrebergärten werden in nächster Zeit meistbietend verpachtet. An die Wohnungsnot ist nicht gedacht. In Zscherben gibt es 30 Wohnungssuchende, die schon mehrere Jahre eine Wohnung suchen, gebaut wird in diesem Jahre nicht. Anstatt daß die Gemeinde baut, hat sie vor wenigen Wochen die Bauplätze in der Bennstedter Straße als Schrebergärten verpachtet. Die Einwohner müssen in Zukunft mehr als bisher die Sitzungen besuchen. Nachdem der Etat ausgelegt wird, werden die kommunistischen Vertreter eine öffentliche Gemeindeversammlung einberufen und ersuchen heute schon die Einwohner, zahlreich zu erscheinen.

Könnern

Ein dummer Scherz. Ein hiesiger Spaßvogel hatte in einer hallischen Zeitung ein Inserat erscheinen lassen, durch das für das Könnerner Schützenfest 10 bis 12 fesche Kellnerinnen gesucht wurden. Bei strömendem Regen kamen am Tage nach dem Erscheinen der Anzeige aus Halle 10 junge Mädchen an und stellten sich dem Platzmeister vor. Die Herren vom Vorstand machten recht lange Gesichter, denn die Genarrten verlangten Entschädigung, was man ihnen um so weniger verdenken konnte, als die meisten von ihnen „stempeln gingen“ und sich zwecks Antritts des Dienstes für mehrere Tage abgemeldet hatten. Auch an Fahrgeld mangelte es. — Hoffentlich gelingt es, den Uebeltäter, der scheinbar zuviel Geld hat, zu fassen, damit er exemplarisch bestraft werden kann, denn die Arbeitslosigkeit ist wirklich eine zu ernste Sache, als daß Leute, denen es anscheinend noch zu wohl ergeht, damit rohe Späße treiben!

Theater und Konzerte

Volkspark-Konzert. Morgen, Dienstag, abend ¾8 Uhr findet das 10. Sommerkonzert statt, ausgeführt vom 35 Mann starken Orchester unter Leitung des Musikdirektors Schütze, Leipzig. Dieses Konzert wird besonders genußreich sein, da es als „Italienischer Abend“ ausgeführt wird. Eintrittspreis 50 Pf. und für die Erwerbslosen 30 Pf. Zeitiges Kommen ist erwünscht, da auch das morgige Konzert gut besucht wird.

Solbad Wittekind. Dienstag, den 13. Juli, und Mittwoch, den 14. Juli, früh ¾7 Uhr, nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr Konzerte des Hallischen Sinfonie-Orchesters. Leitung: Benno Plätz. Nachmittags und abends Auftreten des Cornet à Piston-Virtuosen Louis Kümmel.

Festspiele im Harzer Bergtheater. Als dritte Neueinstudierung gelangt am Mittwoch, dem 14. Juli, abends 7 Uhr, Goethes „Faust I“ zur Aufführung. Das Werk ist vom Direktor Erich Pabst inszeniert. In den Hauptrollen sind tätig: Erika Meingast, Günther Hadank, Ferdinand Hart, Frigga Braut. Die Musik hat Lothar Windsperger für die Aufführung eigens komponiert.

Aus der Jugendbewegung

Kommunistischer Jugendverband, Ortsgruppe Halle

An alle Mitglieder!

Jugendgenossen! Am 17. Juli wird auf Beschluß der BL. in **Gräfenhainichen** ein **Werbeabend** mit anschließender **Wanderung nach dem „Eisenhammer“** veranstaltet, woran sich die Unterbezirke **Halle-Saalkreis, Delitzsch und Bitterfeld** beteiligen werden. Die Mitglieder der Ortsgruppe Halle müssen sich geschlossen daran beteiligen, um in der Werbekampagne für den Jugendverband einen Erfolg zu erreichen. Der Fahrpreis hin und zurück beträgt 1,70 Mk. Das Mittagessen auf dem „Eisenhammer“ (Nudeln mit Rindfleisch) kostet 40 Pf. Jugendgenossen! Beteiligt Euch alle an diesem Treffen und **meldet Euch sofort oder spätestens bis Freitag im Jugendbureau an! Der Fahrpreis ist ebenfalls bis zu diesem Termin einzuzahlen.** Abfahrt: **Sonnabend nachmittag 5.56 Uhr** vom Hauptbahnhof. Näheres wird noch bekanntgegeben.

Ortsvorstand Halle.

RFB. Heute abend 8 Uhr im „Volkspark“ **Große Mitgliederversammlung** Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt

Die Menschenfreunde in zerlumpten Hosen

37] Ein englischer Arbeiterroman von Robert Tressal *)

Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin NW 7

Die Hände sanken ihr auf den Schoß, als Ruth seiner ansichtig wurde. So hatte sie ihn noch nie gesehen. Sein Gesicht war leichenblaß, die Augen blutunterlaufen und rot gerändert, seine Lippen zitterten und waren feucht, und der schöne Schnurrbart hing ihm unordentlich in nassen Strähnen um den Mund. Er sah, daß sie weder sprach, noch lächelte und wurde selber etwas ernster.

„Ich bin doch noch gekommen, siehst Du, meine Liebe. Besser spät als gar nicht.“

Es fiel ihm sehr schwer, deutlich zu sprechen, denn seine Lippen wollten die Worte nicht recht bilden.

„Davon verstehe ich nichts“, sagte Ruth, der das Weinen nahe war, und die ihn nicht merken lassen wollte, daß sie trotz allem Mitleid mit ihm empfand. „In einem netten Zustand bist Du, Du solltest Dich was schämen.“

Easton schüttelte den Kopf und lachte albern. „Laß doch das Schimpfen, Ruth! 's hat ja doch keinen Zweck.“ Er ging tappend zu ihr, wobei er sich der Stütze wegen noch immer am Tische festhielt.

„Sei nicht böse“, murmelte er und legte den Arm um ihren Nacken und sein Gesicht an das ihre. Es hat doch keinen Sinn, böse zu sein.“

Sie schauderte in unwillkürlichem Ekel, als er seine feuchten Lippen mit dem schmutzigen Schnurrbart auf ihren Mund preßte. Sein Atem, der nach Tabak und Bier stank, löste ihren Widerwillen aus. Er küßte sie wiederholt, und als er sie losließ, wischte sie zitternd und hastig ihren Mund mit dem Taschentuch ab.

Easton wollte keinen Tee und ging sogleich schlafen. Auch Ruth wollte nichts mehr, trotzdem sie vor seiner Rückkehr sehr hungrig gewesen war. Sie nähte noch lange, und als sie dann auch hinaufging, fand sie ihn auf dem Rücken liegend, halb ausgezogen auf dem unaufgedeckten Bett liegen. Er schnarchte laut mit weit offenem Munde.

14. Kapitel.

Der große Geldtrick.

Während der nächsten vier Wochen kam Schwitzer häufig in die „Höhle“, wo Owen den Salon ausmalte. Er war am Fortgang der Arbeit sehr interessiert. Bei dieser Gelegenheit richtete Craß es immer irgendwie ein, daß er dabei war, und obgleich er nicht buchstäblich am Boden kroch, wenn Schwitzer ihn ansprach, so machte seine ganze Haltung durchaus den Eindruck, als ob er jederzeit auf Wunsch dazu bereit wäre.

Draußen schippten Bundy und seine Gefährten tiefe Gräben für die neuen Abflußröhren in die feuchte Erde. Es war eine elende Arbeit. Seit längerer Zeit hatte es geregnet und der Boden war vollgesogen mit Wasser. Ueberall bildete sich Schlamm, und der dick an Kleidern und Schuhen klebte. Doch das schlimmste war der Geruch. Jahrelang waren die alten Abzugsröhren beschädigt und leck gewesen. Noch ein paar Fuß unter der Oberfläche war die Erde gesättigt mit stinkender Flüssigkeit. Die Kleider der Arbeiter nahmen diesen fürchterlichen Gestank auf, der sich schließlich auf die Menschen selbst übertrug. Sie rochen und schmeckten ihn noch, wenn sie schon lange von der Arbeit weg waren, — zu Hause und bei ihren Mahlzeiten. Trotzdem sie fortgesetzt ihre Pfeife rauchten — Elend hatte diese Erlaubnis widerwillig genug gegeben; — kam es häufig vor, daß sie Anfälle von Uebelkeit und Erbrechen hatten.

Als die Arbeit am Hause zu Ende ging, ergriff eine Art Panik die „Hände“, besonders die zuletzt eingestellten, die wahrscheinlich zuerst aussetzen mußten. Nur Easton war ganz zuversichtlich, daß Craß sich nach Kräften bemühen würde, ihn bis zum letzten Augenblick zu halten. Sie waren in letzter Zeit ganz gute Freunde geworden und verbrachten ein paar Abende der Woche regelmäßig im „Kricketspieler“.

„Jetzt geht's bald an das große Abschlachten“, sagte Harlow eines Tages zu Philpot, als sie das Geländer der Treppe strichen. „In der nächsten Woche wird die Innenarbeit wohl fertig werden.“

„Und draußen dauert's auch nicht mehr lange, weißt Du“, erwiderte Philpot.

„Andere Arbeit haben sie wohl nicht, was?“

„Nicht, daß ich wüßte“, antwortete Philpot finster, „und andere Firmen auch nicht.“

„Wie spät mag's wohl sein?“ sagte er nach einem unbehaglichen Schweigen. „Ich weiß nicht, wie Dir zumute ist, aber ich könnte jetzt gut mein Essen brauchen.“

„Das dachte ich auch gerade. Es kann ja nicht mehr lange hin sein. Vor einer halben Stunde ging Bert schon den Tee kochen. Es scheint mir ein höllisch langer Morgen heute.

„Mir auch“, sagte Philpot. „Spring doch mal rauf und frag Schleim, wie spät es ist.“

Harlow legte seinen Pinsel über den Farbentopf und ging hinauf. Er trug Stoffschuhe und trat sehr leise auf, damit Craß ihn nicht hören sollte. So kam er, ohne die Absicht, etwa zu spitzeln, lautlos zu dem Zimmer, wo Schleim arbeitete. Er trat unerwartet ein und überraschte ihn, wie er am Fenster stand und eine ganze Rolle Tapete über dem Knie durchbrach, wie man etwa ein Stück Holz zerbricht. Neben ihm lagen die beiden Hälften einer anderen Rolle. Bei Harlows Eintritt fuhr er zusammen und sein Gesicht wurde purpurrot vor Verlegenheit. Hastig bückte er sich nach den zerbrochenen Rollen, warf sie auf den Rost des Kamins und machte den Verschluß zu. „Was soll denn das heißen?“ fragte Harlow neugierig.

Schleim lachte mit gemachter Harmlosigkeit, doch seine Hände zitterten und sein Gesicht war jetzt ganz blaß.

„Wir müssen doch irgendwie zu unserem Recht kommen, Fred“, sagte er.

Harlow antwortete nicht. Er verstand nicht. Ein paar Minuten versuchte er dahinterzukommen, dann gab er es auf.

„Wie spät ist's?“ fragte er.

„Dreiviertel zwölf“, sagte Schleim, und fügte, als Harlow schon wegging, noch hinzu: „Sag aber Craß und den anderen nichts von der Tapete.“

Nach und nach begriff Harlow, welchen Sinn die Vernichtung der Tapetenrollen hatte. Schleim tapezierte im Akkord und wurde nach der Zahl der geklebten Rollen bezahlt. Vier Zimmer im Obergeschoß hatten die gleiche Tapete bekommen und Jäger hatte offenbar mehr geschickt, als gebraucht wurde. Wenn er diese beiden Rollen vernichtete, so erweckte Schleim den Anschein, als ob er zwei Rollen mehr geklebt hätte. Um bei der Beseitigung nicht abgefaßt zu werden, hatte er sie durchgebrochen und bis zu einer günstigen Gelegenheit im Kamin verborgen.

(Fortsetzung folgt.)

*) Der Roman ist auch in Buchform erschienen. Sonderpreis für unsere Leser: Broschierte Ausgabe statt 2,80 Mk. nur 2 Mk.; Pappband-Ausgabe statt 3,80 Mk. nur 2,50 Mk. Zu beziehen durch die Bezirksbuchhandlung Halle, Lerchenfeldstr. 14, oder deren auswärtige Filialen. Bestellungen nehmen auch alle „Klassenkampf“-Trägerinnen entgegen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260712-13/fragment/page=0007

Arbeiter-Sport

Der Bundestag des ARB. „Solidarität“

Vom 17. bis 20. Juli werden die Delegierten der Arbeiterradler nach dem beschaulichen **Karlsruhe** zur 16. Bundestagung berufen, wo den Delegierten ein großes Fest und Ausflugsprogramm harrt. Auf ein 30jähriges Bestehen blickt in diesem Jahre der Bund zurück. Entstanden aus kleinen Anfängen, ist der Bund heute die größte radsportliche Organisation der Welt, die ca. 200 000 Mitglieder zählt.

In der Vorkriegszeit bei der Arbeiterschaft als „rote Kavallerie“ bekannt, verfolgt und schikaniert von den Schergen der wilhelminischen Aera, hat der Bund durch die Sympathie der Arbeiterschaft sich dennoch kräftig entwickelt. In der Nachkriegszeit tat die Bundesleitung alles, um die Fahrt nach links zu hindern. Mehr oder minder offener Kampf gegen die die Klassenfrontstellung fordernden Arbeiterradler; man duldete keine Sowjetsterne bei den Veranstaltungen, man machte Jagd auf die Embleme des ersten Proletarierstaates; den Symbolen der schwarzrotgelben Hindenburg-Republik gegenüber, in deren Zeichen der Achtstundentag geraubt wurde, fünf Millionen Erwerbslose existieren, Not und Elend der Arbeiterschaft immer gräßlichere Formen annehmen, nahmen aber keine Kampfstellung ein. Nicht einmal für die große Bewegung des Volksentscheids zur Enteignung der Fürsten hatte man seitens der Bundesleitung eine Unterstützung übrig. Keine eigene Aufforderung der Bundesleitung an die Bundesmitglieder, alle Kräfte für diese Massenforderung einzusetzen, ließ sich vernehmen, wie es der Arbeiter-Turn- und Sportbund tat. Lediglich den Aufruf des Arbeiter-Turn- und Sportbundes druckte das Zentralorgan der Arbeiterradfahrer nach. Still verhielt sich der Bundesvorstand in all den wichtigen Tagesfragen des Proletariats. Die Sorge um das Fahrradhaus des Bundes läßt jedes politische proletarische Leben in den Hintergrund treten.

Und das alles auch jetzt noch, wo die Reaktion frech sich rüstet, wo seitens des Kriegsministeriums auch „Solidarität“ für politisch erklärt wurde, wo Bayern den ersten Vorstoß unternimmt und mit allen möglichen Schikanen versucht, die Arbeiterradfahrer zur Strecke zu bringen.

Weit über 100 Anträge liegen dem Bundestag in Karlsruhe vor. Darunter sind auch einige, die über den Rahmen des nur sportlichen hinausgehen, und die wichtige Gegenwartsfrage der Arbeitersportbewegung behandeln. Abhilfe wird gefordert gegenüber den Radfahrabteilungen des Reichsbanners, die zu einer Schädigung der Bundesorganisation werden. Von den Arbeitern und Angestellten des Bundes, sowie von den Funktionären wird die politische und gewerkschaftliche Organisationszugehörigkeit gefordert. Mehrere Anträge fordern die Aufnahme von Verhandlungen zur Verschmelzung mit den anderen Sportorganisationen zu einem einheitlichen Sportbund. Diese Anträge sind um so mehr zu beachten, als die Bundesleitung in der Frage des Anschlusses des Radfahrerbundes „Freiheit“ keine Initiative entwickelt hat. Andere Anträge fordern die internationale Einheit der Arbeitersportbewegung und sportliche Beziehungen mit der RSI., vor allem aber mit den russischen Sportlern, zu deren Anknüpfung die Bundesleitung bisher auch nichts unternommen hat. Die Herbeiführung einer breiten Kampffront gegen Faschismus und Reaktion verlangt ein weiterer Antrag.

Ein klares, eindeutiges Bekenntnis zum Klassenkampf gegen die Bourgeoisie als ein Mittel, die Bourgeoisie niederzuwerfen, die politische Macht der Arbeiterklasse zu erobern und den Weg freizumachen für den sozialistischen Aufbau, ist die Forderung der Gegenwart auch an dem Bundestag der Arbeiterradfahrer.

Der Aufmarsch der Nationen in Wien

8. Juli. Es ist ¾3 Uhr nachmittags. Eine schwere, dunkle Wetterwand steigt drohend und unheilschwanger am Horizont auf. Fauchend fährt der Sturm über den Platz, hüllt die in großer Zahl erschienenen Zuschauer in Staubwolken und treibt di eMenge unter die schützenden Tribünendächer. Blitze sprangen in wilden Zickzacklinien über das dunkle Firmament. Rollend hallt der Donner und ein Platzregen rauscht herab, der im Nu den Trabrennplatz unter Wasser setzt. Niemand glaubt, daß der Aufmarsch der Nationen möglich sei. Doch pünktlich um 3 Uhr setzt die Musik ein und durch grauen Regenvorhang schimmert das Rot der Fahnen. **Die internationalen Arbeitersportler marschieren auf.** Voran eine mächtige rote Fahne. An der Spitze der Nationen marschiert Deutschgand mit 160 Wettkämpfern. Es fehlt noch eine große Anzahl deutscher Wettkämpfer, weil die heute eintreffenden Sonderzüge über fünf Stunden Verspätung haben. Lettland folgt mit einer kleinen Mannschaft, bei ihr die 17jährige Olga Drivin, die Olympiasiegerin im Speerwerfen. Dann folgt Polen, Jugoslawien und die Tschechoslowakei (Außiger Arbeiter-Turn- und Sportbund). Letzterer ebenfalls stark vertreten. Das Land Oesterreich ist außerordentlich stark vertreten, 500 Wettkämpfer marschieren auf, an der Spitze die Leichtathleten. Unablässig rauscht der Regen. Doch unbeirrt, unaufhaltsam marschieren die Sportler und Sportlerinnen durch das Unwetter. Nachdem sie vor den Tribünen Aufstellung genommen haben, wurden sie vom Sportgenossen Püchler mit einer kurzen Ansprache begrüßt.

Zum Bezirks-Turn- und Sportfest in Zeitz

Turn- und Sportgenossen! Nur wenige Tage trennen uns noch von unserem Fest. Die Vorbereitungen sind in jeder Hinsicht von den Zeitzer Genossen in bester Weise gelöst, so daß jeder Teilnehmer nach Beendigung des Festes in voller Genugtuung daran zurückdenken kann. Habt Ihr auch schon alle Vorbereitungen zur Teilnahme und zum Besuch des Bezirks-Turn- und Sportfestes in Zeitz getroffen? Habt Ihr Eure Meldungen für die Wettkämpfe, für die Quartiere sowie Gesamtteilnehmerzahl an die zuständigen, auf den Fragebogen versehenen Leiter abgesandt? Habt Ihr gleichzeitig Euren Festbeitrag mit an A. Baumgarten, Zeitz, Gartenstraße 40, abgeschickt? Wenn nicht, dann tut es sofort, damit beim Fest unnötige Arbeit vermieden wird. Fehlt es in Eurem Verein und Ort auch nicht an Propaganda für das Fest, damit nicht nur Turner und Sportler, sondern auch Freunde unserer Bewegung, Arbeitsgenossen und -genossinnen sich das Bezirksfest ansehen und sich überzeugen von dem gesundheitlichen Wert des Arbeitersports? Prüft alle diese Fragen und holt Versäumtes nach. Uebt alle vorgesehenen Veranstaltungen noch tüchtig, werbt und agitiert überall in den Orten und Betrieben. Erscheint pünktlich und zahlreich am 17. und 18. Juli in Zeitz.

Programm:

Sonnabend, den 17. Juli, von nachmittags 3 Uhr an, Massenprobe der Spielleute auf dem Altmarkt. — ¼4 Uhr Groß-Stafette „Rund um Zeitz“. Sportler, Schwimmer, Radfahrer, Schüler und Turnerinnen nehmen daran teil. — ½6 Uhr Probe der Freiübungen mit Orchester. — 6 Uhr Fußballspiele auf zwei Plätzen. — 8 Uhr Begrüßungsfeiern mit erstklassigen bühnensportlichen Vorführungen der Besten des Bezirks im „Preußischen Hof“, Saal und Garten sowie im Dianasaal.

Sonntag, den 18. Juli, vormittags 5 Uhr, Wecken durch das Bezirks-Korps. ½7 Uhr Beginn der sportlichen und turnerischen Wettkämpfe am Naetherpark. — 10 Uhr Einzelkämpfe und Turnspiele. — ½1 Uhr Stellen zum Festzuge in der Auestraße, Grenzstraße und am Dianasaal, 1 Uhr Abmarsch. — ½3 Uhr Beginn der Massenfreiübungen. — ¼4 Uhr Sondervorführungen, Entscheidungskämpfe und Stafetten 4×100 und 10×100 Meter. — 4 Uhr Schwimmsportliche Darbietungen im A. Naetherschen Volksbad. — 5 Uhr Raff- und Handballspiele. — 6 Uhr Fußball (Entscheidungsspiel um die Festmeisterschaft).

Ein reichhaltiges Programm, welches für jeden etwas bringt. Betont sei nochmals, daß Quartiere in genügender Anzahl zur Verfügung stehen, so daß jeder schon am Sonnabend kommen kann, ohne daß er ins Massenquartier braucht. Quartierausgabe erfolgt von nachmittags 3 Uhr an nur im Jugendheim, wohin sich auch schnellstens die Mannschaften für die Große Stafette zu bemühen haben. Pünktlich muß jeder sein, wenn keine Störungen im Programm eintreten sollen.

*

Die Fußballer und das Bezirksfest

Alle Vereine und Abteilungen müssen sich unbedingt vollzählig am Festzug beteiligen. Die Teilnehmerzahl wird festgestellt und veröffentlicht. Saubere und vereinseinheitliche Sportkleidung ist Pflicht. Für Sonnabend, den 17., und Sonntag, den 18. Juli, besteht im ganzen Bezirk Spielverbot, auch darf keine Mannschaft nach auswärts fahren. Die Bezirksleitung wird streng durchgreifen. Sportgenossen, zeigt, daß auch Ihr in die große Gemeinschaft des Arbeitersports gehört. Beteiligt Euch restlos. Helft mit, das Fest zu verschönern.

Der Bezirksrat und Hauptausschuß. J. A.: F. P.

Der Fraktionskampf der SPD. in der Arbeiter-Sportbewegu

Im Juli und August dieses Jahres halten verschiedene Arbeitersportverbände ihre Bundestage ab. Die sozialdemokratische Führung hat alle Hände voll zu tun, um die „Vorbereitungen“ zu treffen. Es kommt ihr vor allem darauf an, ihre bisherige sozialdemokratische Führung in den Arbeitersportverbänden und die Arbeitsgemeinschaft mit der sozialistischen Jugend als Verbindungsglied mit der Sozialdemokratischen Partei zu erhalten und ein Bekenntnis für Republik und Reichsbanner zu erzielen.

Nicht nur die einzelnen Verbände, sondern auch die Zentralkommission haben sich mit den Bundestagen beschäftigt, um einheitlich gegen die Widersacher zu Felde zu ziehen. Im Protokoll der Zentralkommissionssitzung vom 18. Mai 1926 ist darüber folgendes zu lesen:

„. . . Deshalb müssen die Verbände (soll heißen: SPD.-Führer) Obacht geben und verhindern, daß **diese Tagungen nicht zur parteipolitischen Propaganda für die KPD. benützt werden können.**“

Die sozialdemokratischen Führer, die bei jeder Gelegenheit ihre parteipolitische „Neutralität“ betonen, geben jetzt offen die Parole heraus: „Gegen die Kommunisten“. Der Sekretär der Zentralkommission, Fritz Wildung, rühmt sich an einer anderen Stelle, in Zukunft alle Kommunisten auszuschließen, die sich an kommunistischen Fraktionen beteiligen. Die SPD.-Führerschaft, die schon tausendmal der Zersplitterung und Spaltung der Arbeiterorganisationen überführt wurde, will das Anwachsen der Opposition in den Arbeitersportverbänden durch die mit Nachdruck geführte Kampagne für die Einheit mit dem **Ausschluß von Kommunisten beantworten.** Es liegt durchaus in der Richtung der **Politik der rechten SPD.-Führer**, wenn Wildung und Genossen die Sportbewegung nach der Art der 23 Rechten in Sachsen in Scherben schlagen, um sich bei der Bourgeoisie lieb Kind zu machen.

Ihrem Fraktionskampf ist noch ein zweieinhalb Seiten langer Leitartikel **„Einheitsfrontler am Start“** in der „DASZ.“ gewidmet. Eine geradezu köstliche Geschichte wird da erzählt. „Es wird nun endlich Zeit, daß diesem Treiben ein Riegel vorgeschoben wird und die Bundestage davor schützt, von einer Handvoll kommunistischer Delegierter, die an sich meist ganz liebe Genossen sind, aber von Parteiwegen gezwungen werden, Opposition um jeden Preis und nach jeder Richtung zu machen, vergewaltigt zu werden.“ Die Kommunisten sind also, trotzdem sie „sonst ganz liebe Genossen sind“, in ihrem Wesen doch Bolschewisten, denn sie wollen die Delegierten „vergewaltigen“. Der SPD. bleibt durch diese Arbeit der Führer der Arbeitersportverbände im wesentlichen Teil die Fraktionsarbeit „erspart“. Sie haben die Fraktionsarbeit längst legalisiert — für die SPD. —, und ihr unbändiger H[ass] gegen die KPD. ist der Ausdruck, in welchem gewaltigen Aus[maß] die Bekämpfung der Kommunisten zu ihrer eigentlichen „S[...]“aufgabe geworden ist. Alle diese Tatsachen versucht man durch Veröffentlichung eines KPD.-Rundschreibens zu beseitigen. [Es] gelingt aber deshalb nicht, weil die von der Partei herausgegebenen Anweisungen nicht im Widerspruch mit den Interessen der Arbeitersportbewegung stehen. Im Interesse der proletarischen Klasse unterstützt die KPD. in wachsendem Maße die Arbeitersportbewegung. Sie tut dies in klarer, eindeutiger Weise und nicht [wie] **die SPD., die in ihrer Presse mit der linken Hand für Arbeitersport und mit der rechten Hand für den bürgerlichen Sport Propaganda macht.** Die reformistischen Arbeitersportführer können diese Politik durch die aktive Mitarbeit an dem dualistischen Sportpressedienst der SPD., der nach „demokratischem Prinzip“ den Arbeitersport und den bürgerlichen Sport Raum gibt. Da[s ist] kein Zufall. Die Politik der SPD. versucht die Arbeitersportler langsam und systematisch dazu „erziehen“, die **Verfilzung der Arbeitersportbewegung mit der bürgerlichen** zu begreifen. [Diese] Politik riecht verdammt nach Mussolini und der bereits genannten Werksgemeinschaftspolitik, die von der rechten SPD. mit der Bourgeoisie und den Unternehmern betrieben wird. Die Opposition, ein großer Teil der Arbeitersportler besonders in Sachsen, richtet sich vornehmlich gegen diese Tendenz. Aus diesem Grunde wird auch überall der Austritt der Arbeitersportführer aus dem Kuratorium der deutschen Hochschule gefordert.

Angesichts dieser Politik der SPD.-Führerschaft, von der wir einige Beispiele anführen, erweist sich die Fraktionsarbeit der Kommunisten im Interesse der Arbeitersportbewegung für ab[solut] notwendig. Die KPD. verfolgt keine den Interessen der Arbeiterklasse entgegengesetzte oder abweichende Politik, sondern dient und führt nicht wie Noske und Ebert zur Reaktion und [Ver]sklavung, sondern wie Lenin aus dem kapitalistischen Joch [zur] proletarischen Macht und zum sozialistischen Aufbau.

Natürlich werden Wildung und Genossen fortfahren, gegen Kommunisten und die Opposition zu hetzen, aber nimmermehr wird es ihnen gelingen, auch wenn Wildung sich selbst [zum] Führer der SPD.-Fraktion gemacht hat und selbst die Instruktionen an seine Auserlesenen der Luzern-Fraktion erteilt und opponierende Sozialdemokraten in Berlin an die Wand drückt, die Mi[ß]stimmung der Arbeiter gegen seine Politik für die Einheit [der] Klassenpolitik zunichte zu machen.

Achtung, Sportliche Kampfrichtervereinigung, 5. Kreis, 4. Bezirk

Am Donnerstag, dem 15. Juli, ist die letzte und wichtigste Zusammenkunft vor dem Bezirksfest, und zwar in Zeitz, abends 7 Uhr, Sportplatz am Naetherpark. Jeder muß erscheinen, da Einteilung. Bis jetzt sind 280 Wettkämpfer für die sportlichen Kämpfe gemeldet. Tüchtige Arbeit steht uns deshalb bevor.

Fußball

Mitteldeutsche Spielvereinigung, 2. Kreis, 6. Bezirk

Amtlich

Zwecks Aufstellung einer endgültigen Städtemannschaft, welche am 25. Juli in Halle gegen die spielstarke Städte-Elf von Erfurt spielen soll, ist zum Freitag, dem 16. Juli, abends 7 Uhr, auf dem Sandanger ein Uebungsspiel zweier Auswahlmannschaften angesetzt. Die Aufstellung der Mannschaften ist folgende.

A-Mannschaft spielt im Städte-Dreß.

B-Mannschaft im Sportbrüder-Dreß. Sportbrüder hat 11 Dreß zu stellen.

A-Mannschaft: König (Cröllwitz); Geist (Teutonia); Henze (Cröllwitz); Panzer (Fichte); Troll (Fortuna); Reißel (Giebichenstein); B. Ohme (Fortuna); W. Brömme (Cröllwitz); Lösche (Cröllwitz); W. Henze (Cröllwitz); Fiedelak (Viktoria).

Ersatz: Schauerhammer (Viktoria).

B-Mannschaft: Wernicke (Viktoria); Rust (Giebichenstein); Bittner (Sportbrüder);

Freitag, den 16. Juli, abends 7 Uhr:

Uebungsspiel zweier Auswahlmannschaften

auf dem Sandanger.

Ballschuh (Sportlust); Schütze (Askania); Engelhardt (Wörmlitz); Vetter (Sportlust); Maier (Viktoria); P. Hädicke (Teutonia); W. Reuter (Fortuna); Schubert (Fichte).

Ersatz: Heinrichs (Trotha).

Umkleidelokal ist Restaurant „Zur Eisbörse“, Mansfelder Straße. Jeder Spieler hat eine weiße Hose mitzubringen. Absagen sind nicht statthaft. Viktoria hat zwei Linienrichter zu stellen. Schiedsrichter ist Sportgenosse Rümpler (Cröllwitz). Kassierer stellen ASC. 2, Fichte 2 und Viktoria 2 Mann. Viktoria hat für ordnungsmäßigen Platzbau zu sorgen und stellt Bälle. Nach dem Uebungsspiel findet in der „Eisbörse“ eine Vorstandssitzung statt. Die Vorstandssitzung am 26. Juli fällt aus, dafür findet eine Vorstandssitzung am 9. August statt. Die zum 26. Juli Geladenen haben daher am 9. August zu erscheinen. Am Montag, dem 2. August, findet im „Volkspark“ eine Vollsitzung mit der Tagesordnung: Bundestag und Bundesschuleinweihung statt.

Das Städtespiel Halle — Erfurt findet am 25. Juli, vormittags 11 Uhr, im Stadion statt.

Heute, Montag, den 12. Juli, ist der letzte Termin der Steuerveranlagung (2. Rate) fällig, andernfalls ab Dienstag, den 13. Juli Disqualifikation.

J. A.: Franz Pabst.

Fortuna 1. — Giebichenstein 1. 0 : 1

Auf dem herrlichen, inmitten der Heide gelegenen Fortuna-Sportplatz stellten sich am vergangenen Freitag obige Mannschaften in einem Freundschaftsspiel gegenüber. G. war glücklicher Sieger mit 1 : 0. Das einzige Tor des Abends fiel in der zweiten Halbzeit durch den Halbrechten von G. Dem Schiedsrichter wurde sein Amt leicht gemacht.

Fortuna 1. — Zipsendorf 1. 12 : 0.

Sportbrüder 1. — Hohenmölsen 1. 4 : 3

Sportbrüder 1. hat anläßlich seines 1. Stiftungsfestes Wacker Hohenmölsen 1. zu Gaste und konnte 4 : 3 über H. gewinnen. Sp. zeigte bei diesem Spiel annehmbare Leistungen, auch die Gäste hinterließen einen guten Eindruck.

Wörmlitz 1. unterlag gegen die zweitklassigen Brachstedter mit 2 : 3.

Wörmlitz 2. spielte gegen Brachstedt 2. unentschieden 2 : 2.

Wörmlitz 1. Jgd. — Sportlust 1. Jgd. 2 : 0 (1 : 0)

Am Mittwochabend standen sich obige Mannschaften in Wörmlitz gegenüber, und es war Wörmlitz vergönnt, den ersten Sieg über Sp. Jugend rauszuholen. W. hat Anstoß und es entwickelt sich ein flottes Spiel. W. zeigt sich als die bessere Mannschaft und kann nach längerem guten Zusammenspiel das erste Tor erzielen. Einige Ecken auf beiden Seiten in der ersten Halbzeit bringen nichts ein. Nach Halbzeit übernimmt W. abermals das Kommando und drängt Sp. zunächst in ihre Spielhälfte zurück. Nach guten Stürmerleistungen muß Sp. Nr. 2 aus dem Netz holen. Bis zum Schluß kann an dem erzielten Resultat nichts mehr geändert werden. Eckenverhältnis 6 : 3.

Teicha 1. — Minerva 1. 0 : 3.
Teicha 2. — Minerva 2. 1 : 5.
ASC. 3. — Minerva 3. 0 : 3.

Askania 1. hatte auf eigenem Platze Viktoria 1. zu Gaste und holte einen 1 : 0-Sieg für seine Farben heraus. Das Spiel war von Anfang bis zum Schlußpfiff flott und fair, so daß die zahlreichen Zuschauer vollbefriedigt nach Hause gingen.

Askania Jugend unterlag gegen Viktoria Jugend 0 : 1. Auch hier zeigten die Mannschaften ein gefälliges Spiel.

Fichte 1. — Jonitz 1. 3 : 1.
Fichte 2. — Jonitz 2. 5 : 3.
Fichte 1. Jugend — Fortuna 1. Jugend 6 : 0.
Fichte 2. Jugend — Fortuna 2. Jugend 5 : 0.
Viktoria 2. — Roitzsch 1. 2 : 2.
Viktoria 3. — Roitzsch 3. 4 : 1.
Fortuna 2. — Askania 2. 1 : 0.
Fortuna 3. — Cröllwitz 3. 4 : 3.

Union 1. Weißenfels — Freie Turner Zeitz 1. 1 : 8 (0 : 3). Beide Mannschaften standen sich im Serienspiel gegenüber.

Das Spiel beider Jugendmannschaften endete 5 : 1 für Zeitz. Halbzeit 1 : 1.

Handball

Wörmlitz 1. — Achilles 1. 3 : 0

Dieses Spiel mußte 30 Minuten vor Schluß wegen heftigen Regens abgebrochen werden.

Wörmlitz 2. — Othello 2. 6 : 1.
Fichte 2. — Cröllwitz 1. 2 : 2.
Fichte 2. — Teutonia 1. 11 : 1.
Fichte 3. — Minerva 2. 8 : 0.
Fichte 3. — Frisch auf 2. 2 : 3.
Fichte 2. Jugend — Atlas 1. Jugend 0 : 5.
Fichte 2. Jugend — Dölau 1. Jugend 2 : 1.
Fichte 1. Schüler — Achilles 1. Schüler 11 : 0.
Fichte 1. Schüler — ASC. 1. Schüler 0 : 0. Zehn Minuten nach Anfang wegen Regens abgebrochen.
Fichte 2. Schüler — Minerva 3. Schüler 3 : 0.
Minerva 1. — Diemitz 1. 4 : 0. Diemitz nur mit acht Mann.
Minerva 2. — Fichte 3. 0 : 8.
Sportlerinnen: Achilles 1. — Cröllwitz 1. 1 : 0.
Minerva 1. — Achilles 1. 0 : 1.
Othello Jugend — Dölau Jugend 9 : 0.
Othello 1. Schüler — Wörmlitz 1. Schüler 3 : 1 (9 Mann).
Othello 2. — Wörmlitz 2. 1 : 6.
Othello Sportlerinnen — Sportlust Sportlerinnen 0 : 3 für Sportlust.
Othello 1. — Peißen 1. 10 : 4 (10 Mann).

2. Kreis, 6. Bezirk, 1. Gruppe. Handball

Donnerstag, den 15. Juli

2. Klasse: ½8 Uhr Wassersportverein Ammendorf 1. — Teutonia 1., Ammendorf (Fichte, Ammendorf); ½8 Uhr Frisch auf Nietleben 2. — Sportlust 2., Nietleben (Fichte, Halle).
Sportlerinnen: ½8 Uhr Minerva — Schwimmer, Minerva (Sportlust).

Freitag, den 16. Juli

Sportlerinnen: ½8 Uhr Sportlust 1. — Cröllwitz 2., Othello (Minerva).

Sonnabend, den 17. Juli

1. Klasse: 7 Uhr Frisch auf Nietleben 1. — Dölau 1., Nietleben (Diener, Achilles); 7 Uhr Schwimmer 1. — Adler 1., Fichte (Kraußer, Fichte Halle); 6 Uhr Osmünde gegen ASC. 1., Osmünde (Eck, Diemitz).
2. Klasse: 7 Uhr Osmünde 2. — ASC. 2., Osmünde (Minerva).
Schüler: ½7 Uhr Othello 2. — Fichte Halle 2., Othello (Cröllwitz).

Sonntag, den 18. Juli

1. Klasse: 4 Uhr Wörmlitz 1. — Fichte Halle 1., Osmünde (Schulze, ASC.); 3 Uhr Othello 1. — Fichte Ammendorf 1., Othello (Kaßler, Schafstädt; Rosche, Diemitz); 3 Uhr Merseburg 1. — Sportlust 1., Merseburg (Bennewitz, Ammendorf); 10 Uhr Osmünde 1. — ABB. 1., Osmünde (Baasch, Achilles); 10 Uhr Fichte Halle 2. gegen Adler 1., Fichte (Schaaf, Wörmlitz).
2. Klasse: 2 Uhr Ammendorf 2. — Sportlust 2., Ammendorf (Wörmlitz); 10 Uhr Frisch auf Nietleben 2. — Othello 2., Nietleben (ASC.); 11 Uhr Osmünde 2. gegen ABB. 2., Osmünde (Sportlust); 10 Uhr Wörmlitz 2. — Achilles 2., Wörmlitz (Atlas); 3 Uhr Diemitz 1. — Peißen 1., Diemitz (Othello); 4 Uhr Dölau 1. gegen Minerva 1., Dölau (Frisch auf, Nietleben); 3 Uhr Dölau 2. — Minerva 2., Dölau (Adler); 3 Uhr Löbnitz 1. — Atlas 1., Löbnitz (Schwimmer); 2 Uhr Askania gegen Teutonia 1., Nietleben (Dölau)
Sportlerinnen: 3 Uhr Fichte Halle 1. — Sportlust 1., Fichte (Askania); 10 Uhr Othello — Sportlust 2., Othello (Wassersportverein Ammendorf); 11 Uhr Wörmlitz gegen Achilles, Wörmlitz (Fichte, Ammendorf); 10 Uhr Minerva — Cröllwitz, Minerva (Merseburg).
Jugend: 2 Uhr Othello — Fichte Ammendorf, Othello (Fichte, Halle); 9 Uhr Fichte Halle 1. — Adler, Fichte (Wörmlitz); 5 Uhr Dölau — Atlas, Dölau (Minerva); 3 Uhr Merseburg 1. — Fichte Halle 2., Merseburg (Sportlust).
Schüler: 9 Uhr Othello 1. — Fichte Halle 1., Othello (Giebichenstein); ½10 Uhr Giebichenstein 1. — Othello 2., Peißnitz (Diemitz); 9 Uhr Minerva 1. — ASC., Minerva (Atlas); 2 Uhr Dölau — Minerva 2., Dölau (Frisch auf, Nietleben); Wörmlitz — Achilles, Wörmlitz (Fichte Ammendorf) muß Wörmlitz noch die Zeit angeben.

Zu dem Prüfungsspiel Othello 1. — Fichte Ammendorf 1. wird die Prüfungskommission ersucht, pünktlich zu erscheinen. Unentschuldigtes Fehlen wird mit 2 Mark bestraft.

H. Bornkessel, Obmann.

Turner

2. Kreis, 6. Bezirk, 1. Gruppe

Achtung, Spielleute. Am 17. und 18. Juli feiert der Turnverein Nauendorf bei Wallwitz zum erstenmal nach dem Kriege sein Stiftungsfest. Da der Verein durch faschistische Organisationen dort schwer zu kämpfen hat, ist es jedes Spielmanns Pflicht, sich dort zu beteiligen, um den dortigen Verein wieder auf die Beine zu helfen. Abfahrt des Zuges von Halle 6.31 Uhr. Fahrgeld 1,40 Mk. hin und zurück. Ich bitte die Vereinsobleute, mir spätestens bis Mittwoch, den 14. Juli, die Teilnehmerzahl zu melden, damit wir genügend Quartiere bekommen.

J. A.: P. Hennicke.

Kegler

Arbeiter-Keglerbund, Ortsgruppe Halle

Heute, Montag, den 12. Juli, abends 7 Uhr, im „Volkspark“ Vollversammlung. Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist Pflicht. **Der Vorstand.** J. A.: P. Auten.

Vereinsmitteilungen

Freier Wassersportverein Halle. Am Mittwoch, dem 14. Juli, abends 8 Uhr, bei Teichmann Vorstands-, technische und Unterkassierer-Sitzung.

9

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260712-13/fragment/page=0008
DFG

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 18 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 45 Fritz Arob, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Montag, 12. Juli 1926 | 6. Jahrgang * Nr. 161

ADGB.-Vorstand für Arbeitsgemeinschaft

Zwei Dokumente

Eine Entschließung, die nichts besagt —

Düsseldorf, 10. Juli.

Der Bundesausschuß des ADGB. faßte in seiner heutigen Sitzung folgende Entschließung:

„In der Erkenntnis, daß die Arbeitslosigkeit in Deutschland — als Folgeerscheinung einer von den Gewerkschaften bekämpften nationalen und internationalen Wirtschaftspolitik — eine schwere Gefahr für Volk und Volkswirtschaft noch auf lange Sicht hin bedeuten wird, haben die Gewerkschaften schon beizeiten umfassende Gegenmaßnahmen gegen eine weitere Verschlechterung des Arbeitsmarktes und ausreichende Schutzmaßnahmen für die von der Arbeitslosigkeit Betroffenen gefordert.

Trotz dieses Drängens ist bisher weder eine der heutigen Lage entsprechende **Arbeitslosenversicherung** geschaffen, noch sind wirklich einschneidende Maßnahmen getroffen worden, um die **Arbeitsgelegenheiten** in Deutschland für die große Masse der Erwerbslosen fühlbar zu vermehren.

Das mangelhafte System der einheitlichen Unterstützungssätze und bis zur Einführung eines Versicherungssystems nicht entbehrt werden können. In Anbetracht der fortschreitenden Verelendung weiter Schichten muß jedoch eine **Erhöhung der Unterstützungssätze** ebenso sehr aus sozialen, wie aus wirtschaftlichen Gründen gefordert werden.

Weiter ist zu fordern, die Abschaffung der auch nach Aussage zuständiger amtlicher Stellen nicht mehr haltbaren Bedürftigkeitsprüfung, ferner eine Unterstützung der Arbeitslosen für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit und eine Ausdehnung der Kurzarbeiterfürsorge.

Die Gewerkschaften begrüßen es, daß die Bedeutung der produktiven Fürsorge für die Behebung der Erwerbslosigkeit auch vom Reichstage in seinen jüngsten Beschlüssen anerkannt worden ist. Das von ihm aufgestellte Programm für die Durchführung wertschaffender Arbeiten entspricht den oft und mit Nachdruck betonten gewerkschaftlichen Forderungen. Unbedingt muß jetzt aber erwartet werden, daß der ernsthafte Wille zur Verwirklichung dieser Pläne bald durch die Tat bekundet wird. Hierzu wird eine großzügige Finanzierung nötigenfalls durch Inanspruchnahme von Auslandskrediten, sowie eine entschlossene Beseitigung der Widerstände und Kompetenzstreitigkeiten in der Verwaltung erste Voraussetzung sein. Die Gewerkschaften werden mit allen Mitteln auf die sofortige Inangriffnahme dieser Arbeiten hinwirken.

und ein Aufruf, der alles sagt

Der Bundesausschuß faßte bei Eröffnung der Sitzung am zweiten Tage den Beschluß, einen Aufruf „An die deutsche Arbeiterjugend" zu richten, aus dem wir die Hauptstellen hier veröffentlichen:

„Im Vergleich zu der Zeit, in der das Deutsche Reich gegründet wurde, ist ein gewaltiger Wandel in den Beziehungen von Kapital und Arbeit eingetreten. **Die Alleinherrschaft der Unternehmer im Betriebe ist gebrochen, ihre Vorherrschaft in Staat und Wirtschaft ist bedroht.** Die Organisation der Arbeit, die in den Gewerkschaften erstanden ist, hat in zähen jahrzehntelangen Angriffen den übermächtigen Gegner auf vielen Gebieten in die Defensive gedrängt. **Es kann niemand mehr mit Ernst bezweifeln, daß die Zeit vorüber ist, in der das Kapital allein den unbestrittenen Anspruch erheben konnte, die Wirtschaft zu organisieren.**

Die Arbeit und ihre Vertreter, die Gewerkschaften, treten im ganzen Bereich der Wirtschaft mit dem Anspruch auf, gleichberechtigt an den Fragen der Wirtschaftspolitik wie der Wirtschaftsführung mitzuwirken.

Der große Kampf um die Demokratisierung der Wirtschaft ist eingeleitet, aber noch lange nicht abgeschlossen. Er bedarf zu seiner restlosen Durchführung des gleichen leidenschaftlichen, opferbereiten Willens, wie er die ältere Generation beseelte. Das junge Geschlecht muß das begonnene Werk der im Dienst der Bewegung ergrauten Männer und Frauen fortsetzen und vollenden. An Euch, an die Gewerkschaftsjugend überall in Deutschland wendet sich der Bundesausschuß, an Euch als die Bannerträger der Zukunft, als die Erben des von Vätern errungenen Besitzes. Seid Euch der großen, durch seine ruhmvolle Kampftradition, durch die Treue und den Opfersinn von Millionen Arbeitern geheiligten Aufgabe bewußt, deren Durchführung Eurem Geist, Eurem Willen anvertraut ist. Behauptet Euch, wie die alten Kämpfer es getan, jedem Widerstand zum Trotz! Gebt allen, die dem großen Gedanken der gewerkschaftlichen Solidarität noch fremd sind, ein leuchtendes Vorbild kameradschaftlicher Treue und zielbewußter Kraft! Dann kann und muß mit Euch, den Jungen, die Ihr noch in der Blütezeit des Lebens steht, eine neue Epoche des Aufschwungs beginnen! Dann wird die Zeit anbrechen, in der Ihr erntet auf dem Boden, den die alte Generation bereitet und Eurer besonnenen Pflege anvertraut hat:

Jene echte Freiheit des Einzelnen, die allein durch die Interessen der Gemeinschaft, durch das Wohl des Volkes begrenzt wird, jene echte Volksgemeinschaft, in der jeder Einzelne sich als dienendes Glied dem Ganzen einordnet.

*

Diese zwei Dokumente bilden ein unteilbares Ganzes. Was der ADGB.-Bundesausschuß in der Entschließung nicht offen zu erklären gewagt hat, sagt er in einem „Aufruf an die deutsche Arbeiterjugend", wahrscheinlich in der Hoffnung, daß dieser Aufruf von der Gesamtarbeiterschaft nicht gelesen oder jedenfalls nicht mit demselben Interesse gelesen wird, als die Entschließung selbst.

Die Entschließung stellt in ihrer Dürftigkeit und Verschwommenheit ein Dokument des Verzichts auf jeden Kampf dar. Kein Wort vom Abbau der Erwerbslosenfürsorge! Statt dessen „begrüßen" die Gewerkschaften jene Beschlüsse des Reichstags, die nur dazu geeignet sind, die Oeffentlichkeit irrezuführen, und den Anschein zu erwecken, als ob durch solche Beruhigungspillen das Massenelend der Erwerbslosen gelindert werden könne.

Während die Entschließung keine Kampfbeschlüsse faßt, enthält der Aufruf an die Arbeiterjugend **das eigentliche Programm der reformistischen Führer.**

Die **Arbeiter in den Betrieben** werden, wenn sie diesen Aufruf lesen, sich fragen müssen, ob der Bundesausschuß des ADGB. einen Aprischerz sich erlaubt, wenn er die Alleinherrschaft des Kapitals in den Betrieben bestreitet. Ein Aprischerz, der aber eine Verhöhnung der Arbeiterschaft ist, ein Scherz, hinter dem bitterer Ernst steckt. Der Bundesausschuß des ADGB. geht weiter. Er proklamiert feierlich die **große Volksgemeinschaft.**

Arbeiter, wißt Ihr, was die große Volksgemeinschaft bedeutet?

Die **Volksgemeinschaft** ist die politische Parole der Deutschnationalen, der schwarzweißroten Monarchistenparteien.

Volksgemeinschaft — unter dieser Parole wollen der „Jungdo" und andere faschistische Organisationen die Herrschaft des Großkapitals, der Großgrundbesitzer, befestigen.

Volksgemeinschaft, Arbeitsgemeinschaft, Werksgemeinschaft — das ist die heilige Dreieinigkeit der Ausbeuter.

Volksgemeinschaft — Volksbetrug! Kann es eine Volksgemeinschaft geben in einer Klassengesellschaft, wo die herrschende Klasse mit allen Mitteln des geistigen und physischen Terrors ihre Alleinherrschaft zu befestigen und auszubauen bestrebt ist?

Wenn es je nötig war, daß die Arbeiter und die Werktätigen sich [illegible] zusammenschließen und [illegible] dies jetzt der Fall, wo [illegible] gegen alle Werktätigen [illegible] Rationalisierung" wirft [illegible] Herbst soll die „große [illegible] nnen. Die Zahl der [illegible] ionen. Sie wird im [illegible] swelle, die Folge des [illegible] er Deutschland. Jede [illegible] ung der Lebensmittel- [illegible] e sie sich Marx-Hinden- [illegible] Chemiekönige Mittel- [illegible] nlands, die ostelbischen [illegible] aft gehören die Pläne [illegible] hlhelm in seiner letzten [illegible] eit des Ueberganges [illegible] meinhalb- bis zwei- [illegible] len."

[illegible] werbslosen, das ist der [illegible] ch den Schwindel der [illegible] noch nicht beendet." [illegible] gen: hat sie denn schon [illegible] rebssystem, die Werks- [illegible] die Entrechtung der [illegible] er ADGB.-Bundesaus- [illegible] rtschaft" nennt?

Nach der Auffassung des ADGB. haben die Gewerkschaften die Aufgabe, **„gleichberechtigt"** an den Fragen der Wirtschaftspolitik wie der Wirtschaftsführung mitzuwirken, **„gleichberechtigt"** — dieses Wort ist der offene Verzicht auf den Sozialismus, der Verzicht auf das Recht und auf die historische Aufgabe der Arbeiterschaft, als führende Klasse die Wirtschaft zu organisieren, die Preisgabe aller Lehren von Marx und Engels, zu denen die Sozialdemokratie noch heute ein Lippenbekenntnis ablegt.

Mit diesem Aufruf an die deutsche Arbeiterjugend hat der Bundesausschuß des ADGB. die **Arbeitsgemeinschaft mit der deutschen Unternehmerklasse proklamiert.** Arbeitsgemeinschaft im nationalen Rahmen, **Streikbruch** gegenüber den englischen Bergarbeitern, als internationales Programm: das ist das Ergebnis der Düsseldorfer Tagung.

Die Erwerbslosen, deren Delegationen zur Tagung nicht zugelassen wurden, sowie die Arbeiter in den Betrieben, denen gesagt wird, daß die Alleinherrschaft der Unternehmer in den Betrieben gebrochen ist, um sie von den Kämpfen, die die Herrschaft der Unternehmer wirklich brechen würden, abzuhalten, werden aus dieser Tagung ihre Schlüsse ziehen.

Unermüdliche Arbeit, um durch Mobilisierung der freien Gewerkschaften den Widerstand der ADGB.-Arbeitsgemeinschafter zu brechen! Organisierung des Kongresses der Werktätigen, der den gemeinsamen Kampf für die Interessen der erwerbslosen und beschäftigten Arbeiter zusammenfassen soll! Zusammenschluß der Erwerbslosen in Betriebskonferenzen! Kampf gegen die kapitalistische „Rationalisierung" auf der ganzen Linie! Diese Losungen werden wir mit verstärkter Kraft propagieren, um der Politik der Arbeitsgemeinschaft die Politik des **Klassenkampfes**, die Politik der **proletarischen Einheitsfront** entgegenzustellen!

Die Erwerbslosen werden nicht vorgelassen

(Eig. Drahtbericht.) **Düsseldorf, 10. Juli.**

Heute vormittag waren zu der Sitzung des ADGB.-Ausschusses eine große Anzahl Delegationen von Erwerbslosen des Rheinisch-Westfälischen Industriegebietes aus Essen, Duisburg, Solingen, Remscheid, Gräfrath, Ohligs, M.-Gladbach, Düsseldorf usw. erschienen, die dem ADGB. ihre Forderungen vortragen wollten. Die von ihnen beauftragte Vertretung wurde beim Betreten des „Volkshauses" vom „Reichsbanner"-Saalschutz angehalten und nicht zur Sitzung zugelassen. Statt dessen erschienen vom ADGB. Schulze und Welker vom Bundesvorstand und Kupfer vom Baugewerkebund, die im Speisesaal mit den Delegationsvertretern verhandelten.

Die Delegierten kritisierten an der Entschließung des ADGB. vom vorhergehenden Tage besonders, daß keine bestimmte Forderung auf Erhöhung der Unterstützungssätze um 50 Prozent aufgestellt ist, und daß der Kampf gegen den Abbau der Erwerbslosenfürsorge nicht geführt werde. Die Gewerkschaftsführer antworteten, daß die Gewerkschaften auf die gesetzlichen Mittel (!) beschränkt und auf die Zusammenarbeit mit den Regierungen angewiesen seien. Sie hätten im Einvernehmen mit der Regierung ein „nettes Programm" für Notstandsarbeiten entworfen. Der Weg zur Ueberwindung des Elends sei die Rationalisierung der Wirtschaft, um die deutsche Produktion auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu machen. Vergebens versuchten die Erwerbslosendelegierten, die Gewerkschaftsführer darauf hinzuweisen, daß durch die Rationalisierungspolitik des Kapitals die Erwerbslosenzahl erst recht steigt.

Die Delegierten forderten vom ADGB., daß er den Kampf für die Forderungen der Erwerbslosen aufnehmen soll. Der ADGB. müsse insbesondere einen Erwerbslosenkongreß für Rheinland-Westfalen einberufen und die Erwerbslosenbewegung in einem Reichskongreß zusammenfassen. Es sei ferner notwendig, den Erwerbslosen die Mitgliedschaft in den Gewerkschaften, den Beitritt in die Gewerkschaften, zu ermöglichen.

Ein Telegramm aus Halle und die Antwort

Die am 9. Juli stattgefundene Sitzung des ADGB.-Ortskartells Halle beschloß die Absendung nachstehenden Telegramms an den Bundesausschuß des ADGB. in Düsseldorf:

„An Bundesausschuß des ADGB.

in Düsseldorf.

Ortsausschuß Halle erwartet von Tagung des Bundesausschusses Stellungnahme zum englischen Bergarbeiterstreik, um Ausfuhr von Kohle nach England zu verhindern.

Ortsausschuß Halle des ADGB."

Die Antwort auf dieses Telegramm können die Arbeiter dem Verlauf der Düsseldorfer Tagung selbst entnehmen. **Es wurden keine Beschlüsse gefaßt, um die Ausfuhr von Kohle nach England zu verhindern.** Wir wollen diese Tatsache, die für sich spricht, kommentarlos hier feststellen. Der Ortsausschuß des ADGB. Halle, der von der Tagung diese Stellungnahme erwartet hat, muß **nach der Tagung** gegen die Haltung des Bundesausschusses, gegen den von Schulze offen proklamierten Streikbruch Protest erheben und eine energische Aktion zur Unterstützung der englischen kämpfenden Bergarbeiter unternehmen.

Explosionskatastrophe bei Neuyork

Hundert Tote — Hundert Opfer des Imperialismus

Neuyork, 11. Juli.

Die Marinemunitionsdepots am See Lake Denmark sind in die Luft gestogen. Die erste Explosion erfolgte infolge eines Blitzschlags. Mehr als 100 Marinesoldaten sind der Explosion zum Opfer gefallen. Zur Hilfeleistung herangezogene Truppen versuchten vergeblich, an den Unglücksort heranzukommen. Die Splitter der zu vielen Hunderten explodierenden Granaten und Torpedos suchten die ganze Umgegend heim. Die Ortschaft Mount Hope ist völlig vernichtet. Die Landstraßen sind mit Fliehenden überfüllt, die zunächst annahmen, daß es sich um ein Erdbeben handele.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260712-13/fragment/page=0009